blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Mittelamerika: Frieden in Sicht?

Adler · Peru · Kambodscha
Sri Lanka · Philippinen
Südkorea

Nr. 144 September 1987 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Andreas Beil, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Alex Holub, Peter Hübner (ph), Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Angelika Rees (ar), Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Susanne Vollmer

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 145:
6. Oktober 1987

Anzeigenschluß für Nr. 145:
20. Oktober 1987

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Kein Pardon für den Adlerhorst



TdF-Aktion in Eßlingen am 25.7.87. (Inzwischen ist Adler auf die Forderungen der südkoreanischen Gewerkschaften eingegangen. Anmerkung der Redaktion.)

Unverschämt billig — die koreanischen Arbeiterinnen
Ein Bericht über die Aktivitäten zum Bekleidungsunternehmen Adler

Mit „Adler Flambiert" beginnt ein Schreiben, in dem sich die feministische Gruppe „Rote Zora" zu den Brandanschlägen auf acht Bekleidungsmärkte der deutschen Firma Adler am 15. August 1987 bekennt. In einem Bekennerbrief werfen sie dem Unternehmen die Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiterinnen im Adler-Produktionswerk Flair Fashion in der Freien Produktionszone Iri vor. Die feministische Gruppe erklärte, angesichts der Kämpfe der Frauen bei Adler in Iri gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft und gegen den alltäglichen Sexismus, hätten auch sie nicht spurlos an den Discountmärkten vorbeigehen können. Doch diese Unterstützung durch die Rote Zora stieß auf wenig Gegenliebe: Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes (TdF), die maßgeblich den Fall in der Öffentlichkeit bekanntmachte und in Kontakt zu den koreanischen Arbeiterinnen steht, distanzierte sich von diesen Anschlägen, da sie ihre Solidaritätsarbeit diskreditiert sehe.

Die Tübinger Städtegruppe von Terre des Femmes recherchiert seit einem Jahr über den größten europäischen Mode-Discounter. Die Gruppe mobilisierte Individuen und Organisationen, besonders aus dem kirchlichen Spektrum, sich für die benachteiligten Arbeiterinnen einzusetzen. Bei verschiedenen Flugblattaktionen vor den Adler-Filialen kamen sie mit den Adler-Beschäftigten ins Gespräch. Die vorwiegend weiblichen Angestellten brachten durchaus Sympathie für diese Aktionen auf, da sie selbst auch hier unter diskriminierenden Arbeitsbedingungen zu leiden hätten. So erzählten sie, wenn niemand von der Filialleitung in der Nähe war, daß 70 bis 80 Prozent von ihnen mit 430 DM-Verträgen, die Adler von der Sozialversicherungspflicht entbinden, eingestellt seien. Teilweise läge der Stundenlohn bei 6,40 DM. Andere Gewerkschaften als die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) haben bei Adler keine Chance. Es gibt z.B. einen Hausvertrag mit der DAG, wonach nur DAG-Mitglieder Weihnachtsgeld erhalten.

Nach den Anschlägen teilte die Gesamtbetriebsrätin Frau Wild den Tübingerinnen in einem Gespräch mit, daß die Adler-Verkäuferinnen keine weiteren Kontakte wünschten, aus Angst vor neuen Anschlägen; sie vermuteten Terroristinnen bei Terre des Femmes. Dadurch wird die Arbeit von Terre des Femmes vor Ort erschwert.

Eines allerdings erreichte die Rote Zora mit ihren Brandanschlägen: Die Medien, die vorher nur in mühsamer Kleinarbeit

auf das Thema aufmerksam gemacht werden konnten und die gewaltfreie, legale Aktionen vor den Adler-Märkten als nicht spektakulär genug einstuften, entdeckten durch die Anschläge ihr Interesse an den Adler-Praktiken in Korea. Plötzlich konnte die Öffentlichkeit von Flensburg bis Konstanz über das Engagement in Fernost erfahren.

Was sind die Hintergründe dieser Ereignisse?

Es begann mit einem Beschwerdebrief, den Adler-Arbeiterinnen im Sommer 1986 an die Koreanische Frauengruppe in Berlin schickten. Von dort aus erreichte der ins Deutsche übersetzte Brief verschiedene Frauen- und „Dritte Welt"-Gruppen, so auch die Aktion „Dritte Welt" in Freiburg (siehe Iz3w Nr. 135 August 1986). Die Arbeiterinnen klagten den Konzern u.a. wegen überlanger Arbeitszeiten, geringer Löhne, Unterbindung freier Gewerkschaftsarbeit und sexueller Belästigungen an. Gleichzeitig gaben sie zu, daß die Firma bis zu 15 Prozent höhere Löhne zahle, aber dafür die Produktionsanforderungen ins Übermenschliche steigere. TERRE DES FEMMES in Tübingen griff die Vorwürfe auf und wandte sich mit der Bitte um eine Stellungnahme an den Adler-Gesamtbetriebsrat. Der reagierte zunächst nicht. Erst auf einen Anruf hin hörten die Frauenrechtlerinnen von Adler — aber nicht vom Betriebsrat, sondern von der Firmenleitung in Korea, an die der TdF-Brief weitergeleitet worden war. Die Firmenleitung reagierte mit einer sofortigen Einladung nach Iri, damit die Verhältnisse vor Ort „ungetürkt" überprüft werden könnten. Derart wollte sich die TdF nicht überrumpeln lassen und lehnte den Vorschlag ab. Stattdessen nahm sie zusammen mit der Koreanischen Frauengruppe an einer Firmenkonferenz in Zürich teil. Anwesend waren u.a. Flair Fashion-Chef Fürchtegott Adler, Adler-Geschäftsführer Karches sowie der jüngst verstorbene Firmengründer Wolfgang Adler. Die Adler-Manager wiesen die Vorwürfe energisch zurück. In den Augen der Geschäftsleitung ist der Betrieb in Iri ein wahrer Musterbetrieb mit firmeneigenem Wohnheim, Tennisplätzen, Schwimmbad, einem Zubringerdienst zum Strand, einer monatlichen „Birthday Party" sowie Betriebsausflügen. „Daran finden die Mädchen großen Gefallen; schließlich geht man heute nicht mehr mit Peitsche und Drohungen vor, um die Arbeiter anzutreiben", gibt Fürchtegott Adler zu. Außerdem seien sie noch ein wahrer Familienbetrieb mit christlichen Grundsätzen.
Die Firmenleitung versprach aber den Kritikerinnen, koreanische Untersuchungskommissionen zuzulassen.

Der Kampf bei Flair Fashion

In Südkorea kämpfen zur Zeit in vielen Betrieben die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die ausbeuterischen Löhne. Mit monatlichen Löhnen zwischen 250-650 DM können sie kaum überleben. Im März und April 1987 entlud sich die Unzufriedenheit schließlich auch bei Adler in einem Arbeitskampf. Anlaß waren die alljährlich stattfindenden Tarifverhandlungen: Vertreter/innen der Belegschaft verhandelten mit der Firmenleitung über Lohnerhöhungen von 16,5 Prozent (1 bis 1,25 DM mehr pro Tag) und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in folgenden Punkten: keine Sonn- und Feiertagsarbeit, Vergrößerung der Umkleideräume, besseres Essen in der Kantine, mehr Betriebsbusse. Zunächst bot das Management 9 Prozent an und handelte schließlich mit einem firmenhörigen Gewerkschaftsmitglied 12,5 Prozent aus — unter Mißachtung aller anderen Forderungen. Die Vereinbarung erklärten 1.000 Angehörige der Belegschaft mit ihrer Unterschrift für ungültig, weil der Mann von ihnen nicht autorisiert war. Sie bestanden auf 16,5 Prozent Erhöhung als unterste Grenze. Schließlich erfuhr die Belegschaft noch von der Entlassung von zwölf ihrer Aktivisten. Als die Firmenleitung daraufhin keine Verhandlung mehr akzeptierte, traten die 700 Arbeiter/innen in einen Sitzstreik. Sie forderten nunmehr auch die Wiedereinstellung der zwölf Entlassenen. Um einer weiteren Solidarisierung der Arbeiter/innen vorzubeugen, sperrte die Leitung sie aus und schloß den Betrieb für einige Tage. Die Sitzstreikenden wurden vom paramilitärischen Werkschutz gewaltsam abgeräumt, wobei es mehrere Verletzte gab. Die Streikenden zogen sich daraufhin in die katholische Kirche von Iri zurück, von wo aus sie weiter für ihre Forderungen eintraten. In einem Flugblatt schreiben die betroffenen Arbeiterinnen: „Wir sind wütend, daß ein Unternehmen aus einem der reichsten Länder der Welt mit solcher Brutalität auf unsere Forderungen reagiert. Wir haben gelernt, daß wir hier nicht um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken, sondern um die Verwirklichung der fundamentalsten Menschenrechte."

Die Flair Fashion-Manager schreckten nicht davor zurück, auf die Eltern der Streikenden Druck auszuüben. Sie teilten ihnen mit, ihre Kinder seien in einer „verderblichen kommunistischen Organisation" und sie sollten sie abholen, damit sie nicht in die schwarze Liste aufgenommen würden. Dies käme einem Arbeitsverbot gleich. Dennoch verhinderten die besorgten Chefs von Adler nicht die Festnahme von 59 Arbeiterinnen. Aufgrund des Protestes dreier katholischer Pfarrer setzte die Polizei sie wieder auf freien Fuß. Nachdem die Produktion wieder angelaufen war, versuchten Teile der Belegschaft mittels Wandzeitungen auf den Toiletten, ihre Forderungen weiterhin aufrecht zu halten. Das Management beauftragte den Werkschutz, die Arbeiterinnen auf der Toilette zu fotografieren, womit sie deren Schamgefühl zu verletzen suchten und sie eingeschüchtert werden sollten. Wie verzweifelt und auch entschlossen die Arbeiterinnen sind, zeigt der Fall einer Arbeiterin, die im Mai versuchte, durch Aufschneiden der Pulsadern ihrem Leben ein Ende zu setzen. Sie wurde aber frühzeitig gefunden. In ihrem Testament forderte sie die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterinnen. Die Firmenleitung nannte Liebeskummer als Ursache des Selbstmordversuchs.

Die Unterdrückung der koreanischen Arbeiterinnen veranlaßte Aktionen hier

In direktem Kontakt mit Persönlichkeiten, die die Flair Fashion-Belegschaft unterstützen — so Pfarrer Rhee, der einen Hilferuf an Bundeskanzler Kohl und Oppositionsführer Vogel sandte, deutsche Mitarbeiter der Presbyterianischen Kirche in Seoul und einige Journalisten — organisierte TERRE DES FEMMES Protestaktionen vor einigen der 29 hiesigen Adler-Verkaufsniederlassungen. Andere Gruppen wie die Christliche Arbeiterjugend schlossen sich an und initiierten eine Unterschriftenaktion mit der Forderung, die Entlassenen sofort wieder einzustellen. Der Bayrische Mütterdienst schickte massenweise Protestbriefe nach Haibach, dem Sitz der Firma. In Bremen und Neuß blokkierten autonome Gruppen die Zufahrten zu den Adler-Märkten.

TdF mußte bei einer Flugblattaktion feststellen, daß Adler auch hierzulande mit rabiaten Methoden auf Protest reagiert. In Neckartenzlingen bei Stuttgart versuchte der Firmenmitbegründer Georg Adler persönlich, einem Pressefotografen der Lokalzeitung die Filmausrüstung zu entreißen. Die ebenfalls dort beschäftigte Ehefrau Ingrid herrschte den Fotografen an: „Wenn Sie mich fotografieren, hau' ich Ihnen eine runter." Zur Lage in Korea meinte der Chef: „Seit die koreanischen Frauen von uns ausgebeutet werden, geht es ihnen viel besser." Erst die von Herrn Adler selbst gerufenen Polizisten mußten den Textilfabrikanten davon überzeugen, daß freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit auch auf einem öffentlichen Parkplatz gelten. Die Reaktionen der Kunden/innen reichten von aggressiver Ablehnung bis ermutigender Zustimmung. Eine Kundin hätte gern einen bissigen Schäferhund auf die Demonstrantinnen losgelassen — andere verteidigten, sichtlich sensibilisiert, die Aktion gegenüber den Angriffen von Ehepaar Adler und den ihnen offenbar hörigen Angestellten. Adler selbst hatte durch seine gereizte Reaktion den Aktivistinnen eine ungeahnte Publizität verschafft.

Die Firmenleitung droht den Aktivisten

Die Firmenleitung nimmt die Protestkundgebungen durchaus ernst und betrachtet sie als geschäftsschädigend. Aber statt die Entlassenen unverzüglich wieder einzustellen und die Verhandlungen wieder aufzunehmen, telefaxt Auslandschef Fürchtegott Adler lange Dementis nach

Europa und scheut auch keine Telefonkosten. Die „sehr verehrten Damen" könnten sich wohl nicht vorstellen, daß es in Korea Musterbetriebe gebe, und ein solcher Fall sei Flair Fashion. Als Zeugen nennt er unter anderem die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die seit Jahren ein Ausbildungsprogramm bei Flair Fashion durchführt. Die Vorwürfe seien nichts anderes als Lügen und Diffamierungen, die „dem Bild der Deutschen im Ausland schaden". „Bei Wiederholung Ihrer aus der Luft gegriffenen Vorwürfe der sexuellen Ausbeutung müssen Sie damit rechnen, daß die Ehefrauen unserer europäischen Techniker eine Beleidigungs- und Verleumdungsklage gegen Sie anstrengen", droht Fürchtegott Adler sogar. Die entlassenen Wortführerinnen bezeichnet Adler als notorische Randalierer und Störenfriede, die sich nicht an demokratische Spielregeln gehalten hätten. Sie gehörten einer verschwindend geringen Minderheit im Betrieb an. Außerdem hätten die Erfahrungen gezeigt, „daß wirtschaftlich nicht gerechtfertigte überzogene Lohnforderungen den Arbeitern nur schaden. Dadurch wurden in Deutschland Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet." Zweifelsohne werden die Adlers ihren Job nicht so schnell verlieren, solange ihre Untergebenen kräftige Profite erwirtschaften — allein 1986 betrug der Reingewinn bei Flair Fashion 16,5 Mio. DM. Freuen können sich auch die Aktionäre bei Asko, Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, denn Adler, gegründet als Familienunternehmen, ließ sich zu 90 Prozent von dem saarländischen Einzelhandelsmulti aufkaufen.



300 Frauen haben zwei Tage vor den Toren ausgeharrt und werden von kirchlichen Mitarbeitern mit Lebensmitteln und heißen Getränken versorgt.

Untersuchungskommissionen bei Flair Fashion

Inzwischen liegen zwei Untersuchungsberichte über die Ereignisse bei Flair Fashion vor. Den einen fertigten deutsche Mitarbeiter der Presbyterianischen Kirche in Seoul nach einem Besuch in der Firma an. Der Bericht wird von der Firmenleitung geflissentlich unterschlagen, weil er die Seite der Arbeiterinnen stärker vertritt. „Daß die entlassenen Arbeiterinnen aber, obwohl sie selbst zu den 'Besser-Verdienenden' zählen, in ihrem Engagement für die schlechter Gestellten (speziell die Neuanfangenden) einen so hohen Preis zu zahlen bereit sind, macht uns ihr Zeugnis glaubhaft", heißt es dort. Der andere Bericht ist von der katholischen Kommission Justitia et Pax der Diözese Chonju herausgegeben. Die Untersuchung führte ein seit fast 30 Jahren in Korea lebender belgischer Priester durch, der sich zudem noch als besonders kompetent durch die Gründung und Leitung der ersten Käsefabrik in Korea hervortut.
Dieser Bericht wird von der Firmenleitung als unabhängige Studie vertrieben, obgleich er dem Management Fehlverhalten besonders bezüglich der Entlassungen vorwirft, die als Überreaktion der Firma bezeichnet werden. Letztendlich erweist sich der Bericht für die Kritikerinnen als genauso ergiebig wie für das Adler-Management. So heißt es zu den sexuellen Vorwürfen, sie seien „vollkommen unbegründet, obgleich es scheint, als könnten einige Abteilungsleiter ihre Hände nicht bei sich behalten." Bei Stichproben kam der katholische Pater auf durchschnittliche Arbeitszeiten von zehneinhalb Stunden pro Tag- sowie Nachtschicht. (Flair Fashion ist übrigens der einzige Betrieb in Korea, der nachts arbeiten läßt.) In einem Fall stieß er auf eine Arbeiterin, deren Lohnzettel vom Februar '86 102 Überstunden aufwies. Somit hatte sie 13 Stunden täglich gearbeitet. Dafür erhielt sie nach dem Bericht ca. 650 DM. Bei nur 48 Stunden, einer Wochenarbeitszeit, die das koreanische Arbeitsrecht maximal gestattet, hätte sie ca. 250 DM verdient. Damit kann in Korea niemand überleben. Ferner spricht die 50prozentige Fluktuation in der Belegschaft nicht gerade für angenehme Arbeitsbedingungen.

Auch der belgische Priester sieht als Voraussetzung für eine Lösung des Konflikts die Wiedereinstellung der Entlassenen. Da aber bleibt die Firma knallhart. Bei einem kurzfristigen Besuch des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Adler Bekleidungswerk AG, Dr. Wolfgang Karches, am 21. August bei den TdF-Mitarbeiterinnen in Tübingen erklärte dieser, die Entlassungen seien rechtmäßig geschehen. Wenn TdF den entlassenen Frauen helfen wolle, könne sie ja den Koreanerinnen Geld schicken, damit sie vors Arbeitsgericht gehen können, schlägt Karches vor. Im übrigen dürfe eine einmal ausgesprochene Entlassung nicht wieder rückgängig gemacht werden, weil das Unternehmen sonst an Glaubwürdigkeit verlieren würde: „Ich muß gradlinig bleiben." Das Verhalten der Firma ist jedoch nicht ganz so kompromißlos wie die Rhetorik. In Iri wird jetzt verhandelt, zunächst über die Lohnerhöhungen, dann über andere Forderungen, und vielleicht stehen danach die Entlassungen auf der Tagesordnung, „scheibchenweise". Allerdings dürften die Arbeiterinnen nicht zu oft die Verhandlungsrunden „platzen lassen", denn sonst ließe die Firmenleitung Mitte September den Betrieb schließen, verkündete Herr Karches. Schon jetzt werden keine Aufträge an das Werk in Iri vergeben, sondern alte abgearbeitet. Dies dient angeblich der Sicherheit von Kunden und Mitarbeitern in der Bundesrepublik. In Wirklichkeit will man nicht dem „Druck terroristischer Anschläge nachgeben".



Die Nacht vor den Toren

Überhaupt ging es Herrn Karches bei dem vierstündigen Gespräch in Tübingen nicht um die Auseinandersetzung über Fakten, sondern er wollte TdF die Dimensionen, die ihre Aktionen hervorgerufen haben, klarmachen. „TdF hat mit ihrem Engagement gegen Adler den Boden fruchtbar gemacht für Gewaltakte."

Christa Stolle

„Die wahren Absichten sind zurückzuhalten."



Mittelamerika nach dem Friedensvertrag

Mittelamerika „Wer ist denn Arias und wie will er das erreichen, woran die Contadora scheiterte?" Die Frage, von einem europäischen Außenminister Anfang Februar 1987 während einer Konferenz in Guatemala aufgeworfen, kann seit dem 7. August als beantwortet gelten. An diesem Tag unterzeichneten die Präsidenten der 5 zentralamerikanischen Länder Guatemala, El Salvador, Honduras, Costa Rica und Nicaragua in Guatemala-Stadt ein umfangreiches Abkommen, welches der Krisenregion endlich den Frieden bringen soll.

Costa Rica übernimmt die Initiative

Mitte des Jahres 1986 entschliefen die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten Mexico, Panama, Venezuela und Kolumbien. Sie waren im Januar 1983 mit der Zielsetzung ins Leben gerufen worden, die bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Isthmus zu beenden. Ungezählte Treffen der Vier mit den fünf Krisenstaaten Guatemala, El Salvador, Costa Rica, Honduras und Nicaragua brachten zwar viel öffentliche Anerkennung, jedoch keinen greifbaren Erfolg, sprich: Vertrag, zustande. Verschiedene Entwürfe lagen zwar schon unterschriftsreif vor, wurden aber dann in buchstäblich letzter Sekunde aus Washington torpediert. Es war immer das gleiche Strickmuster: Die Contadora legt einen Entwurf vor, Managua lehnt ab. Die Reagan-Administration lobt den Entwurf (unisono die engsten Verbündeten Honduras und El Salvador), Nicaragua besinnt sich und stimmt den Vorschlägen letztendlich doch zu. Jetzt kommen plötzlich Bedenken aus den USA, die Friedensbemühungen geraten ins Stocken, die Contadora legt einen modifizierten Vertragsentwurf vor. Das Spiel beginnt von neuem. Eine (fast) unendliche Geschichte.

Anfang 1987 präsentierte der Staatspräsident Costa Ricas, Oscar Arias, zur allgemeinen Überraschung einen eigenen Lösungsansatz, der fortan mit seinem Namen verbunden ist, den „Arias Plan". Am 19. Januar legte er ihn einer hochkarätigen Politikerdelegation in der Haupstadt San José vor. Die „Delegation der Zehn", die 4 Contadora-Außenminister, die 4 Außenminister der „Unterstützungsgruppe" (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru) sowie die Generalsekretäre von OAS und UNO, räumte dem Vorschlag höflich „gewisse Chancen" ein.

Das unterbreitete Papier sah einen Waffenstillstand für den Fall vor, daß die Sandinisten sich bereit erklärten, im Rahmen einer politischen Öffnung „grundlegende Veränderungen" herbeizuführen und international überwachte Wahlen abzuhalten. Er überraschte die Anwesenden mit einem moderaten Diskurs über Nicaragua und forderte eine politische Lösung. Gleichzeitig brach er mit seinen früheren, antisandinistischen Ausfällen und distanzierte sich von der Militärhilfe Washingtons an die Contras. Auch dürfe man von den Sandinisten nicht fordern, so Arias, daß sie mit den Contras in Verhandlungen eintreten müßten. Er kündigte an, daß Costa Rica sich auf jeden Fall dem Spruch des internationalen Gerichtshof in Den Haag beugen wolle. (Nicaragua hatte Kla-

ge eingereicht, weil es der Meinung war, daß Costa Rica sein Territorium der Contra zur Verfügung stelle.)

Die Reaktion auf Arias Vorschläge: teilweise harte Kritik, teilweise Verwirrung. TAZ-Mitarbeiter Ralf Leonhard kabelte aus Managua, der Vorschlag sei in Washington abgesegnet worden (TAZ v. 21. 1. 87), die Badische Zeitung ließ ihre Leser u. a. wissen, daß Arias sich für Verhandlungen zwischen Sandinisten und Contras ausgesprochen habe (BZ v. 23. 1. 87). Das erstere ist nur insofern richtig, daß Arias seinen Plan mit den neugewählten demokratischen Führern des US-Kongresses abgesprochen hatte und nicht, so wird es jedenfalls suggeriert, mit der Reagan- Administration. Beim zweiten ist das genaue Gegenteil der Fall (s. o.).

Die schärfste Kritik kam jedoch aus Mexico. Angesichts der bevorstehenden Reise Arias nach Mexico (Anfang März) und des EG- Treffens mit der Contadora in Guatemala (9./10. 2.) holte die angesehene mexikanische Tageszeitung „El Dia" zum Schlag gegen Costa Rica aus: „Innerhalb der Globalstrategie, welche die Vereinigten Staaten in der Region betreiben, ist es schwierig oder fast unmöglich abzugrenzen, wo konkret das Politische anfängt und wo das Militärische eingeleitet wird, weil ihr gesamtes Wirken klar kriegerisch und gegen den Frieden und die Demokratie in Zentralamerika ausgerichtet ist. Ohne Zweifel hat sich Costa Rica in die politisch-diplomatische konterrevolutionäre Avantgarde Zentralamerikas verwandelt und spielt, neben El Salvador und Honduras, eine herausragende Rolle in der nordamerikanischen Politik (...) Der Neokonservatismus der neuen, nordamerikanischen Rechten, besitzt mit Costa Rica seinen dogmatischsten Verteidiger ..." (El Dia v. 4. 2. 87)

Die heftige Anfeindung aus Mexico war kein Zufall. Mexico, führendes Contadora-Mitglied und die Initiative das Lieblingskind seines Staatspräsidenten de la Madrid, fürchtete ganz offensichtlich, bei den Friedensbemühungen in den Hintergrund gedrängt zu werden. Das publizistische Sperrfeuer aus Mexico kam jedoch zu spät. Beim Treffen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Contadora und den fünf mittelamerikanischen Staaten am 9./10. Februar in Guatemala-Stadt wurde in die gemeinsame Abschlußerklärung, auf Antrag Costa Ricas, das Wort *„aktuell"* aufgenommen. Im Wortlaut: „.... Die diplomatische Führung der Contadora-Gruppe und seiner Unterstützer-Gruppe repräsentiert die lateinamerikanische Option ... Besagte Führung bleibt *aktuell* die einzig mögliche Instanz, um eine friedliche Lösung zu erzielen ..."

Mit Spannung wurde die für den 15. Februar anberaumte Konferenz der Staatspräsidenten Guatemalas, Honduras, El Salvadors und Costa Ricas erwartet. Oscar Arias hatte eingeladen, um seinen Plan am Ende des Treffens unterzeichnen zu lassen. Dieses Vorhaben scheiterte vor allem am Widerstand des christdemokratischen Präsidenten Guatemalas, Vinico Cerezo. Schon bei anderen Anlässen hatte er betont, sein Land verfolge den Kurs einer „aktiven Neutralität" und befürworte das Gespräch mit den Sandinisten. Nur, eben die saßen in San José nicht mit am Tisch.

Der am Ende verabschiedete Kompromiß sah nun vor, innerhalb von 3 Monaten ein neues Gipfeltreffen zu veranstalten — diesmal mit Nicarauga. Während dieses Zeitraums sollte der „Arias-Plan" allerdings einer „substanziellen Modifikation" unterworfen werden. Arias präsentierte seinen Plan als Alternative zum Contadora-Vertragsentwurf und alle vier lobten den Vorschlag als „berechtigtes, rechtzeitiges und konstruktives Instrument", um Zentralamerika mittels Verhandlungen aus der Krise herauszuführen. Erstaunt vermerkte die „Financial Times": „Diese Sprache war bisher allein für die Contadora reserviert ..." und „... der costaricanische Vorschlag erfordert relativ wenig Konzessionen von Managua. Er fordert von den Sandinisten nicht, mit den Contras Gespräche zu führen, was sie immer abgelehnt haben, und er verlangt auch nicht nach Neuwahlen vor den konstitutionellen 1990." (Financial Times v. 17. 2. 87)

Doch noch etwas anderes wurde deutlich. Zum ersten Mal taten sich deutliche Risse im sogenannten „Tegucigalpa-Bock" auf. (So benannt nach der honduranischen Hauptstadt und 1984 als Zusammenschluß von Honduras, El Salvador und Costa Rica gegründet, um im Block gegen Nicaragua vorgehen zu können). Der von Arias vorgelegte Plan sah u. a. einen Waffenstillstand zwischen den kriegsführenden Parteien vor. Duarte kommentierte diesen Punkt, mit der Bemerkung,daß „sie mich aus der Regierung schmeißen würden", wenn er etwas derartiges unterzeichnete. Auch stellte sich der Plan eindeutig gegen die von Washington unterstützten Contras und unterlief somit die nordamerikanische Strategie der militärischen Lösung — einen Weg, zu dem Honduras und El Salvador noch nicht bereit zu gehen waren.

Kurz nach Beendigung des Gipfels am 19. Februar, nahm Präsident Ortega die von Arias ausgesprochene Einladung zu einem neuen Treffen, diesmal mit Nicaragua, an.

Der Weg nach Guatemala

Der Arias-Plan hatte Bewegung in die zentralamerikanische Politik gebracht. Daran änderte sich auch nichts, als der costaricanische Präsident Anfang März seine Reise nach Mexico antrat. Er sah sich heftigen Anfeindungen durch die mexikanische Presse ausgesetzt („Heuchler") und auch die Gespräche mit Staatspräsident de la Madrid waren mehr von der frostigen Art. Das ursprüngliche Ziel der Reise war gewesen, einige Abkommen über ökonomische, kulturelle und wissenschaftliche Belange zu unterzeichnen. Arias selbst ließ nun aber durchblicken, daß die Annäherung in der Außenpolitik beider Länder für ihn von großer Wichtigkeit sei. Der Mexikaner bestand jedoch darauf, daß nur die Contadora die Instanz sein könne, die die verschiedenen Friedensbemühungen kanalisieren kann, obwohl er sich zu keinem Zeitpunkt offiziell gegen den Arias-Plan aussprach.

Als sich die Contadora mit der „Unterstützer-Gruppe" am 13. April in Buenos Aires traf, war vielen Beobachtern schon im Vorfeld klar: Die Initiative war ihnen aus den Händen geglitten. Kurz zuvor hatte der US-Senat in überraschender Einmütigkeit (97:1) Präsident Reagan dazu aufgefordert, den Arias-Plan zu billigen. Die Acht in Argentinien mußten einsehen, daß das Gesetz des Handelns nach Costa



Rica übergewechselt war. Sie selbst befanden sich seit fast einem Jahr in der Sackgasse, und der Arias-Plan gewann zunehmend an Reputation. Angesichts dieser Konstellation konnten sie nur noch, wenn auch zähneknirschend, den Plan offiziell gutheißen. Etwas erleichtert wurde es ihnen dadurch, daß Costa Rica ihnen mitteilte, daß der Arias-Vorschlag „sich vollständig in die globalen Verhandlungsanstrengungen (der Contadora) einreiht."

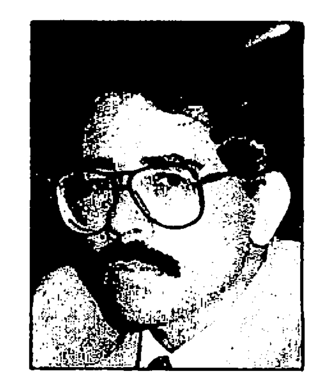
Der Plan in Auszügen:

* *Generalamnestie* in allen Staaten, wo bewaffnete Konflikte bestehen, und das innerhalb von 60 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrages und die Bildung einer nationalen Versöhnungskommission
* *Dialog* mit den unbewaffneten Oppositionsgruppen, in den Ländern, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden
* *Waffenstillstand* simultan mit Beginn des Dialoges
* *Demokratisierung* ist innerhalb von 6 Monaten einzuleiten mit besonderem Gewicht auf der Medienfreiheit (innerhalb von 60 Tagen)

Fünf für den Frieden:



Arias (Costa Rica)



Ortega (Nicaragua)

* *Militärhilfe* für aufständische Kräfte (offene und versteckte) wird eingestellt und das eigene Territorium darf niemandem zur Verfügung gestellt werden, um ein anderes Land zu destabilisieren
* *Waffen- und Truppenreduzierung.* Innerhalb von 60 Tagen müssen Verhandlungen darüber aufgenommen werden
* *Überwachung.* UN- und OAS-Generalsekretäre in Zusammenarbeit mit der Contadora-Gruppe
* *Wahl* eines zentralamerikanischen Parlaments 1988

Durch die Teilausbootung der Contadora war jedoch erst ein kleiner Teil des Weges nach Guatemala zurückgelegt, aber, so kommentierte ein hoher Diplomat: „Jetzt ist der Arias-Plan der einzige diplomatische Trumpf im Spiel". (Financial Times v. 16. 4. 87) Doch, so die klaren Lehren aus der wechselvollen Geschichte der Contadora-Initiative[1]: Die Karten werden immer noch in Washington gemischt, und die Kritikaster des Arias-Plans, die in ihm immer nur einen besonders raffinierten und perfiden Plan der Reagan-Administration sahen, mußten anfangen umzudenken.

Arias, der sich zu einem Privatbesuch in Indianapolis (USA) befand, wurde am 17. Juni überraschend ins Weiße Haus eingeladen. Welche Bedeutung Reagan diesem Gespräch beimaß, wird daran deutlich, daß außer ihm selbst Vizepräsident Bush, Sicherheitsberater Carlucci, Stabschef Baker, Unterstaatssekretär für Lateinamerika Abrams und der Sonderbotschafter für Lateinamerika, Habib, daran teilnahmen. Vor allem die Teilnahme Habibs ließ Ungutes befürchten. Am Wochenanfang war er nach El Salvador geflogen, um mit Duarte zu sprechen. Ein paar Stunden später sagte der salvadorianische Präsident das für den 25. Juni geplante Gipfeltreffen der fünf mittelamerikanischen Staatschefs ab. Er begründete seine Absage damit, daß eine ausreichende Vorbereitung der Tagesordnung durch die Außenminister dem Treffen vorausgehen müsse. Außerdem erklärte er den Arias-Plan für revisionsbedürftig. Daraufhin schlugen Guatemala und Honduras als neuen Termin den 6. und 7. August vor, doch jetzt wollte Ortega nicht mehr. Er werde an keiner Zusammenkunft nach dem ursprünglich vereinbarten Termin teilnehmen, ließ er kategorisch wissen. Eine Woche später, in Panama-Stadt — was interessiert mich mein Geschwätz von gestern -, sagte er dann doch zu.

Zurück ins Weiße Haus: Die hochkarätige Runde kam gleich zur Sache. Die Einstellung der amerikanischen Contrahilfe, so Ronald Reagan, sei völlig inakzeptabel. Er wies jedweden Kompromiß zurück, der den Sandinisten erlauben würde, an der Macht zu bleiben. Der Vertrag sei, so Reagan und Berater, viel zu günstig für Nicaragua und enthielte überhaupt keine Garantien, daß die Sandinisten demokratische Reformen einleiten würden.

Arias zeigte sich nach dem Treffen sehr verärgert und beurteilte die Erfolgsaussichten seines Planes pessimistisch. Er sagte vor der Presse, wenn der Kongreß tatsächlich einer erneuten Contrahilfe im September zustimmen sollte, dann wäre sein Plan nur noch ein Leichnam. „Es ist eine Tatsache, daß die Administration von Anfang an gegen diesen Plan war. Sie instruierte ihre Botschafter und schickte ihre Funktionäre in Zentralamerika von Hauptstadt zu Hauptstadt, um dort die Idee zu verbreiten, die ihn zerstören. Ihr Ziel ist, den Plan zu benutzen, um Zeit zu gewinnen und dem Kongreß neue Gelder für die Contras zu entlocken," entrüstete sich der demokratische Senator Christopher Dodd, Vorsitzender des Unterausschusses für Hemispheric Affairs.[2]

Letzte Hindernisse:

Warum letztlich der Gipfel in Guatemala-Stadt am 6. und 7. August doch noch stattfand, werden irgendwann die Historiker zu klären haben. Ein Grund war sicher der große persönliche Einsatz von Oscar Arias. Auf einer Blitztour durch den Isthmus schwor er die Kontrahenten darauf ein, auf jeden Fall beim Treffen *zu erscheinen*, trotz der andauernden Einwände von Honduras und El Salvador.

El Salvador, weil es gegen eine Feuereinstellung „ohne vorangehende Verhandlungen (war), da die salvadorianische Guerilla nach wie vor ihre Beteiligung an der Regierung als Bedingung für einen Waffenstillstand bezeichnet hat(te)" (NZZ v. 6. 8. 87) und weil Managua, so Duartes Meinung, keine Garantien hinsichtlich des Verzichts auf weitere Unterstützung der salvadorianischen Guerilla abgegeben hatte.

Honduras und El Salvador gemeinsam, weil sie wollten, daß vor Waffenstillstand und Einstellung der ausländischen Hilfe eine *überprüfbare* Einleitung des vorgesehenen Demokratisierungsprozesses vorangehen müsse.

Wo so viel Kraftmeierei Platz griff, mochte wohl auch Nicaragua nicht ganz abseits stehen. Aufgrund eines (wahrscheinlich windigen) Berichts des Nachrichtenmagazins „Newsweek", der den Erzbischof von Managua, Kardinal Obando y Bravo, als einen quasi CIA-Mitarbeiter desavouierte, lehnte Managua nun die Bildung einer nationalen Versöhnungskommission unter Beteiligung von Opposition und Kirche ab.

Die Zeichen für einen Erfolg des Gipfeltreffens standen schlecht. Zwar bereiteten die Außenminister das bevorstehende Treffen vor, doch an eine Einigung mochte niemand so recht glauben. Immerhin konnten sie sich dazu durchringen, in einem Abschlußkommuniqué den Arias-Plan als „wertvolles Instrument" zu bezeichnen. Vieles schien darauf hinzudeu-

ten, daß der Gipfel ein Mißerfolg werden würde.

Doch dann der Paukenschlag. 36 Stunden vor Erföffnung der Konferenz präsentierte Ronald Reagan seinen eigenen Friedensplan (Co-Autor: der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses, Jim Wright). Der Inhalt des Plans: Unter gewissen Vorleistungen seitens Managuas sind die USA gewillt, die militärische Unterstützung an die Contras sofort einzustellen, nämlich dann, wenn die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sowie freie Wahlen respektiert würden, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben und innerhalb von 60 Tagen eine Wahlkommission eingesetzt würde, die Zeitpunkt und Modus für künftige Wahlen festlegt. Außerdem müßten die ausländischen Militärberater innerhalb dieser Frist abgezogen werden, die USA würden dann auch ihre Manöver in Honduras einstellen. Einige Verwirrung herrschte darüber, welche Rolle die Contras im Friedensprojekt zu spielen hätten. Ein hoher Beamter des Weißen Hauses, darauf angesprochen, antwortete, daß sie „ganz einfach angewiesen" werden könnten, sich an den Waffenstillstand zu halten.

Der Haken des Plans war, daß alle Leistungen bis zum 30. September 1987 erfüllt sein mußten, denn ansonsten „würden sich die Parteien frei fühlen, so zu handeln, wie es ihren nationalen Interessen entspricht". (Der 30. September ist der letzte Tag, an dem neue Contrahilfe beantragt werden könnte).

Die Reaktion auf den Reagan/Wright-Plan fiel zum großen Teil vernichtend aus. Die Zentralamerikapolitik der Regierung sei „wie bei Schauspielern, denen man das falsche Stichwort gibt", spottete „Newsweek". Das Nachrichtenmagazin „Time" erinnerte seine Leser: „Die Administration hat ihre Tradition, immer dann Friedensinitiativen anzukündigen, wenn die Contrahilfe zur Erneuerung ansteht."

In einer Mitteilung an seinen Chef Robert McFarlane unterbreitete Ende 1984 der damalige Sicherheitsberater John Poindexter ein Täuschungsschema: „Aktive Verhandlungen fortsetzen, aber keinem Vertrag zustimmen und Wege ausarbeiten, um die Contras entweder direkt oder indirekt zu unterstützen. Die wahren Absichten sind vor dem Mitarbeiterstab zurückzuhalten".[3]

Führende Demokraten, wie Senator Edward Kennedy, wetterten gegen den Plan und bezeichneten ihn „als eine Schande von Anfang bis zum Ende". Sie mutmaßten, vor allem wegen der unrealistischen Frist von 60 Tagen, daß die Administration ihn nur deshalb vorgelegt hätte, weil sie fest davon überzeugt sei, daß er von Nicaragua sofort zurückgewiesen würde, um danach erneute Militärhilfe in Höhe von 150 Mio. Dollar vom Kongreß beantragen zu können. Jim Wright, Co-Autor und Demokrat, mußte ebenfalls herbe Kritik einstecken. Seine Position, so hieß es, sei in der eigenen Partei isoliert und außerdem handele es sich um einen Alleingang.

Auch die Rechte ging mit Reagan hart ins Gericht. Er würde die „Freiheitskämpfer" im Regen stehen lassen, so ihr Vorwurf. Selbst engste Mitarbeiter, wie Verteidigungsminister Caspar Weinberger, zeigten sich überrascht. Ein hoher Beamter seines Ministeriums ließ wissen, er, Weinberger, sei irritiert, weil er in die Diskussion über den Plan nicht eingeweiht worden wäre und daß der Plan sich für die Beendigung der Manöver in Honduras ausspräche. „Sie sind sein Baby," sagte der Beamte.

Aus allen Wolken fielen die Contra-Führer. Sie befanden sich zur gleichen Zeit zu Gesprächen mit Außenminister Shultz und Unterstaatssekretär Abrams in Washington. In den Unterredungen fiel kein Wort über das beabsichtigte Manöver Reagans. Erst als der Deal perfekt war, wurden sie des nachts von Abrams informiert. „ Das Direktorat war wütend", so eine Quelle aus dem Weißen Haus. „Verärgerung ist die am wenigsten aufwieglerische Beschreibung, die ich anzubieten habe", sagte ein Offizieller der Administration. (Newsweek v. 17. 8. 87)

Erst jetzt dämmerte den Verantwortlichen, daß sich die Contra-Führer an die Öffentlichkeit wenden könnten, um ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Eilends wurden ein anderntags angesetztes Pressegespräch und ein Treffen mit dem rechten American Enterprise Institut von der Tagesordnung gestrichen. Stattdessen war jetzt ein Gespräch mit dem „Chef des Cirkus" (so Ortega) nebst Fototermin angesagt. Mehr als ein gequältes Lächeln und eine lahme Erklärung seitens der Contras (Alfonso Robelo: „Der Plan ist nicht perfekt, aber gut") kam dabei jedoch nicht heraus. Anschließend flogen sie zum unmittelbar bevorstehenden Gipfel nach Guatemala ab, um ihn zu „beobachten".

Unterschiedlich fiel die Reaktion der fünf zentral-amerikanischen Länder aus. Vinicio Cerezo (Guatemala) kühl: „Die US-Bemühungen sind ihre Bemühungen. Die Bemühungen der Zentralamerikaner sind unsere eigenen." Der honduranische Außenminister López Contreras schätzte den Plan als „positiv" ein, wohingegen sein salvadorianischer Amtskollege Acevedo deutlich Kritik übte: Er frage sich, wo die Vereinigten Staaten in ihren Überlegungen sein Land gelassen hätten. Der Plan, so Acevedo weiter, beschäftige sich fast ausschließlich mit Nicaragua und ziehe die besondere Problematik El Salvadors nicht in Betracht. Oscar Arias (Costa Rica) urteilte zurückhaltend. Reagans Vorschläge beinhalteten zwar überzeugende Gedanken, im wesentlichen basierten sie aber auf seinem eigenen Plan.


Duarte (El Salvador)


Azcona (Honduras)


Cerezo (Guatemala)

Diplomatisch gereift hingegen die Antwort aus Nicaragua. Im Gegensatz zu früheren Reaganschen Querschüssen zum Contadora-Prozeß, allesamt als konstruktive Vorschläge von amerikanischer Seite ausgegeben, fiel die Replik der Sandinisten in Form und Inhalt konziliant aus und brach damit den wahren Absichten die Spitze.[4] Der Washingtoner Botschafter Nicaraguas, Carlos Tunnermann, erklärte: „Wir finden verschiedene positive und interessante Elemente (im Plan), mit denen wir arbeiten und die verbessert werden können." Und Daniel Ortega: „Der Reagan-Plan macht Sinn und demonstriert die Annehmbarkeit eines Dialogs mit Nicaragua." Sein Land sei bereit, die ausländischen Militärberater abzuziehen. Verhandlungen mit den Contras lehnte er weiterhin kategorisch ab, vielmehr wolle er, so Ortega weiter, mit den USA direkt verhandeln, in Washington oder wo immer und am besten gleich nach dem Guatemala-Gipfel.

Mit dieser differenzierten und abwägenden Antwort Managuas hatte *wohl* niemand so recht gerechnet. Stellvertretend für viele zitierte die „International Herald Tribune" die Meinung eines hohen

Beamten, der schon mehrmals an direkten Verhandlungen in Zentralamerika teilgenommen hatte: „Wenn das Weiße Haus gedacht hätte, daß der Plan akzeptabel wäre, dann hätte es ihn verändert."

Guatemala — eine historische Zäsur

„Wir wollen Subjekte und Hauptakteure unserer eigenen Geschichte werden ... Von den anderen Nationen der Welt verlangen wir Verständnis, Toleranz, Zuneigung, Solidarität, aber vor allem Respekt vor unserem Willen, Frieden zu schaffen." Diese emphatisch vorgetragenen Worte des guatemaltekischen Präsidenten Cerezo am Ende des Gipfeltreffens markieren, nach Einschätzung vieler Beobachter, eine Wendemarke im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den lateinamerikanischen Ländern.

Was war geschehen? Der Auftakt des Treffens wurde überschattet von den Vorschlägen Ronald Reagans und einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Arias und Ortega. Auf seiner Pressekonferenz attackierte der nicaraguanische Präsident die Politik Costa Ricas: Von dessen Territorium, so die Anschuldigung, würden bewaffnete Angriffe gegen Nicaragua ausgehen.

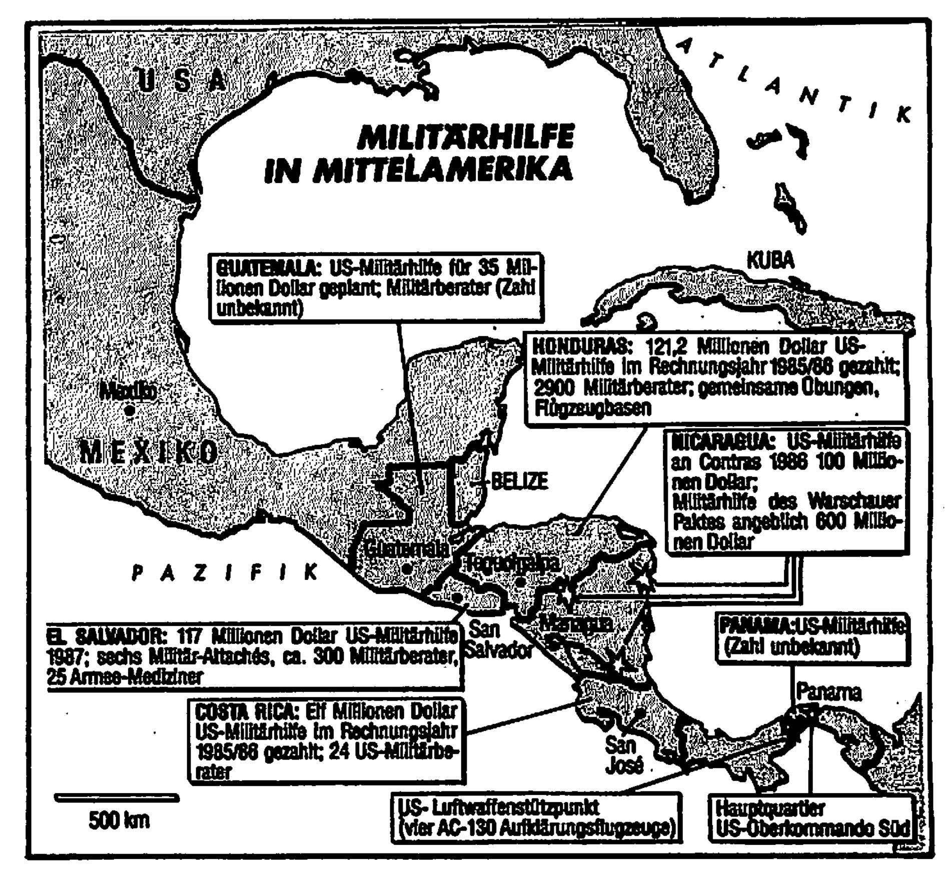
Die Antwort Arias' kam prompt. Mit sichtlicher Erbitterung beschuldigte er Ortega, er sei entweder schlecht informiert oder er lüge. Der nicaraguanische Präsident, so Arias, „weiß mit Sicherheit, daß sich die Dinge, seit ich die Macht am 8. Mai 1986 übernommen habe, geändert haben (und) daß nicht eine Daumenbreite des costaricanischen Territoriums benutzt wird, um andere Länder anzugreifen."

Die Befürchtung, daß nach diesem, in aller Öffentlichkeit geführten, verbalen Schlagabtausch ein ähnlich schlechtes Ergebnis herauskommen könnte, erfüllte sich zur Überraschung aller nicht: Die fünf Präsidenten einigten sich am 7. August auf einen 11 Punkte umfassenden Friedensplan, und sein Zustandekommen war — welch Ironie! — Präsident Reagan zu verdanken.

Während ihrer zweitägigen Gespräche hatten die Staatschefs den Vorschlag Reagans mit demonstrativer Nichtachtung gewürdigt. Der Washingtoner Botschafter Costa Ricas, Guido Fernández, der im Auftrag seines Präsidenten den Sprecher des Repräsentantenhauses Wright informierte, sagte, laut Wright, man habe lieber den Arias-Plan als den von Reagan verhandelt. Die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten hätten die Sitzung stimuliert und ohne sie hätte der Durchbruch unmöglich erfolgen können.

„Reagans Einmischung, so Costa Ricas Präsident Arias, habe die Meinungsbildung nicht unwesentlich beeinflußt. Wie ein nicht genannter ehemaliger Minister seines Landes afp erzählte, seien ›einige Staaten‹ — offenbar die US-Verbündeten Honduras und El Salvador —über den Alleingang Reagans so verärgert gewesen, daß sie ihre Bemühungen um ein ›Abkommen zwischen den Mittelamerikanern‹ verstärkt hätten." (TAZ v. 10. 8. 87)

Weitere Schubkraft ging sicher auch von der schnellen Ablehnung des Treffens zwischen Nicaragua und den USA durch Außenminister Shultz aus. „Wir setzen uns nicht mit Nicaragua zusammen, um zu entscheiden, was richtig ist für Zentralamerika", sagte Shultz. So trat nun das ein, was die spanische Zeitung „El Pais" als „Bumerangeffekt" bezeichnete. Die zentralamerikanischen Präsidenten hatten sich in der Tat so weit vorgewagt, daß sie, um wenigstens ein Minimum an Würde zu wahren, nicht mit leeren Händen an die Öffentlichkeit treten konnten und dadurch demonstriert hätten, einem Diktat aus Washington erlegen zu sein.



Im einzelnen sieht der Plan vor, daß innerhalb von 90 Tagen gleichzeitig Vereinbarungen über Amnestie, Waffenstillstand, Demokratisierung und Einstellung der Hilfe an Guerillabewegungen in Kraft treten müssen. Innerhalb 120 Tagen wird eine internationale Verifizierungs- und Überwachungskommission (Generalsekretäre von OAS und UNO, Contadora- und Unterstützergruppe) die Verwirklichung des Abkommens analysieren und den fünf mittelamerikansichen Präsidenten Bericht erstatten, die ihrerseits innerhalb von 150 Tagen zusammentreten müssen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

In Bezug auf die nationale Aussöhnung muß sofort eine *nationale Versöhnungskommission* gegründet werden, die sich aus je einem Vertreter der Exekutive, der Bischofskonferenz, den legalen politischen Oppositionsparteien sowie einem von der Regierung ernannten Neutralen zusammensetzt. *Amnestiegesetze* werden in allen Ländern, in denen es notwendig ist, erlassen. Zur *Demokratisierung* der Staaten: Aufhebung der Pressezensur, Freiheit für Radio und Fernsehen, uneingeschränkte Versammlungs-, Demonstrations-, Rede- und Publikationsfreiheit sowie Bewegungsfreiheit im Wahlkampf. Dazu sind alle Notstandsbestimmungen außer Kraft zu setzen, *damit die verfassungsmäßigen Rechte* gewährleistet sind. Die *ausländische Militärhilfe* an Aufständische wird eingestellt und kein Land darf fremden, irregulären Kräften sein Territorium zu Verfügung stellen. *Waffenstillstand* in den Ländern Guatemala, El Salvador und Nicaragua bis zum 7. November. Verhandlungen über *Truppen- und Waffenabbau* werden unter der Ägide der Contadora fortgesetzt. Repatriierung und Neuansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen ist schnellstens durchzuführen. Und schließlich: Wahlen für ein *zentralamerikanisches Parlament* 1988.

Reagans Quadratur des Kreises

In Lateinamerika wurde der Vertrag noch einhellig als großer Fortschritt gefeiert, als sich schon die ersten Kritiker aus der Reagan-Administration zu Wort meldeten. Verteidigungsminister Weinberger sagte, daß, wenn die Contras ihre militärische Kapazität verlieren würden, der Druck auf Nicaragua und somit auch der Einfluß

verschwände. Er plädierte dafür, die Contras als militärischen Verband zu erhalten. Hohe Beamte des Weißen Hauses, die vertraut sind mit Reagans Denkweise, erklärten, der Präsident werde sich bestimmt um weitere Contra-Hilfe bemühen und die Gedanken Weinbergers würden gewiß einige Unterstützung aus dem Oval Office erfahren.

Auch der Stabschef des Weißen Hauses, Howard Baker, hieb in die gleiche Kerbe. Bevor es in Nicaragua keine Fortschritte gebe, sei es „fast sicher", daß der Präsident beim Kongreß um weitere Militärhilfe nachsuchen werde. Für den Unterstaatssekretär Elliot Abrams besaß das Guatemala-Abkommen gar nur die Funktion eines „einleitenden Abkommens, denn eines endgültigen Friedensvertrages."

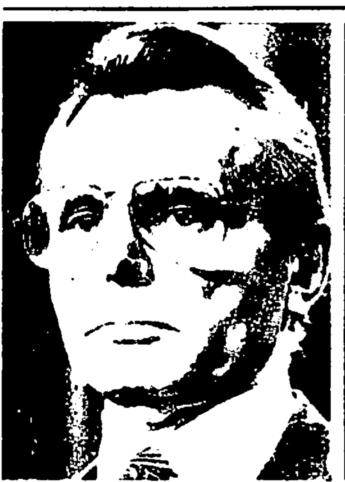
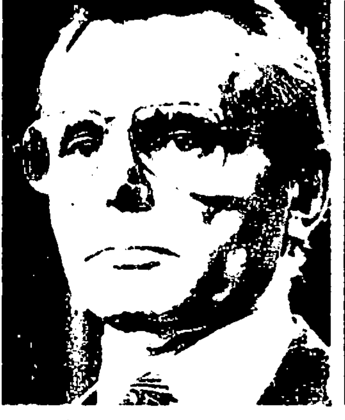
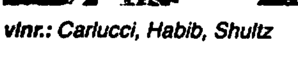
Und Ronald Reagan selbst? In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache beurteilte er in einer ersten Stellungnahme das Abkommen sehr zurückhaltend und sicherte den Contras so lange Unterstüzung zu, bis Waffenstillstand und Demokratie unter Dach und Fach seien. „Wir waren immer zu Gesprächen bereit, werden aber niemals diejenigen aufgeben, die für Demokratie und Freiheit kämpfen," sagte Reagan. Die starken Worte von ihm selbst und einzelnen Mitgliedern seiner Regierung konnten jedoch die tiefe Erosion, die seine Politik erfaßt hatte, nicht mehr verschleiern. Jetzt rächte sich, daß in der Zentralamerikafrage (und nicht nur da) niemals ernsthaft an eine politische Lösung gedacht wurde, die militärische Option immer als einzig mögliche erschien. Die Risse innerhalb seiner konfusen Politik gehen mittlerweile quer durchs Weiße Haus. Außenminister Shultz, der nicht zu den Falken gezählt wird, war der einzige, der vor dem Iran/Contra-Ausschuß eine gute Figur gemacht hatte und dem von überall Aufrichtigkeit bescheinigt wurde. In fast schon resignativer Offenheit mußte er eingestehen, von vielen Dingen nichts oder zu spät gewußt zu haben und daß die Außenpolitik oftmals an ihm vorbeilaufe.

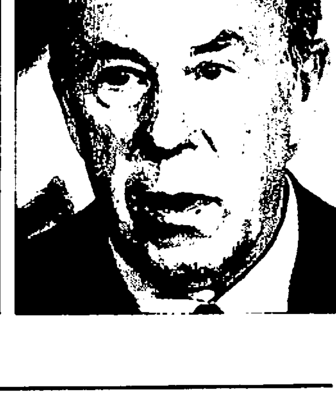
Shultz hatte sich in der Woche nach Guatemala dafür stark gemacht, daß es nun an der Zeit sei, sich aktiv an den Friedensgesprächen zu beteiligen und den Sonderbotschafter für Zentralamerika, Philip Habib, ermutigt, sich im Rahmen von Regionalgesprächen zu engagieren. Er tat wie geheißen, wurde von Reagan, Stabschef Baker und Sicherheitsberater Carlucci abgewürgt und demissionierte sofort. „Habibs Rolle in der bisherigen Zentralamerika-Politik", so kommentierte die Neue Zürcher Zeitung, „beschränkte sich fast ausschließlich darauf, liberal-demokratische Kritiker mit dem Hinweis auf diplomatische Bemühungen zu beschwichtigen."

Die Demission Habibs, von dem Henry Kissinger sagt, er gehöre zu den besten Diplomaten, die „ich je kennengelernt habe", kommt für Reagan zu einem äußerst unpassenden Zeitpunkt. Für viele, vor allem demokratische, Kongreßabgeordnete galt Habib als einer der „wenigen ernsthaften Advokaten" (Newsweek), die sich für eine Verhandlungslösung mit Nicaragua ausgesprochen hätten.

Der Vertrag von Guatemala war schon vorher mit großer Mehrheit bei Medien, Kongreß und Öffentlichkeit begrüßt worden. Viele waren zwar skeptisch, ob Nicaragua sich an die Vereinbarungen halten würde, meinten aber, in Anspielung auf einen alten John Lennon Song: Gebt dem Frieden einen Plan. Die Demokraten, die in beiden Häusern des amerikanischen Parlaments die Mehrheit stellen, machten schon kurz nach Beendigung des Gipfeltreffens unmißverständlich klar, daß sie, während der Friedenprozeß läuft, keiner erneuten Contrahilfe zustimmen werden. Hohe Beamte des Weißen Hauses, die von der amerikanischen Presse nur selten namentlich genannt werden, mußten eingestehen, daß die Contra-Karte zur Zeit nicht gespielt werden könne. Durch Habibs Ausscheiden aus der Regierung sind die Aussichten, bis zum 30. September neue Contra Hilfe erfolgreich durch den Kongreß zu bekommen, ziemlich gering.

Ebenso schwer tut sich Reagan zur Zeit mit der Rechte — und umgekehrt. Da auch im Reagan-Plan keine ausdrückliche Beteiligung der Contras an Gesprächen mit der Regierung in Managua vorgesehen war, sprachen sie jetzt von Verrat und griffen den „Großen Kommunikator" mit noch nie dagewesener Schärfe an. Gleich nach der Sommerpause wollen sie nun 310 Mio. Dollar für die „Freiheitskämpfer" beantragen (mehr als dreimal soviel wie sie im letzten Fiskaljahr bekamen). Der Verfasser des Leitartikels der einflußreichen „US News and World Report", Michael Kramer, sah gar ein neues, diesmal zentralamerikanisches Jalta heraufziehen und verglich die Verhandlungen von "Ortega und Company" mit der alten Vietkong-Kriegsparole: Kämpfen und sprechen, sprechen und kämpfen: „Es ist klar geworden, das Weiße Haus ist von den zentralamerikanischen Führern ausmanövriert worden. Es ist aber genauso wahr, daß die Administration nur ganz allein für sich selbst die Schuld an dem Großen guatemaltekischen Fauxpas geben kann. Stellen Sie sich für einen Augenblick vor, Sie wären der Präsident von El Salvador, Napoleon Duarte, der Führer einer zerbrechlichen Demokratie, deren Sicherheit fast vollständig von Washington abhängt. Eines morgens wachen Sie auf und Sie hören, von Norden aus sei der Frieden ausgebrochen. Sie und die Contras, so stellt es sich heraus, sind die letzten, die es erfahren, daß Jim Wright und Ronald Reagan sich einen Deal ausgedacht haben. Wie würden Sie antworten? Sie würden tun, was getan wurde: Sie werden sich bemühen, zu vermeiden, eine weitere Kostprobe zu geben, daß sie lediglich eine amerikanische Marionette‹ sind und werden sich beeilen, ein ›einheimisches‹ (indigenous) Friedensabkommen zu unterzeichnen. Aus der letzten Torheit kann man viel lernen — bald wird sie eine Fallstudie für die außenpolitischen Schulen abgeben ..."[5]



vlnr.: Carlucci, Habib, Shultz

Bislang hat Ronald Reagan recht hilflos auf alle Anfeindungen reagiert. Mitte August ließ er an die mittelamerikanischen US-Botschafter Kopien des Vertrages zwischen Washington und Hanoi aus dem Jahre 1973 verteilen, um ihnen zu zeigen, wie Kommunisten mit Verträgen umgehen, die mehrdeutig sind. Hohe Beamte aus der Region wurden nach Washington beordert, um in Gesprächen mit der Administration eine diplomatische Linie zu finden, die die Glaubwürdigkeit der USA am Friedensprozeß signalisieren und gleichzeitig die Vorbehalte zum Ausdruck bringen soll. Anschließend wurden sie in die Region zurückgeschickt mit dem einzigen Ziel, so das Magazin „Time" am 3. September, um den Friedensprozeß zu verlangsamen. In der gleichen Ausgabe wird ein US-Diplomat mit den Worten zi-

tiert: „Es ist so, als ob man versucht, einen abwärts rasenden Zug zu bremsen."

Auch der erneute Streit zwischen Außenminister Shultz und Sicherheitsberater Carlucci, wer für die amerikanische Außenpolitik zuständig ist, zeigt, wie konfus z. Zt. in Washington re(a)giert wird.[6]

Kein Zweifel, Ronald Reagan befindet sich in der Defensive und es scheint zweifelhaft, daß er sich in den verbleibenden 15 Monaten seiner Amtszeit noch einmal erholen kann. Die Iran/Contra-Affäre hat ihm schwer geschadet, sein Charisma (nicht nur bei der Rechten) gelitten. „Er wird nicht länger als die ehrfürchtige Person gesehen, die er vor der Iran/Contra-Affäre war", mußte einer seiner Berater eingestehen. Direkte Konsequenz sei gewesen, so der Beamte weiter, daß die Demokraten bei den Wahlen die Mehrheit im Senat erobern konnten (im Repräsentantenhaus besaßen sie diese schon vorher) und man die Schwierigkeiten unterschätzt habe, gegen beide Häuser des Kongresses zu regieren.

Für den Rest seiner Amtszeit hat sich Reagan vier Ziele gesteckt, die er noch erreichen möchte: Abrüstung, die Nominierung des Richters Robert H. Bork für den Supreme Court, die Verringerung des Haushaltsdefizits und Nicaragua. Herzensanliegen, wie seinem „economic bill of rights" oder die Reduzierung von Regierungsausgaben statt Steuererhöhung werden wenig Chancen eingeräumt und auch in anderen Bereichen wie Haushalt, Steuern, Verteidigungsausgaben und Handel stehen harte Verhandlungen mit dem Kongreß an. Seine Berater haben die Devise ausgegeben, sich im Umgang mit dem Kongreß auf keine Konfrontation einzulassen und möglichst keinen Gebrauch von seinem Vetorecht zu machen.

Das komplexe und (komplizierte) amerikanische Prinzip der „checks and balances" kann also, in Bezug auf die Region, vieles zum positiven wenden. Die Führer der Contras, die am 27. August mit Reagan in Los Angeles zusammentrafen, haben mittlerweile ihre Haltung zum Guatemala-Abkommen modifiziert. Nach anfänglicher Totalablehnung machten sie nun im Anschluß an das Treffen den Vorschlag, daß Reagan militärische und humanitäre (nonletal) Hilfe beantragen solle, wobei die humanitäre Hilfe sogleich zur Auszahlung anstände. Die Militärhilfe hingegen (ihr Anteil am Gesamtpaket beträgt 70 Prozent), so der Vorschlag weiter, ginge am besten auf ein Sperrkonto, und könnte dann, wenn die Demokratisierung in Nicaragua keine Fortschritte macht, jederzeit abgerufen werden (Contra-Führer Aristides Sánchez: „Das macht die Hilfe zu einer Art Damokles-Schwert, das über ihren Köpfen hängt"). Der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, bezeichnete diesen Vorschlag als „konstruktiv", den man unterstützen könne. Eine formale Billigung wäre zwar noch nicht möglich, man studiere aber auf jeden Fall die „technischen Details". „Die Rebellenführer", so die IHT v. 29. 8. 87, „haben fast noch nie einen bedeutenden Vorschlag öffentlich gemacht, der nicht vorher mit der Administration abgesprochen worden wäre". (Nach Informationen von „Newsweek", 7. September, soll es sich um einen Vorschlag des einflußreichen republikanischen Senators und möglichen Präsidentschaftskandidaten, Robert Dole, handeln.)

In der Tat scheint dies die Taktik zu sein, mit der Reagan neue Gelder vom Kongreß bekommen will. In den USA ist es ein offenes Geheimnis, daß in der sogenannten Pipeline (Gelder, die bislang noch nicht ausgegeben wurden) noch genug finanzielle Mittel vorhanden sind, um die Contras bis Mitte November militärisch zu unterstützen. Da der Waffenstillstand etwas zur gleichen Zeit (7. November in Kraft treten soll, versucht die Administration nun ganz offensichtlich auf Zeit zu spielen. Die USA werden in den nächsten Wochen nichts unversucht lassen, um Nicaragua zu provozieren, etwas Unbedachtes zu unternehmen. Wie schnell die Stimmung umschlagen kann, zeigte die schlecht getimte Reise Ortegas in die Sowjetunion im April 1985, als der Kongreß einer bereits abgelehnten Contrahilfe doch noch zustimmte.

Die Beweggründe der Mittelamerikaner

Nicaragua steht das Wasser bis zum Hals. Seit Kriegsbeginn haben mehr als 40.000 Menschen ihr Leben verloren, der Materialschaden beträgt 576 Mio. Dollar und der Produktionsausfall beläuft sich auf 1,9 Mrd. Dollar. Mehr als die Hälfte des Staatshaushaltes geht in die Verteidigung, und ausländische Experten haben jetzt geschätzt, daß Nicaragua eine externe Finanzierung von jährlich 1,3 Mrd. Dollar benötigt, um seine Wirtschaftsleistung im gleichen Tempo wie die Bevölkerung wachsen zu lassen (Exporterlöse 1986: 250 Mio. Dollar). Die Arbeitslosigkeit wird auf 40 Prozent geschätzt, die Inflation dreistellig (700 Prozent) und selbst Grundnahrungsmittel werden knapp.

Diese katastrophalen Daten werden durch die von der UdSSR verfügten Erdölkürzungen noch weiter verschärft. Schon im Mai hatte sie angekündigt, nur noch einen Teil der vereinbarten Menge (1986: 4 Mio. Barrel) liefern zu können. Am 18. August gab Vizepräsident Sergio Ramírez nun bekannt, daß Nicaragua bis zum Jahresende dringend 765.000 t Erdöl benötigt. Er apellierte vor allem an die Lateinamerikaner, dem Land zu helfen. Nicaragua besitze kein Geld mehr, um die Erdöllieferungen zu bezahlen und diese kritische Situation, so Ramírez weiter, könnte dazu führen, daß der gesamte Friedensprozeß scheitert.

Die Sowjetunion, so scheint es jedenfalls, ist nicht gewillt, Nicaragua in ähnlicher Weise zu unterstützen wie sie es mit Kuba getan hat. In politischer Hinsicht ist es ihr wichtiger, ein Rüstungskontrollabkommen mit den USA zu erreichen. Sie vermeidet daher alles, was politischen Sprengstoff beinhalten könnte. Aber auch in finanzieller Hinsicht kann sich die UdSSR kein zweites Kuba leisten. Von sowjetischen Funktionären wird die wirtschaftliche Ineffizienz Managuas hart kritisiert, sie sind der Meinung, daß die Hilfe verschwendet wird. „Wir hatten hier eine sowjetische Gruppe, die uns ein Papier vorlegte, in dem stand, daß sie uns im letzten Jahr eine gewisse Anzahl Stahl geliefert hatte. Dann wollten sie die Projekte sehen, für die der Stahl benötigt wurde. Wir hatten keine Ahnung, wo wir sie hinführen sollten und es gab auch keine Möglichkeit, das herauszufinden. Sie konnten es einfach nicht glauben", sagte ein Vertreter der Sandinisten.[7]

Trotz der enormen Schwierigkeiten zeichnet sich nun ein Lichtstreifen am Horizont ab. Der Störenfried der Region, die USA, befindet sich in der Defensive, und es liegt nun an Managua, wenn auch nicht ausschließlich, wesentliche Teile des Abkommens positiv umzusetzen. Der Anfang gestaltete sich mit der Einsetzung der nationalen Versöhnungskommission vielversprechend, deren Mitglieder sein werden: Vizepräsident Sergio Ramírez, Kardinal Miguel Obando y Bravo (von dem Jim Wright sinnigerweise sagte, er könne die Contra-Position vertreten), Mauricio Días, dem Führer der sozial-christlichen Volkspartei, und Gustavo Parajón, dem Präsidenten des Evangelischen Entwicklungskomitees. Gleichzeitig, und als Geste



des guten Willens gedacht, erlaubten die Sandinisten die Rückkehr dreier exilierter katholischer Priester.

Eine weitere Demonstration des guten Willens war die Zurücknahme der Klage gegen Costa Rica vor dem Internationalen Gerichtshof und die dreimonatige Suspendierung einer ähnlichen Klage gegen Honduras.

Weitaus schwieriger verläuft hingegen die im Friedensvertrag festgelegte Demokratisierung Nicaraguas. Vizepräsident Ramirez hat bereits deutlich gemacht, daß so lange das Damoklesschwert einer erneuten Contrafinanzierung über seinem Land schwebe, weder an eine Aufhebung des Ausnahmezustandes noch an eine Wiedereinführung der bürgerlichen Freiheiten zu denken sei. Es ist aber bereits abzusehen, daß dieser Punkt für die USA und mindestens Costa Rica die Nagelprobe der nächsten Wochen sein wird. Während Arias den Sandinisten eine Frist bis zum 7. November einräumt („Die Sprache des Abkommens ist eindeutig und es gibt an diesem Punkt keine Interpretationsmöglichkeiten." wird Reagen daruf drängen, daß die Sandinisten zumindest die Pressefreiheit bis zum 30. September verwirklichen.

Die Sandinisten wären in der Tat gut beraten, diesem Verlangen nachzukommen, nicht nur der drohenden Contrahilfe wegen. Es hat noch keinem Land gutgetan, oppositionelle Kräfte auszuschalten. Die Gründe unter denen dies geschieht sind allzuoft fadenscheinig, denn selbst auf die Gefahr hin, daß die opositionellen Organe „La Prensa" und Radio Católica", um nur die bekanntesten Fälle zu nennen, vom CIA finanziert werden (so behaupten es jedenfalls die Sandinisten), stellten die Regierenden mit dem Verbot dieser Medien der Mündigkeit der Bürger wahrscheinlich ein schlechtes Zeugnis aus.

Von vergleichbarer Bedeutung wird es sein, wie zukünftig mit dem innenpolitischen Gegner verfahren wird. Unmittelbar nach Vertragsabschluß hatten in Managua etwa 500 Personen für mehr Demokratie demonstriert. Die Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst und einige Teilnehmer im Schnellverfahren zu 30 Tagen Haft verurteilt. Etwas mehr Gelassenheit wäre in diesem Fall sicher besser gewesen, denn nicht jede Zusammenrottung ist apriori staatsgefährdend. In dieser harten Reaktion sahen viele Beobachter die Handschrift von Innenminister Tomás Borge, einem „hardliner" im Neuner-Direktorat der comandantes. Vor diesem Hintergrund gesehen fiel die internationale Reaktion auf Daniel Ortegas Reise nach Cuba am 13. August sehr milde aus. In vielen Kommentaren hieß es, er, Ortega, sei zu Fidel Castro gefahren, um seine Politik absichern zu lassen und die Kritiker in den eigenen Reihen zum Schweigen zu bringen.



Treffen mit den Contra-Führern

Nach allgemeiner Auffassung ist der acht Jahre alte Krieg in *El Salvador* weder von der Regierung noch von der FMLN/FDR zu gewinnen, obwohl allein die USA seit 1980 2,5 Mrd. Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe geleistet haben (heute bekommt das Land täglich 1,6 Mio. Dollar). Die wirtschaftlichen Rahmendaten sind äußerst schlecht: Die Weltmarktpreis für Kaffee, das Hauptexportprodukt, sind um 50 Prozent gefallen, die Arbeitslosigkeit beträgt über 50 Prozent und die Inflationsrate liegt bei 40 Prozent. Dazu kommen die Auswirkungen des verheerenden Erdbebens vom Oktober 1986 (Schaden über 1 Mrd. Dollar), Kapitalflucht, Korruption und ein niedriges Pro-Kopf-Einkomen (535 Dollar).

Präsident Duarte hat nach anfänglicher Skepsis über die Aussichten des Friedensplans eine Wende vollzogen, weil er jetzt begriffen hat, welch große Vorteile er aus ihm ziehen kann. „Es ist eine Situation, in der man nicht verlieren kann," sagte ein Duarte-Vertrauter. „Wenn die Guerilla den Plan akzeptiert, ist der Krieg vorbei und Duarte hat gewonnen. Nehmen sie ihn nicht an, geht der Krieg weiter, die Guerilla trägt dann die Schuld und Duarte hat ebenfalls gewonnen." Ebenso wie die Contras hatten die FMLN/FDR Teile des Plans von Guatemala abgelehnt. Guillermo Ungo erklärte in einer ersten Stellungnahme, es wäre verrückt, in der jetzigen Situation, in der man die Armee in einer mißlichen Lage habe, die Waffen niederzulegen und einen Waffenstillstand zu akzeptieren.

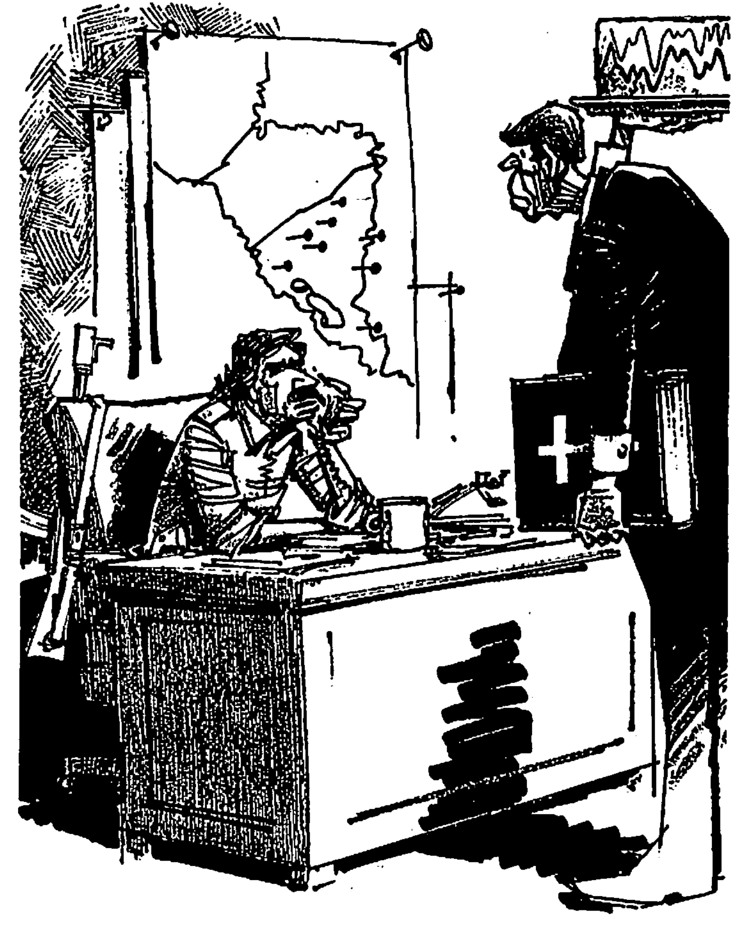
In der Zwischenzeit sind sie von der bisherigen Linie ein wenig abgerückt und haben einem Gespräch mit Duarte für Mitte September zugestimmt. Allerdings wollen sie nicht auf seine Forderungen eingehen, die Waffen niederzulegen und bestehen weiterhin auf einem Dialog ohne Vorbedingungen. Es ist aber zu erwarten, daß hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Die FMLN/FDR befindet sich eindeutig in einer Zwickmühle. Gehen sie auf Duartes Forderungen nicht ein (es sind ja auch die Forderungen des Vertrages), stehen sie als Kriegstreiber vor den Augen der Öffentlichkeit da, denn, „es gibt einfach zu viele Leute, die den Plan unterstützen". [8] Gehen sie andererseits auf Duartes Forderungen ein, müssen sie sich wahrscheinlich vorwerfen lassen, die ungerechten Verhältnisse, die der Hauptgrund dieses Bürgerkriegs sind, auf unbestimmte Zeit zementiert zu haben.

Trotz der ebenfalls großen wirtschaftliche Probleme gilt *Costa Rica* als das demokratischste Land Mittelamerikas. Präsident Arias' Wendung war nicht unbedingt zu erwarten. Er war nie ein Freund der Regierenden in Managua (und ist es auch heute noch nicht), noch weniger jedoch war er ein Befürworter der Contras und ihrer Methoden. Es ist ihm seit seiner Amtsübernahme im letzten Jahr schnell klar geworden, daß Costa Rica bei einer Fortsetzung der Politik seines Vorgängers Monge, unweigerlich immer tiefer in die zentralamerikanischen Wirren hineingezogen würde. Als die Tower-Kommission, die die Iran/Contra-Affäre untersuchte, auch noch herausfand, daß die USA mit den Contras geheime Aktionen vom Staatsgebiet Costa Ricas aus planten und durchführten, legte er sich mit der Reagan-Administration an.

Kein Zweifel, Arias ist ein „intelligenter Antisandinist" (El Pais) der mit den amerikanischen Demokraten besser kann, als mit den Republikanern eines Ronald Reagan. Die Zielsetzung, Verhinderung des Kommunismus, ist zwar allen gemein, was allerdings die Methoden zur Verhinderung desselben betrifft, gibt es zwischen Arias und den Demokraten wesentlich mehr Übereinstimmung als mit den Republikanern. Bei der Ausarbeitung seines Plans hatte sich Arias frühzeitig der Hilfe wichtiger Teile der Demokratischen Partei versichert und die entsprechende Unterstützung auch erhalten.

Seit 1954 tobt in *Guatemala* ein blutiger Bürgerkrieg, dem bislang mehr als 100.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Wirtschaft ist nicht ganz so desolat wie in den anderen mittelamerikanischen Ländern (Guatemala ist ein potentiell reiches Land: Nickel, Erdöl, Baumwolle, Kaffee, Kardamon, Holz und Bananen) und die Konjunkturdaten des ersten Halbjahres zeigen eine Aufwärtsentwicklung an.

Seit Präsident Carter die US-Hilfe für Guatemala wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen aussetzte (und Reagan wieder aufnahm), ist das Land, zumindest in außenpolitischer Hinsicht, auf Distanz zu den Vereinigten Staaten gegangen. Der Christdemokrat Vinicio Cerezo, seit 1986 im Amt, ist der erste zivile Präsident seit 32 Jahren und er hat von Anfang an einen Kurs der „aktiven Neutralität" gegenüber Nicaragua verfolgt. Obwohl auch er kein Freund der Sandinisten ist, hat er es bislang verstanden, sich dem Druck der USA, eine härtere Gangart gegenüber Managua einzuschlagen zu entziehen. Ähnlich geschickt hat Cerezo Guatemala aus den Schlagzeilen der internationalen Presse manövriert und die Reputation des Landes wiederhergestellt. Innenpolitisch zeigt er jedoch ein anderes Gesicht. Die Guerilla und die Zivilbevölkerung wird in Zusammenarbeit mit amerikanischen Experten mit äußerster Härte bekämpft, die Menschenrechtsverletzungen sind seit



„Präsident Ortega, da ist ein Kerl draußen, mit einer Bibel und einer Torte..."

Monaten ebenso ansteigend wie die politisch motivierten Morde.

Auch die guatemaltekische Guerilla ist (wahrscheinlich) nicht militärisch zu besiegen und wie die FLMN/FDR fordert die UNRG einen Dialog ohne Vorbedingungen.

Schwächstes Glied in der Kette, und von den USA am leichtesten zu beeinflußen, ist *Honduras*. Das Land ist fast vollständig von der Hilfe der Vereinigten Staaten abhängig. Seit Jahren laufen auf dem Staatsgebiet ausgedehnte Militärmanöver der USA, von denen die Sandinisten nicht zu Unrecht behaupten, sie dienten zur Vorbereitung einer Intervention. Der „Flugzeugträger Honduras" ist mit modernsten Waffen ausgrüstet worden, neue Militärcamps und Landebahnen entstanden, die Anzahl der amerikanischen Militärberater (2900) und Soldaten (je nach Manöver 10-20.000) ist außergewöhnlich hoch und schließlich, vom honduranischen Territorium gehen die Angriffe der Contras aus. Im Grenzgebiet befinden sich ihre Lager, dorthin ziehen sie sich nach erfolgten Attacken gegen Nicaragua immer wieder zurück.

In der letzten Zeit hat die Anwesenheit von Nordamerikanern und vor allem der Contras viel Protest in der Bevölkerung hervorgerufen. Viele Bauern sind vertrieben worden und immer wieder ist von Plünderungen der Contras die Rede.

Schon mehrmals hat Präsident José Azcona (verbale) Anläufe genommen, Amerikaner und Contras nach Hause zu schicken. Bislang allerdings vergeblich, denn letztendlich hatte er dem Gegendruck seiner eigenen Militärs und der USA nichts entgegenzusetzen.

Unter dem jetzt ausgehandelten Abkommen von Guatemala („Was hätten wir tun sollen?", so ein hoher Beamter. „Die einzigen sein, die nicht für den Frieden sind?") müßten sich US-Soldaten und Contras bis zum 7. November vom honduranischen Gebiet zurückziehen. Der Repatriierungspunkt des Abkommens gilt als Zugeständnis der anderen zentralamerikanischen Staaten an Honduras, um ihm nicht die Bürde der „arbeitslosen" Kämpfer aufzuerlegen.

Doch noch ist es nicht soweit, Honduras beginnt bereits den begonnenen Friedensprozeß unter Zuhilfenahme von Verfahrensfragen zu verschleppen. Bei einem Nachfolgetreffen der fünf mittelamerikanischen Außenminister am 19. und 20. August in San Salvator, das Verfahrensfragen klären sollte, weigerte sich der Honduranern einer Kommission zur Einhaltung der Vereinbarungen zuzustimmen. Als Grund dieser Weigerung wird vermutet, daß eine, wie im Vertrag gefordert, internationale Überwachungskommission von Honduras den Besuch der wohlbekannten Contra-Lager fordern könnte.

Peter Hübner

★



1 vergl. „blätter des iz3w": Die Contadora - Das Ende einer Initiative, Nr. 123, Feb. 1985, S. 30-41
2 El Pais, Internacional
3 Dieses Memorandum wurde von der Presse just zu dem Zeitpunkt pupbliziert, als Poindexter vor dem Iran/Contra-Ausschuß des Kongresses aussagte.
4 Bei früheren Anlässen hatten die Sandinisten jedes Schein)-Angebot Reagans ohne Bedenkzeit schroff zurückgewiesen und damit letztendlich den Weg für die Contrahilfe freigemacht, wie im April 1985, als nach Ablehnung eines Reaganschen „Friedens"plan der Kongreß 24 Stunden später 27 Mio. Dollar an die Contras bewilligte.
5 U.S. News and World Report v. 24.8.87
6 International Herald Tribune v. 27.8.87
7 IHT v. 21.8.87
8 U.S. News and World Report v. 31.8.87. Das Nachrichtenmagazin beruft sich auf Quellen, die der „FLMN nahestehen."

★

Neue alte Wege: Waru-Waru

Peru: Angepaßte Technologie vor einem Jahrtausend: Waru-Waru — und heute?

Der Flug über die Anden Lima — Arequipa — Juliaca (Puno) stimmt jeden aufmerksamen Beobachter nachdenklich. So weit das Auge reicht unbewaldete Berge, kahles Felsgestein, die schneebedeckte Kordillere, und winzigkleine grüne Flußoasen in einem Meer von Unfruchtbarkeit. Ob es wirklich stimmt, was jene Food-First-Theoretiker behaupten, daß jedes Land — auch Peru? — sich selbst ernähren könnte?[1]

Kurz vor Arequipa sieht man dann das Colcatal mit seinen jahrhundertealten Terrassenkulturen, ein Wunderwerk früher Technologie. Man begreift die Notwendigkeit, in dieser Wüste von Unfruchtbarkeit Fruchtbarkeit zu schaffen, was zur Entwicklung der andinen Hochkultur führte.

Der Weiterflug nach Puno zeigt dann die Hochebene, das Altiplano von Puno, 3 800 — 4 000 m hoch, umrahmt von Bergen und ab und an von ihnen unterbrochen.

Der Süden Perus litt wieder einmal unter großer Trockenheit (Mai 1987), ganz im Gegensatz zum letzten Jahr, in dem es monatelang wolkenbruchartig regnete, und der Spiegel des 3 800 m hoch gelegenen Titicacasees stieg und stieg und sowohl seine bolivianischen wie peruanischen Ufer überschwemmte. Viele Campesinos, die sich wegen der extremen Trockenheit im Jahre 1983 von den Höhen in Seenähe angesiedelt hatten, verloren ihr Land und ihre Häuser. In der Stadt Puno selbst mußten viele der Elendsviertel in Seenähe geräumt werden.

Von oben zeigte sich die Trockenheit durch die gelb-braun-rötlichen Farben der Erde. Grün fehlte vollkommen in der Farbskala.

Angekommen auf dem Flughafen von Juliaca und wie immer benommen vom schnellen Wechsel von Meereshöhe auf 4 000 m, der blendend hellen Sonne, der Frische und Dünne der Luft, ging es weiter im Auto nach Puno, der Departamentshauptstadt. Es ist eine Fahrt von etwa einer Stunde über die Hochebene. Auf dieser Fahrt sah ich sie zum ersten Mal am Straßenrand: die Waru-Waru[2] (wie sie in Ketchua heißen), auf spanisch Camellones, ein System von Hochbeeten umgeben von Wassergräben. Die Beete von unterschiedlicher Länge und einer Breite von 4 — 8 m und einer Höhe von 1,20 — 3 m, die dadurch entsteht, daß die Erde der Gräben auf die Beete geschaufelt wird. In den Wassergräben leben Fische, Wasservögel und sonstige Wassertiere. Normalerweise beträgt die Kartoffelernte in Puno 4t/Hektar. In den Waru-Waru wurden in den vergangenen Jahren zwischen 12 und 15t/Hektar geerntet, und ohne künstliche Düngung.

In diesem Jahr waren die Gräben ausgetrocknet, weil es so wenig geregnet hatte; ihr Wasser hatte aber ausgereicht, die Kartoffeln bis kurz vor der Ernte zu bewässern. Die Felder an der Straße waren abgeerntet und kahl. Viehherden von Llama, Alpacas und Schafen weideten in ihrem Umkreis.

Ich wußte wenig über Camellones, hatte jedoch in Mexico die berühmten „schwimmenden Gärten" gesehen, wußte von Forschungen im Mayagebiet von Honduras und Mexico, die zu der Vermutung geführt hatten, daß der intensive Anbau in Camellones die hohe Bevölkerungsdichte der Maya zur Zeit der spanischen Eroberung ermöglicht habe. Ich beschloß sofort, mich in Puno näher zu erkundigen.

Einige Tage später fuhr ich mit Agrar-Experten in die Hochebene zwischen Juliaca und Puno. Dort wurden in mehreren Comunidades Campesinas (indianische Dorfgemeinschaften) Kartoffeln auf Waru-Waru von Campesinos geerntet. Es war die einzige Ernte dieses Jahres im Tal. Selbst die inkaischen Terrassen, die die Berge rings um den Titicacasee bedecken, hatten in diesem Jahr keine Ernten gebracht. Die Trockenheit zusammen mit starken Nachtfrösten hatten die Pflanzen zerstört.

Das Department Puno gehört mit Ayacucho und Huancavelica zu den ärmsten Gebieten Perus. Die Armut hat verschiedene Ursachen: mangelnde Fruchtbarkeit der Böden ist eine, eine weitgehendere jedoch ist die ungerechte Verteilung der Böden. Im vergangenen Monat kam es wieder einmal zu umfangreichen Landbesetzungen durch Bauern, die Land der großen und ineffizient arbeitenden Kooperativen besetzten. Dazu kommen die regelmäßig auftretenden und sehr unterschiedlichen Naturkatastrophen:

— kein oder wenig Regen — Trockenheit
— zu viel Regen — Überschwemmungen
— Nachtfröste, die die Pflanzen zerstören.

Wie archäologische Forschungen ergeben haben, ist das Waru-Waru-System bis zu zweieinhalbtausend Jahre alt, und es funktioniert genau gegen die drei genannten „Plagen" Punos:

— Das Wasser im Grabensystem speist in der Trockenheit die hochgelegenen Beete,
— bei Überschwemmungen und überreichen Regenfällen dient das Grabensystem als Drainage zur Entwässerung,
— das Wasser in den Gräben schafft ein Mikroklima, das die Fröste fernhält. Die vom Wasser tagsüber aufgestaute Sonnenwärme wird nachts wieder abgegeben und verhindert so das Erfrieren der Pflanzen.

Außerdem findet zwischen Gräben und Beeten ein Austausch des Mineralhaushalts statt. Nichts geht verloren. Die Düngung erfolgt durch Reinigung der Gräben. Was sich dort an organischem Material angesammelt hat, wird den Hochbeeten zurückgegeben. Kunstdünger — Chemie — ist nicht erforderlich. Ich sah runde gesunde Kartoffeln ohne jede Krankheit.

Zwei Dinge haben mich am meisten beeindruckt:
1. die Einfachheit und Angepaßtheit dieses Systems an die ökologischen Bedingungen Punos.
2. daß die Campesinos laut Auskunft der Wissenschaftler und Agrarexperten diese Kenntnisse ihrer Vorfahren total vergessen haben sollen. Erst ein nordamerikanischer Archäologe, Clark L. Erickson, hat 1980 dieses System wieder entdeckt.

Wie kommt es zum Vergessen von jahrtausende alter, sinnvoller und „angepaßter Technologie"? Die Spanier zur Zeit der Eroberung waren erst einmal nur auf Gold und Silber aus. Sie schickten die indianischen Bauern in die Höllen der Minen, wo viele von ihnen — allein in Potosi, Bolivien, schätzt man die Zahl der Toten auf 8 Millionen — starben. Als kein Gold und Silber mehr so leicht zu holen war, war die indianische Bevölkerung durch Versklavung und eingeschleppte Epedemien so reduziert, daß ein intensiver, arbeitsaufwendiger Anbau nicht mehr nötig war. So verwandelten sich die Waru-Waru in Viehweiden. das Ischugras breitete sich aus, die Überlebenden und Nachkommen dieses drastischen Bevölkerungsrückgangs vergaßen, weil keine Notwendigkeit mehr bestand, dieses System aufrecht zu erhalten.

Seit mehr als vier Jahrhunderten liegt die Hochebene von Juliaca als Viehweide da, nur ab und an unterbrochen durch kleine



Kartoffelernte auf Waru-Waru, Mai 1987

gepflügte Parzellen für Kartoffeln oder Quinua (einer hochwertigen Hirseart). Herden von Llamas, Alpacas und (eingeführte) Schafe und Kühe zogen drüber hin.

Als wir mit dem Jeep zu den Camellones fuhren, war die Fahrt über die Pampa ein regelmäßig Auf und Ab, wie in Wellen, ohne daß ich schon ausmachen konnte, warum das so war. Erst als wir vor den Camellones anhielten und ausstiegen, sah ich, daß die neu aufgeworfenen Beete genaue Fortsetzungen dieser Wellen waren. Es handelte sich also nicht um eine Konstruktion nach gewonnenen archäologischen Erkenntnissen. Es handelte sich um die Rekonstruktion von Jahrhunderte alten und vergessenen Camellones. Rund 10 000 Hektar hat man bis jetzt entdeckt, ca. 8 000 Hektar in Peru und ca. 2 000 Hektar in Bolivien. Nur dort, wo Kooperativen mit dem Traktor das Land nivellierten, sieht man nichts. Wie groß die Ausdehnung der Camellones wirklich einmal war, wird sich sicher nicht mehr ergründen lassen.

Agraringenieure arbeiten nun mit den Campesinos der Dorfgemeinschaften zusammen an der Rekonstruktion der Waru-Waru. Dabei stellte sich heraus, daß die Rekonstruktion relativ einfach ist, wenn das Land Gemeinschaftsbesitz einer Dorfgemeinschaft ist. Die Comunidad Campesina hat sich aus dem Ayllu (Familie) nach der spanischen Eroberung entwickelt und verfügte über Organisationsformen, die sich aus dem Agrarkalender ableiteten. In einer traditionellen indianischen Comunidad ist der Landbesitz gemeinschaftlich, und die Arbeit ist Gemeinschaftsarbeit, die sich aufteilt in Faena, Arbeit zum Wohl der Gemeinschaft; Ayni, Arbeit als gegenseitige Hilfe (z.B. bei Aussaat und Ernte); und Minka, Arbeit für die Dorfautoritäten, wenn diese anderweitig für das Gemeinwohl tätig sind. Alle Comuneros sind gleichermaßen einander verpflichtet. Noch heute muß derjenige Comunero, der an einer Faena nicht teilnimmt, Strafe zahlen.

Bis heute gibt es Comunidades, deren gesamtes Land Gemeinschaftsland ist, andere haben nur noch individuell aufgeteilten Landbesitz, andere sowohl individuellen als auch Gemeinschaftsbesitz.

Dort, wo die Agraringenieure nun auf Einzelbesitz stoßen, ist die Verwandlung dieses Landes in ein großes Graben-System unmöglich, wenn der einzelne nicht zustimmt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß die Anfangsarbeiten, das Auftürmen der Hochbeete und die Schaffung des Grabensystems sehr arbeitsaufwenig sind. Es ist eine zwar einmalige Arbeit, aber sie ist zusätzlich zu der üblichen: Aussaat, Jäten und Ernten zu leisten. Anfang der 80er Jahre wurden Comunidades Campesinas gewonnen und überzeugt, der große Arbeitsaufwand würde sich für sie selbst lohnen, und die Comunidades leisteten diese Arbeit gemeinschaftlich in Faena. Heute hat die peruanische Regierung ihr „Programm der zeitweiligen Einkommenshilfe", PAIT, eine Art freiwilliger Arbeitsdienst mit Minimallohn, auch auf den ländlichen Sektor ausgedehnt. Priorität haben Infrastrukturmaßnahmen, Terrassenbau und Camellones. Die Folge davon ist, daß niemand mehr ohne Bezahlung arbeiten will. Dieses Programm zerstört in der Comunidad, was sich bis jetzt erhalten hat: die Gemeinschaftsarbeit zum Wohle aller. So kommen mit dem PAIT-Programm comunidadfremde Arbeitskräfte in die Dorfgemeinschaft. Die Comunidad verliert die Kontrolle über die Arbeiten, und die Resultate dieser Arbeit, selbst wenn sie positiv sind, werden nicht in jedem Fall angenommen.

Neuere Versuche, um überhaupt weitermachen zu können, gehen nun dahin, die Comuneros, die das Land besitzen — sei es als Gemeinschaftsbesitz oder als individuelle Parzellen — durch PAIT für die Aufbauarbeit der Camellones zu bezahlen. Die Aussaat und alle weiteren Arbeiten werden dann wieder ihnen überlassen.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß frühere traditionelle Organisationsstrukturen imstande waren, Probleme der Überbevölkerung — wie wir das heute nennen würden — zu lösen. Technologie und Organisation entsprachen sich und führten zu sinnvollen Ergebnissen. Problem bei der Rekonstruktion ist nicht die Technologie. Probleme schafft die von außen zerstörte Sozialstruktur, der Verlust traditioneller Organisation.

Die Rekonstruktion der Waru-Waru in Puno wird sicher voranschreiten. Wie schnell, wird nicht nur von Regierungsmaßnahmen abhängen, sondern ob die Campesinos sie annehmen. Entscheidend dabei wird sein, ob sich wie früher der einzelne Campesino noch als Teil der Gemeinschaft versteht und bereit ist, dafür zu arbeiten, oder ob individualistisch-kapitalistische Einflüsse Oberhand gewinnen. Die Abhängigkeit von paternalistischen Strukturen wird besonders von den vielen in Puno arbeitenden Hilfsorganisationen, die seit Jahren Katastrophenhilfe leisten, gefördert, und manch ein Campesino hat gelernt, von Hilfsliefrungen zu leben.

Der Hunger könnte in Puno beseitigt werden, wenn sich die Pampa von Juliaca in Waru-Waru verwandelte. Ob das gelingt, hängt von der Gesundheit der Sozialstruktur ab. Warten wir ab. **Käthe Meentzen**

1) ???

2) Waru-Waru = Huayro-Huayro (Ketchua) bedeutet so viel wie Bach, Wassergraben

Quellen

Ignacio Garaycochea Z. en Problematica Sur Andina Nr. 9 Destrucción y Conservación de Camellones en el Departamento de Puno;

Ignacio Garaychochoa Z: Ponencia prensentada al: Seminario-Taller „Recuperación de Tecnologias Nativas: Andenes y camellones, Julio 1985, POTENCIAL AGRICOLA DE LOS CAMELLONES EN AL ATIPLANO PUNENO;

Clark L. Erickson:Proyecto Archeologico de los Campos Elevados, Puno 1981-2 Manuscrito, LA APLICACION DE LA TECNOLIGIA PREHISTORICA ANDINA: EXPERIMIENTOS EN CAMPOS ELEVADOS AGRICOLAS, huatta, LAGO TITICACA;

Clifford T. Smith, William M. Denevan, Patrick Hamilton, Tomo 1: subsistencia y mesuración. ANTIGUOS CAMPOS DE CAMELLONES EN LA REGION DEL LAGO TITICACA en LA TECNOLOGIA EN EL MUNDO ANDINO, UNIVERSIDAD NACIONAL AUTONOMA DE MEXICO



Die NADK (Volksarmee des demokratischen Kampuchea) beruft gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung Versammlungen ein, wo die von den Vietnamesen eingerichteten Dorfverwaltungeskomiteesaufgehoben werden, hier in Kompong Svay im Distrikt Santouk
Siegesparade der vietnamesischen Armee in Da Nang, 1985
Einheimische Milizen in Kampuchea

Das neunte Kriegsjahr

Seit Ende 1984, als vietnamesische Truppen die Widerstandsbasen entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze einnahmen, ist Hanoi zu keiner größeren militärischen Aktion in der Lage gewesen. Vietnam konzentrierte seine Kräfte im Westteil Kambodschas, wo mit Hilfe kambodschanischer Zwangsarbeiter Barrikaden aus Stacheldraht und Erdwälle entlang der 800 km langen Grenze zu Thailand gebaut wurden. Da diese Maginot-Linie die Infiltration der Guerillas nicht stoppen konnte, ist eine Einschränkung des militärischen Engagement Vietnams nicht in Sicht. Ebenso läßt die politische Stabilisierung der durch vietnamesische Hilfe vor acht Jahren in Phnom Penh an die Macht gekommenen Regierung des Rote Khmer-Dissidenten Heng Samrin auf sich warten. Es erscheint wie eine tragische Ironie der Geschichte, daß die Hanoier Führung im Land der Khmer eine Strategie verfolgt, die der US-Kriegsführung im Vietnamkrieg verblüffend ähnelt.

Die Widerstandsbasen der Khmer hatten in erster Linie dazu gedient, die internationale Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß das Heng Samrin-Regime kein fait accompli sei. Ihr militärischer Nutzen war dagegen relativ gering. Die Basen dienten zwar als Nachschubdepots für die im Landesinneren operierenden Guerillakämpfer; sie banden jedoch viele Tausend Soldaten fernab der Bevölkerungszentren in den fruchtbaren Reisanbaugebieten. Die Basen ließen sich meist nur konventionell verteidigen: angesichts der zahlenmäßigen und waffentechnischen Überlegenheit Vietnams ein wenig Erfolg versprechendes Unterfangen. Nachdem der Widerstand vor zwei Jahren zu einer konsequenten Guerillakriegsführung übergegangen war — aus der Not also eine Tugend gemacht hatte — wurde eine neue Runde des Ringens um Kambodscha eingeläutet.

Heute ist die gesamte westliche Hälfte Kambodschas ein weitgehend von den Guerillas durchdrungenes Terrain. Insbesondere in den Provinzen Battambang, Siem Reap und Kompong Thom werden vietnamesische Konvoys und Außenposten sehr häufig angegriffen. Aber auch in Phnom Penh sowie entlang der Nationalstraße 7 im östlichen Teil der Provinz Kompong Cham, unweit der vietnamesichen Grenze, sind mehrere Angriffe durchgeführt worden.

Die gegenwärtige militärische Situation ist sicherlich nicht mit der Kriegslage 1973/74 vergleichbar, als Phnom Penh eine von den Roten Khmer belagerte und bestürmte Festung war. Die Lage in Phnom Penh scheint momentan eher entspannt und locker zu sein. Andererseits handelt es sich bei den Siegesmeldungen des Widerstands nicht um bloße Phantastereien und maßlos übertriebene Durchhaltepropaganda, wie Apologeten Hanois einwenden mögen. Das Heng Samrin-Regime selbst gesteht die verschlechterte Sicherheitslage ein, wenn es die Bevölkerung in zunehmendem Maße vor „Manövern des Feindes" warnt. Ausländische Diplomaten und Besucher in Phnom Penh bestätigen die problematische Sicherheitslage im Lande.

Unter den zahlreichen (keineswegs Hanoi-feindlichen) Stimmen beschreibt der französische Journalist Renee Beckmann die Situation besonders eindringlich: „Die Unsicherheit, die hauptsächlich von den Aktivitäten der Widerstandskämpfer resultiert, beginnt an den Toren Phnom Penhs. Es ist klar, daß sie (die nationalen Widerstandskräfte, V.G.) in der Lage sind, außerhalb der Städte fast überall zuschlagen. Sie verminen Straßen, attackieren Lastwagen und Züge mit Raketen ... 'Es stimmt, daß die militärische Situation nicht gut ist', gab ein vietnamesischer Beamter zu, der mich in einem neuen Zimmer einer Villa, irgendwo in Phnom Penh, empfing und der sich weigerte, sich zu erkennen zu geben. 'Die Situation ist nicht leicht für uns hier. Wir haben eine Anzahl von Fehlern gemacht, und wir werden sie sicherlich wiederholen. Und Sie werden nicht überzeugt sein, wenn ich Ihnen erzählen würde, daß wir von jedermann geliebt werden ...'"

Die heute vorherrschende Atmosphäre der Unsicherheit steht Beckmann zufolge in einem krassen Gegensatz zur Situation während eines früheren Besuches:

„Vor vier Jahren, im April 1982, war es mir gestattet, das gesamte Land zu durchqueren, von Takeo nahe der vietnamesichen Grenze bis nach Sisophon an der thailändischen Grenze. Brücken, Eisenbahnstationen, Dörfer unterstanden der strengen Kontrolle vietnamesischer und kambodschanischer Soldaten, aber der Verkehr war frei und überfüllt. Gegenwärtig wird Journalisten nur erlaubt, bis Kompong Speu, ungefähr 50 km von der Hauptstadt entfernt, zu gehen, und jene, die bis Siem Reap und Angkor gehen wollen, sollten eine Antonov 24 der 'Air Kampuchea' nehmen, welche von einer sowjetischen Mannschaft geflogen wird. Straßen sind nicht mehr sicher."
(Nouvel Observateur, 22. August 1986)

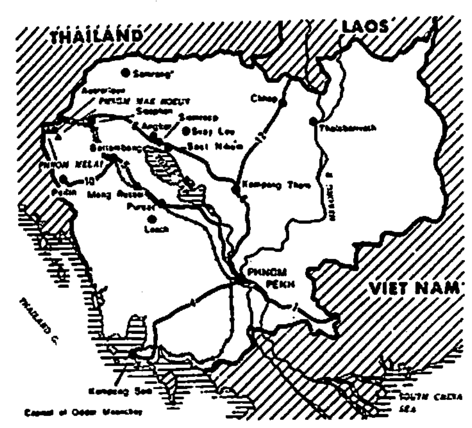
Die New York Times vom 5. April 1986 zitiert eine Bericht der sowjetischen Zeitung „Prawda", der die ernste Sicherheitslage in Kambodscha bestätigte. Das Moskauer Organ beklagt die durch den Guerillakrieg verursachte Ineffizienz der auf US$ 138,6 Millionen bezifferten sowjetischen Wirtschaftshilfe des Jahres 1985. Die Revolutionäre Volkspartei Kampucheas würde — so Prawda — trotz ideologischer Erziehungsprogramme auf dem Lande nur wenige Mitglieder werben.

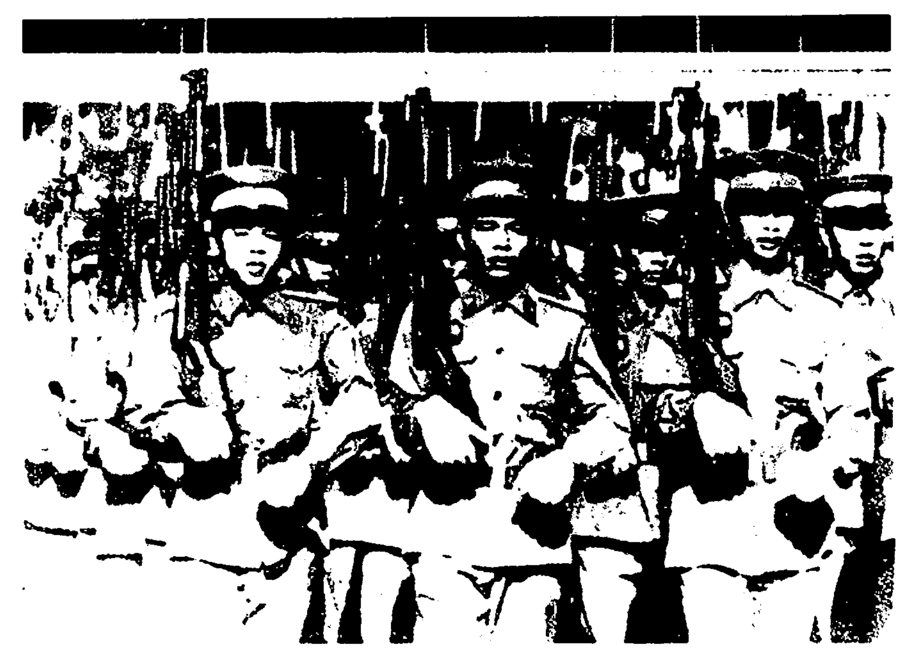
Die Regierung in Phnom Penh befindet sich in einem Teufelskreis. Angesicht der Erfolge ihrer Gegner verstärkt sie den Druck auf die (der Zusammenarbeit mit dem Widerstand bezichtigten) Bevölkerung und treibt diese damit erst recht in deren Arme. In einem Bericht der „Le Monde" vom 4./5. Mai 1986 heißt es:
„Es ist zu beobachten, daß Sicherheitsvorkehrungen in Kambodscha seit Sommer 1985 verstärkt werden. Im August dieses Jahres wurde der für alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren vorgeschriebene Militärdienst von 2 auf 5 Jahre ausgedehnt. In einigen Provinzen sind die Zäune um die Dörfer herum verstärkt und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt worden.

Seit dieser Zeit wird die Erlaubnis der Polizei benötigt, um von einem in einen anderen Distrikt zu gelangen. Neue Personalausweise wurden ebenso verteilt. Seit Januar 1986 sind in Phnom Penh die Patrouillen verstärkt worden, und jede Gruppe von 10 Familien muß 2 Männer für nächtliche Patrouillen stellen. Die gleichen Maßnahmen sind zumindesten auch in einigen Provinzstädten ergriffen worden... Heng Samrin, der Chef des Phnom Penher Regimes, hat zugegeben, daß die Aktivitäten des Widerstandes seiner Verwaltung 'komplizierte Probleme' aufbürdeten. In einem Zirkular der Kambodschanischen Kommunistischen Partei, am 3. April von Radio Phnom Penh gesendet, hat er sogar herausgestellt, daß 'die neuen Manöver der Feindkräfte zeitweilig die Probleme erschwert haben, hier und dort, in dieser oder jener Abteilung."

Kooperation des Widerstandes

Ebenso bedeutsam wie die Ausweitung der Guerillaaktivitäten ist die Zusammenarbeit der Widerstandskräfte untereinander. Als im Juni 1982 die Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea gebildet wurde, gaben zahlreiche westliche „Kambodscha-Experten" dem Zweckbündnis lediglich eine hauchdünne Überlebenschance. Möglicherweise stand der subjektive Wunsch bei den vermeintlich wohlbegründeten Prognosen dieser Wissenschaftler Pate. Jedenfalls befindet sich die kambodschanische „Vernunftehe" bereits im fünften Jahr und erscheint stabiler als je zuvor.




Siegesparade der vietnamesischen Armee in Da Nang, 1985

In regelmäßigen Abständen von zwei Monaten treffen sich die Verteidigungsminister der drei Widerstandsorganisationen, um die militärische Lage zu beraten und Informationen auszutauschen. Im April 1986 jedoch wurden zwei neue Koordinations-Komitees ins Leben gerufen, von denen eines die militärische Zusammenarbeit betrifft und monatlich zusammentreten soll. Die Aufgabe dieses neuen Komitees scheint es weniger zu sein, vor der Außenwelt die Einheit der Koalitionsregierung zu demonstrieren; vielmehr soll den sich seit längerem abzeichnenden Entwicklungen an der Basis Rechnung getragen werden. Eine Anzahl von Pressebe richten bezeugen eine zwar lockere — und oft noch problematische —, aber dennoch effektive Kooperation unter den Guerillas der verschiedenen Widerstandsbewegungen.

Der britische Photojournalist Ken Guest, der zwei Wochen lang mit sihanoukistischen Guerillas tief in das Landesinnere Kambodschas vordrang, betont: „Die Widerstandsgruppen scheinen auch enger als in der Vergangenheit zusammenzuarbeiten. Sihanoukisten treffen mit örtlichen Khmer Rouge-Kommandeuren zusammen, die über geplante Aktionen beraten." (Asiaweek, 17. Juli 1986).
Ungeachtet noch bestehenden gegenseitigen Mißtrauens: die heute erreichte Kooperationsbereitschaft wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Sicherlich wurde der Wille zur Zusammenarbeit durch eine geänderte Einstellung der bäuerlichen Bevölkerung zum Widerstand begünstigt. Es besteht kein Zweifel, daß die vietnamesische Herrschaft unmittelbar nach der Invasion vom Januar 1979 von großen Teilen der kambodschanischen Bevölkerung mit Erleichterung oder zumindest Gleichgültigkeit begegnet wurde. Die Furcht vor dem Regime der Roten Khmer war noch lebendig. Vor allem in den ersten beiden Jahren des Heng Samrin-Regimes konnten die Guerillas nur in größeren Einheiten operieren; denn sie mußten sich auf den Nachschub von der thailändischen Grenze verlassen und durften keine Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung erwarten. Dies hat sich insbesondere seit 1984 grundlegend geändert. Guest zufolge bildet „in mehr und mehr Fällen die örtliche Bevölkerung den Widerstand".



Einheimische Milizen in Kampuchea

Alle Fraktionen der kambodschanischen Koalitionsregierung profitieren von der geänderten Haltung der Khmer-Bevölkerung. Am beeindruckendsten erscheint jedoch das Anwachsen der bisher kleinsten Gruppe, der sihanoukistischen ANS. Seit Ende Januar 1986, als Norodom Ranariddh, der älteste Sohn Sihanouks, zum Oberkommandierenden und Generalstabschef der ANS ernannt worden war, erlebt Sihanouks Armee einen ungeahnten Aufschwung. Ranariddh stellte die ANS vollständig auf die Guerillakriegsführung um. Der 1983 aus Frankreich zurückgekehrte Professor für politische Wissenschaften an der Universität von Aix-en-Provence kommt bei der bäuerlichen Bevölkerung Kambodschas gut an. Ranariddhs Name und Präsenz ist inzwischen offenbar der Khmer-Bevölkerung des gesamten Landes geläufig; die ANS-Truppen brauchen über Probleme beim Munitionsnachschub nicht zu klagen. Selbst von Heng Samrin-Soldaten können sie Waffen zu niedrigen Preisen erwerben. Die zwangsrekrutierten Khmer-Einheiten geben der ANS eine beachtliche logistische Unterstützung. Im August 1985 hatte die ANS mit Hilfe von VRK-Kontingenten vietnamesische Nachschubdepots in der Stadt Siem Reap in die Luft jagen können.

In Kambodscha herrschen Krieg und Frieden gleichzeitig, so beschrieb kürzlich der Premierminister der VRK, Hun Sen, die permanente Instabilität im Land der Khmer. Das bunte Treiben entlang der großen Verkehrsstraßen ist das eine Gepräge, die Slumbildung und der Vandalismus in den Außenbezirken das andere Erscheinungsbild der kambodschanischen Hauptstadt. Schuld trägt nicht allein die Regierung Heng Samrin. Obwohl Phnom Penh mit 700.000 Einwohnern den Vorkriegsstand bereits wieder erreicht hat, waren 1979 nur 46.000 von ehemals 122.000 Wohnungen in einem brauchbaren Zustand.

Tausende kriegsversehrter junger Männer ziehen bettelnd durch die Straßen. Ein kambodschanischer Arzt klagte, täglich würden 15 neue Amputierte aus dem ganzen Land in das Militärhospital der Hauptstadt kommen.

Die ökonomischen Kosten des Krieges sind eine gewaltige Bürde für das kambodschanische Volk. Über die für ausländische Besucher weitgehend gesperrten westlichen und nördlichen Grenzprovinzen dringen nur spärliche Informationen nach außen. Die „sicheren" Provinzen in der Umgebung Phnom Penhs bieten freilich kein optimistisches Bild. Beamte in Kompong Speu (40 km südwestlich von Phnom Penh) berichten Vertretern westlicher Hilfsorganisationen, 40% der kultivierbaren Fläche der Provinz würden wegen der von den nahelegenden Bergen ausgehenden Guerillatätigkeit brach liegen.

Vietnamisierung

Zwangsmaßnahmen des Phnom Penher Regimes und der Besatzungsmacht nähren Befürchtungen der kambodschanischen Nationalisten, Vietnam wolle die Existenz des Khmer-Volkes systematisch zerstören. Der kambodschanische Widerstand behauptet, über 700.000 Vietnamesen würden inzwischen als Fischer, Bauern, Handwerker und Beamte siedeln. Die Regierungen Vietnams und der VR Kampuchea weisen die Vorwürfe als haltlos zurück. Sie geben die Zahl vietnamesischer Siedler mit lediglich 56.000 (1983) an. Es würden ausschließlich Angehörige der vietnamesischen Minderheit Kambodschas, die vor 1976 von Lon Nol und Pol Pot vertrieben worden seien, in ihre „alte Heimat zurückkehren" (Vietnam Courier-Hanoi, Vol. XX, No.12/1984, S.9).
Anzeichen einer massiven kambodschanischen Präsenz in Kambodscha sind seit 1984/85 kaum mehr zu verbergen. Schwerpunkte ihrer Siedlungstätigkeit sind offenbar die östlichen Provinzen, die südlichen Uferregionen des Tonle Sap, die Küstengebiete und die Hauptstadt Phnom Penh. Der Umstand, daß vorwiegend Hanoi-kritische Südvietnamesen ihr „Raubritterglück" im Nachbarland suchen, spricht keineswegs gegen die Vietnamisierungsthese; denn auch die Kampuchea Krom (= südliches Drittel des heutigen Vietnam) während des 17. bis 19. Jahrhunderts kolonisierenden Siedler hatten auf der Suche nach einem freieren Leben den Zwängen der vietnamesischen Gesellschaft des Nordens zu entrinnen versucht. In der historischen Perspektive stellten sie aber objektiv die Vorboten der vietnamesischen Annexion dar.

Die genaue Zahl der vietnamesischen Siedler im heutigen Kambodscha läßt sich kaum ermitteln; nach vorsichtigen Schätzungen sind es inzwischen weit über 300.000. Die Heng Samrin-Regierung ist weder willens noch materiell in der Lage, die schleichende Vietnamisierung der Khmer-Gesellschaft entscheidend zu bremsen. Die vietnamesische Kontrolle des städtischen Dienstleistungssektors – Zwischenhandel, Zimmerhandwerk, Gastronomie, Prostitution etc. – hat ein Maß erreicht, daß die Khmer sich in ihrer eigenen Hauptstadt als ohnmächtige, hilfslose Minderheit sehen.

Lösung in Sicht?

Obwohl die 60-70.000 Guerillas der Koalitionsregierung durch eine intensive Durchdringung der ländlichen Gebiete die Besatzungsmacht nachhaltig stören, können sie damit aber nicht den entscheidenden militärischen Sieg erringen.
Das Kambodscha-Problem wird voraussichtlich nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Gebiet der Diplomatie entschieden werden. Deshalb sehen die Repräsentanten des Widerstandes ihr vorrangiges Ziel darin, durch eine Verstärkung des Guerillakrieges Hanoi an den Verhandlungstisch zu bewegen, damit eine friedliche, gerechte und für alle Seiten akzeptable Lösung der Kambodscha-Frage gefunden werden kann. Durch ihren „8-Punkte-Vorschlag" vom März 1986, der die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit mit der Gruppe um Heng Samrin bereits nach der ersten Phase eines vietnamesischen Truppenabzugs (Punkt 4) beinhaltet, beweist die Koalitionsregierung eine bemerkenswerte Kompromißbereitschaft. 63 Regierungen haben bis Ende 1986 den 8-Punkte-Vorschlag als Programm der nationalen Versöhnung gewürdigt.

Wie reagiert Hanoi auf die Offerten der kambodschanischen Koalitionsregierung? Auf dem im Dezember 1986 abgehaltenen 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams wurden angesichts einer desolaten Wirtschaftslage und wachsendem Zorn der Bevölkerung über die korrupten Parteibonzen einige Reformen im wirtschaftlichen Management beschlossen; die greisen Parteiveteranen Truong Chinh (79), Pham Van Dong (80) und Le Duc Tho (76) wichen den „jungen" Führern Nguyen Van Linh (71, bisher Parteichef von Saigon), Pham Hung (74, Innenminister) und Vo Chi Cong (73, Vizepremier); doch die Archillesferse der vietnamesischen Misere,das kostspielige Kambodscha-Abenteuer, wurde nicht ernsthaft erörtert. Im politischen Bericht, den der 6. Parteitag verabschiedete, heißt es:
„Unsere Partei ist sich der Tatsache zutiefst bewußt, daß die Entwicklung und Konsolidierung der besonderen Beziehungen zwischen den drei indochinesischen Ländern die Einheit, der gegenseitige Respekt der Unabhängigkeit und Souveränität, umfassende Kooperation und gegenseitige Unterstützung beim Aufbau und bei der Verteidigung der Heimat ein Gesetz darstellen, das das Überleben und die Entwicklung aller drei Brudernationen beherrscht." (zitiert nach: Far Eastern Economic Report, 1. Januar 1987)

Die vietnamesische Vorherrschaft über Laos und Kambodscha ist offenbar für Hanois neue Führung eine „heilige Kuh". Während Vietnam vor zwei Jahren den Abzug seiner Truppen aus Kambodscha bis 1990 angekündigt hatte, war auf dem letzten Parteitag von diesem Zeitpunkt keine Rede mehr. Angesichts der militärischen Erfolge des Widerstandes und der unfähigkeit des Heng Samrin-Regimes beim Aufbau einer eigenen schlagkräftigen Armee, sei Realismus in Hanoi eingekehrt, meint lakonisch FEER-Korrespondent Nayan Chanda, dem enge Verbindung zur vietnamesichen Führung nachgesagt werden.

Wie lange Vietnam an seiner starren Haltung in der Kambodscha-Frage festzuhalten vermag, hängt auch von den Veränderungen im regionalen und internationalen Beziehungsgeflecht ab. Die Sowjetunion, ohne deren massive Militär- und Wirtschaftshilfe Vietnam zu seiner Kriegsführung außerstande wäre, wünscht unter Gorbatschow eine Normalisierung ihrer Beziehungen zur VR China. Deng Xiaoping, Pekings starker Mann, hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß die Kambodscha-Frage das Kernproblem der sowjetisch-chinesischen Beziehungen bilde. Die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan und in der Mongolei erschwere zwar eine Normalisierung mit Moskau; doch die Einstellung der sowjetischen Hilfe für Hanois Besatzungsregime in Kambodscha sei eine „sine qua non-Bedingung". (siehe auch: Michael Leifer, in: FEER, 25. Dezember 1986)



Khien Samphan 1976-1982 Staatspräsident, seit Juni 1982 Vizepräsident und Außenminister des demokratischen Kampuchea

Die sowjetische Führung hat sich bis vor kurzem standhaft geweigert, in Normalisierungsgesprächen mit Peking das Kambodscha-Problem auch nur zaghaft zu erörtern. Andererseits dürfte Dengs Äußerung, China stelle den sowjetischen Einfluß in Vietnam selbst nicht in Frage, sondern beharre lediglich auf der Blockfreiheit eines nicht-vietnamesierten Kambodscha, auch in Moskau aufmerksam registriert worden sein. Selbst die Roten Khmer, die die Sowjetunion stets zu ihren Feinden zählten (1970 – 75 unterstützten die Sowjets das proamerikanische Lon Nol-Regime) bereiten sich offensichtlich auf ein Arrangement mit Moskau vor. Khieu Samphan, Vizepräsident des Demokratischen Kampuchea, erklärte kürzlich: „Was die Basen in der Cam Ranh-Bucht und Danang betrifft, hat die Sowjetunion nichts zu befürchten. Wir sehen niemanden, der die Absicht besitzt, diese Basen der Sowjetunion streitig zu machen." („The Situation in Kampuchea", Permanent Delegation of Democratic Kampuchea to UNESCO (ed.), Press Release, 8. Januar 1987)

Wie lange kann sich Vietnam auf die Nibelungentreue der Sowjetunion verlassen? Wird es Gorbatschow weiter hinnehmen, daß Hanois Halsstarrigkeit dem neuen Reformimage Moskaus unnötigen Schaden zufügt? In den vietnamesischen Führungsgremien herrscht Nervosität, eine unterschwellige Furcht vor einem sowjetisch-chinesischen „Kuhhandel". Das Angebot der Hanoier Regierung zu Gesprächen mit kambodschanischen Widerstandsführern (ausgenommen Pol Pot und Ieng Sary) – das Angebot übermittelte der rumänische Präsident Nicolae Ceausescu an Sihanouk – muß in diesem Zusammenhang analysiert werden.

Norodom Ranariddh vermutete in diesem *inoffiziellen* Vorschlag, den Hanoi *offiziell dementierte*, eine Reaktion auf sowjetische Initiativen. Mitte Januar 1987 hatten die sowjetischen Botschafter in Thailand und Malaysia einen regelmäßigen Dialog über Kambodscha vorgeschlagen, der die Staaten der südostasiatischen Region sowie China, die USA und die Sowjetunion einschließen sollte. Andere Vertreter des Khmer-Widerstands geben sich weniger optimistisch. Sie glauben, in dem inoffiziellen Angebot den durchsichtigen Versuch zu erkennen, der Weltöffentlichkeit „Entspannungswillen" vorzugaukeln, wo in Wahrheit die Zementierung des Status quo beabsichtigt sei. Der eigentliche Adressat in der Kambodscha-Frage sei Vietnam, Verursacher des Konflikts, nicht die von Vietnam installierte, ohne fremdes Militär nicht lebensfähige Regierung in Phnom Penh. Was bleibt, sei das Bestreben Hanois, durch eine Hintertür die internationale Anerkennung der von den Vereinten Nationen geächteten Volksrepublik Kampuchea durchzudrücken und die Roten Khmer als stärkste militärische Widerstandskraft auf diplomatischem – sprich: kaltem – Wege auszuschalten. Selbst der Hanoi wohlwollend gesinnte Journalist Nick Cumming-Bruce meldete aus Phnom Penh, offizielle Stellen in der Hauptstadt würden „einräumen, daß sie durch ihren Vorschlag die Koalition (des DK, V.G.) zum eigenen Begräbnis einlade" (FEER, 25. Dezember 1986).

Zweifellos sind auch die drei Fraktionen des kambodschanischen Widerstands von ausländischen – vornehmlich chinesischen – Waffenlieferungen abhängig. Aus diesem Tatbestand jedoch die Schlußfolgerung zu ziehen, die Volksrepublik Kampuchea und das Demokratische Kampuchea seien gleichermaßen illegetim, muß dem ernsthaften Beobachter recht fragwürdig erscheinen. Würde man nämlich dieser Logik folgen, müßte allen Regimen, die in der Gegenwart oder in der Vergangenheit mit Hilfe ausländischer Verbündeter einen Aggressor abzuwehren hatten, die Legititmität abgesprochen werden.

Es dauert manchmal sehr lange, bis sich Vernunft und Realismus durchsetzen. Zu viel Zeit verstreicht zum Schaden der betroffenen Völker. Vielleicht kann die Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen im Hanoier Politbüro die simple Erkenntnis schneller reifen lassen, daß China eine wie auch immer ummäntelte vietnamesische Hegemonie in Kambodscha niemals hinnehmen wird. Nur eine wirkliche Blockfreiheit und Neutralisierung Kambodschas kann langfristig vietnamesischen, kambodschanischen, chinesischen und thailändischen Sicherheitsinteressen gerecht werden. Die „Opferung" der keine Massenbasis besitzenden Heng Samrin-Regierung zugunsten einer *alle* politischen Komponenten des kambodschanischen Volkes umfassenden Koalitionsregierung wird daher unvermeidbar sein. Die Frage lautet folglich nicht, ob Hanoi an den Verhandlungstisch geht, sondern wann dies geschieht.

Volker Grabowsky

Hält der „historische“ Friedensvertrag?

Feindschaft und Freundschaft liegen eng beieinander



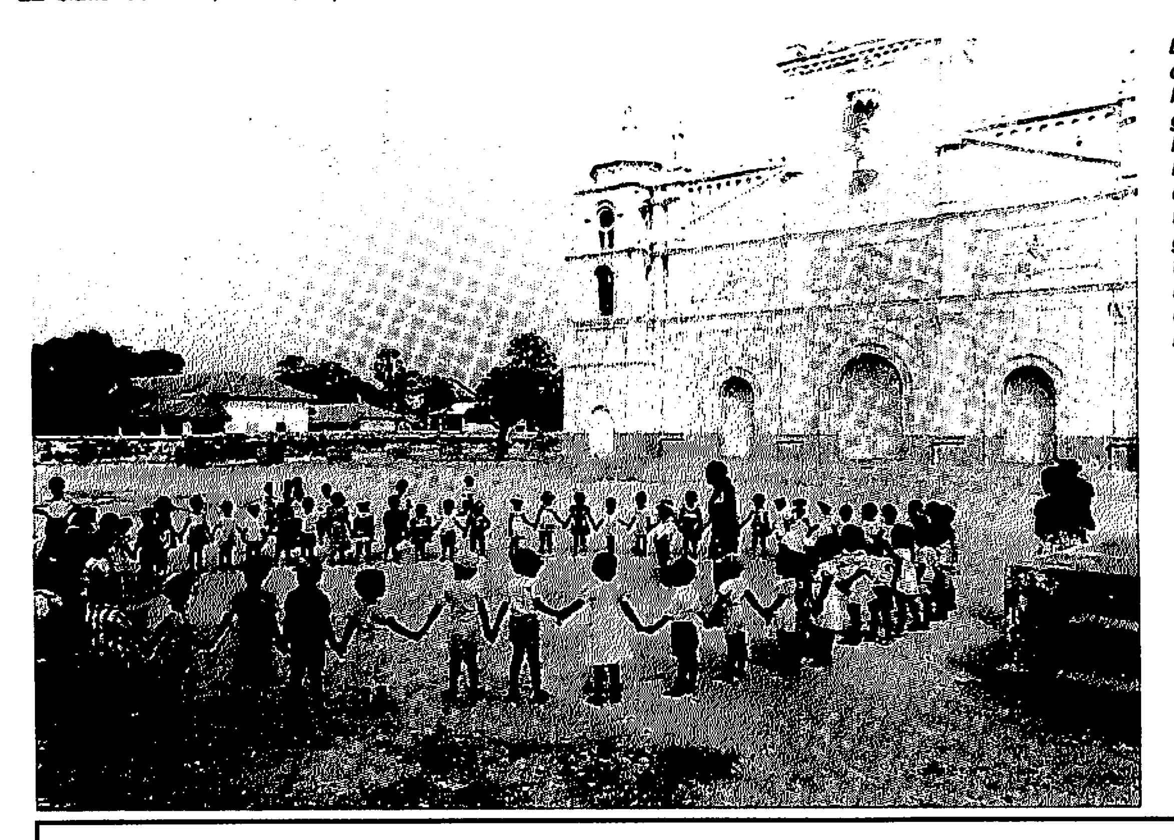
Mit Flugzeugen wurden die Truppen aus Colombo in die Kampfgebiete des Nordens transportiert. Foto: Walter Keller

Der zwischen dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi und Sri Lankas Staatspräsident J.R. Jayawardene Ende Juli geschlossene Friedensvertrag soll den seit Jahren andauernden Konflikt auf der Inselrepublik lösen. Mit der Entsendung indischer Truppen in die bisher umkämpften Tamilengebiete im Norden und Osten Sri Lankas, der vereinbahrten und zum Teil schon erfolgten Waffen- und Munitionsübergabe durch die tamilische Guerilla, den von Jayawardene zugesagten weitreichenden Reformen, die aus dem „traditional homeland“ der Tamilen eine weitgehend autonome Provinz machen sollen und der Freilassung politischer Gefangener, erhofft man sich Frieden.

Mindestens 7000 Todesopfer (einige Quellen sprechen von bis zu 12.000) — meist tamilische Zivilisten — hat der Konflikt im ehemaligen Touristenparadies gefordert. 300.000 Tamilen haben auf der Flucht ihre Heimat verlassen. Die nicht zuletzt durch die innenpolitischen Konflikte aufgetretenen wirtschaftlichen Probleme konnten bisher, dank massiver ausländischer Kredite und durch „Entwicklungshilfegelder“ kaschiert werden. So hat Sri Lanka seit 1980 jährlich durchschnittlich 500 Millionen US$ erhalten, die bis zu 40% des Staatshaushaltes finanzieren. Für 1988 sind bereits Zusagen in Höhe von 625 Millionen US$ durch das „Sri Lanka Aid Consortium“ ergangen, an dem auch die Bundesrepublik beteiligt ist.

Kann der Vertrag erfüllt werden?

Der für alle politischen Beobachter völlig unerwartet zustandegekommene Vertrag (Jayawardene: „Ich hatte bisher nicht den Mut, die richtigen Informationen und die Weitsicht“) hängt an einem seidenen Faden. Schon kurz nach Bekanntwerden seiner Inhalte revoltierten tausende aufgebrachter Sinhalesen gegen die Anwesenheit indischer „Friedenstruppen“ und die von Jayawardene gemachten Zugeständnisse. Sie betreffen nicht nur die Minderheitenbevölkerung, sondern geben Indien ein gehöriges Maß an Mitspracherecht in den innenpolitischen Angelegenheiten eines souveränen Nachbarn. Ob der von beiden Seiten als „historisch“ bezeichneten Vertrag hält, hängt vor allem vom weiteren Vorgehen der parlamentarischen und außerparlamentarischen sinhalesischen Opposition ab. Scharfe Kritik kam von der „Sri Lanka Freedom Party“ (SLFP) unter Sirimavo Bandaranaike und der sinhalesisch-chauvinistischen „Janatha Vimukti Peramuna“ (JVP) sowie von Teilen des einflußreichen buddhistischen Klerus.



Der Konflikt hat besonders Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche gehabt. Während der letzten Jahre ist die Qualität der Ausbildung in den tamilischen Gebieten stark zurückgegangen. Viele Kinder konnten wegen der Kampfhandlungen nicht mehr die Schule besuchen. Foto: Walter Keller

Sri Lanka — allgemeine Informationen

Sri Lanka — bis 1972 Ceylon — liegt an der Südostspitze Indiens. Das Land hat bei einer Größe von 65.608 qkm eine Bevölkerung von 16 Millionen. Davon sind 74% Sinhalesen (Buddhisten), 12.6.% Ceylon Tamilen (Hindus), 5,6% Indische Tamilen (Hindus) und 7,1% Moors (Moslems).

Die Vorfahren fast aller Bewohner des Landes sind während der letzten 2500 Jahren aus Indien eingewandert. Dabei sind die Indischen Tamilen die letzte Gruppe von Emigranten, die ab 1820 als Kontraktarbeiter für die Arbeit in den Plantagen übersiedelten. Sinhalesen berufen sich auf einen nordindischen (arischen) Ursprung, Ceylon Tamilen kamen aus den südindischen dravidischen Gebieten. Die Frage, welche Volksgruppe sich zuerst auf der Insel niedergelassen hat, beschäftigt noch heute die Gemüter. Bei vielen Sinhalesen herrscht der Glaube, ihre Vorfahren seien die ersten Siedler gewesen. Der Herrschaftsanspruch, den sie daraus abzuleiten versuchen, ist mitverantwortlich für den Konflikt zwischen Sinhalesen und Tamilen.

Sri Lanka hat eine lange Kolonialgeschichte. Portugiesen, Holländer und Engländer haben ab 1505 für jeweils etwa 150 Jahre die Insel — oder Teile davon — beherrscht. Dabei haben die Briten die tiefgreifendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spuren hinterlassen. Als Sri Lanka 1948 unabhängig wurde, ging die Macht an eine von Sinhalesen dominierte Regierung über. Die regierende Partei, die „United National Party" (UNP) blieb bis 1956 im Amt. Sie machte während dieser Zeit keine Versüche, einen radikalen Bruch mit den von den Engländern auferlegten Strukturen herbeizuführen.

Die Periode zwischen 1956 und 1977 (mit Ausnahme der Zeit von 1965-70) wurde von der Familie Bandaranaike und der „Sri Lanka Freedom Party" (SLFP) dominiert. In der Regierungszeit der SLFP erhielten die nicht englisch-sprechenden Bevölkerungsschichten, besonders Sinhalesen, mehr Macht und Einfluß. Ein Gesetz („Sinhala only") machte die Sprache der Mehrheitsbevölkerung zur einzigen offiziellen Staatssprache und legte die Saat für die sich verschlechternden Beziehungen zwischen Sinhalesen und Tamilen.

Den radikalen Bruch mit der Vergangenheit versprach die 1977 erneut an die Macht gekommene UNP. Die Regierung von Präsident Jayawardene verhieß eine „Dharmista-Society" (rechtschaffend und auf den Idealen der buddhistischen Philosophie aufbauend) und versprach dem Volk eine in Zukunft moralisch unanfechtbare Regierung, die Achtung von Rechtsnormen, unabhängige Gerichte und uneingeschränkte Pressefreiheit. Der tamilischen Minderheit wurde die umgehende Lösung ihrer Probleme zugesagt.

Aber die Versprechen wurden nicht gehalten. Während der nunmehr 10-jährigen Amtszeit (sie wurde durch Aussetzung der fälligen Wahlen 1982 um 6 Jahre verlängert) kam es zu einer erheblichen Aushöhlung der Verfassung und zur Einschränkung demokratischer Rechte. Terror gegen politische Gegner, besonders gegen Tamilen, wurde nicht nur geduldet, sondern teilweise von Regierungsvertretern und den staatlichen Sicherheitskräften unterstützt. In die Ära Jayawardenes fielen drei pogromartige Ausschreitungen gegen die tamilische Minderheit. Zu den bisher schwersten Unruhen kam es im Juli 1983, bei denen etwa 2000 Tamilen ihr Leben verloren. Seit dem 19.5.83 befindet sich das Land im Ausnahmezustand.

Ökonomisch dominieren drei landwirtschaftliche Exportprodukte: Tee, Kautschuk und Kokosnüsse. Sie bringen dem Land die Hälfte der Exporterlöse. Seit 1985 sind die Einnahmen durch den Tee-Export jedoch stark zurückgegangen (1984: ca. 1,2 Mrd. DM; 1986 ca. 700 Mio. DM). Durch die gleichzeitig angestiegenen Verteidigungsausgaben (Steigerungsrate seit 1977: 1000%!), die derzeit jährlich 1 Mrd. DM betragen, leidet das Land unter großen wirtschaftlichen Problemen. Sri Lanka ist strukturell von ausländischer „Hilfe" abhängig. 40 % des Staatshaushaltes werden durch ausländische Gelder (ca. 70 % davon sind Kredite) finanziert. **Walter Keller**

Selbst innerhalb der regierenden „United National Party" (UNP), die im Parlament über eine satte 7/8 Mehrheit verfügt, gab es offenen Streit über die Bestimmungen des Abkommens. Eine für den 18. August vorgesehene Parlamentssitzung, bei der ein für die Umsetzung des Friedensvertrags notwendiges Gesetz eingebracht und die Verfassung Sri Lankas geändert werden sollen, ist vorerst verschoben worden und soll jetzt nicht vor Ende September stattfinden. Jedoch scheint der vom Exekutivpräsidenten ausgeübte Druck auf seine Parteifreunde erste Resultate zu zeigen: Um die von ihm im Falle weiterer Opposition aus den eigenen Reihen angekündigten Parlamentsneuwahlen zu verhindern, sind die Abgeordneten, die sich um Premier Premadasa versammelt haben, moderater geworden. Beobachter gehen davon aus, daß Neuwahlen die jetzt oppositionelle SLFP an die Regierung bringen könnten und so viele Parlamentarier der derzeit regierenden UNP ihr Mandat verlören. Ein solcher Wahlausgang würde die Position Jayawardenes jedoch nicht direkt berühren, da seine Amtszeit als Präsident nicht identisch ist mit der des Parlaments. So blieb er selbst noch bis zu den fälligen Präsidentschaftswahlen 1989 im Amt und könnte seine fast unumschränkte Macht auch bei einem von der SLFP dominierten Parlament ausspielen.
Aber auch die Teile der tamilischen Guerilla, die bisher kompromißlos einen unabhängigen Tamilenstaat anstrebten, könnten die Vereinbarungen noch torpedieren (siehe Kasten).

Vollkommen unerwartet

„Alles kam für uns wie aus heiterem Himmel", sagt der srilankanische Journalist Qadri Ismail. Man habe eher mit einem weiteren militärischen Vorgehen der Regierung gerechnet, nachdem Ende Mai die Streitkräfte Erfolge bei der Rückeroberung von Gebieten, die unter Kontrolle der tamilischen Guerilla standen, erzielten. Die Regierung hatte sich zu der Großoffensive auf die nördliche Halbinsel Jaffna entschieden, nachdem im April und Mai mehrere Bomben in den südlichen Landesteilen explodierten. Für die Anschläge machte sie militante Tamilen verantwortlich. Wegen der meist sinhalesischen Opfer geriet die Regierung stark unter Druck; viele Sinhalesen verlangten eine härtere Gangart gegen Tamilen und Rache für die Opfer. Um eine weitere Front im Süden zu vermeiden, ließ sich Jayawardene auf eine Vergeltungsstrategie ein und sorgte dadurch für eine weitere Eskalation. Daß sich Indien nach der Großoffensive wieder stärker in den Konflikt einschalten mußte, sei klar gewesen, meinte Radhika Coomarasamy, Leiterin des „Zenrums für internationale ethnische Studien" (ICES) in Sri Lankas Hauptstadt Colombo. „Aber mit einem so plötzlich zustandegekommenen Friedensvertrag habe ich nicht gerechnet", fügt sie hinzu.

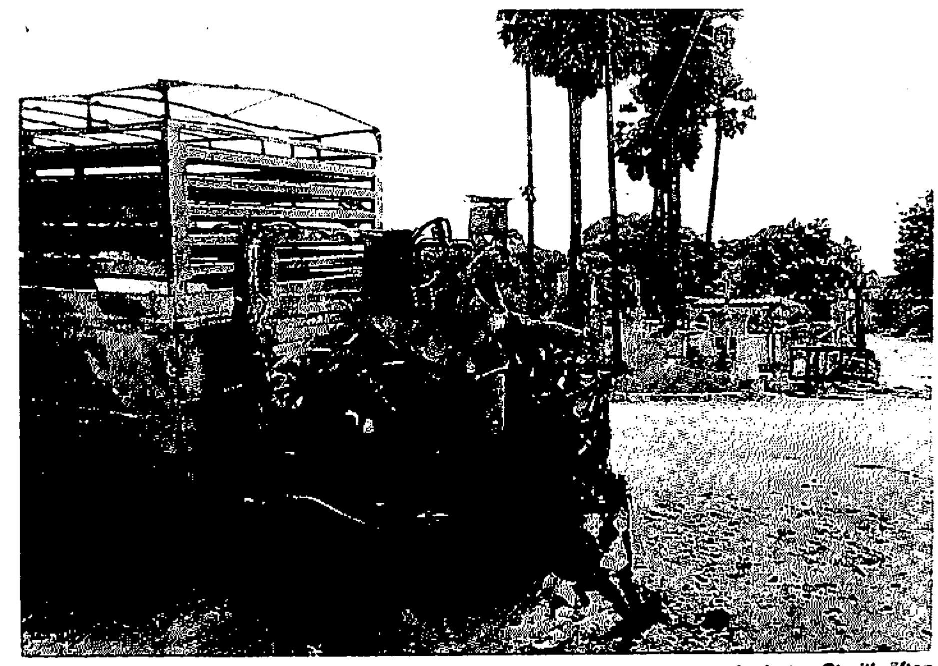
Indische Beobachter der Entwicklungen im Nachbarland glauben — trotz aller Skepsis —, daß von vielen Lankanern als „Knebelvertrag" bezeichnete Abkommen sei die einzig mögliche Option gewesen. „Indien ist während der letzten Jahre immer tiefer in den Konflikt hineingeschlittert", heißt es. Rajiv Ghandi, dessen Image im eigenen Land auf einem Tiefpunkt angekommen sei und der wegen seines halbherzigen Taktierens gegenüber der Regierung in Colombo mehrfach scharf angegriffen wurde, müsse nunmehr außenpolitische Erfolge aufweisen, um sich und die regierende „Congress - I"-Partei zu retten. Ferner, so wird betont, unterhielten Sri Lanka und Indien jahrhunderte alte Beziehungen, die sich während der letzten Jahre so verschlechtert hätten, daß der Friede in Südasien gefährdet sei. Kritiker Indiens sehen sich durch das Abkommen zwischen den beiden ungleichen Staaten in ihren Absichten bestärkt, daß Indien letztendlich nur seine Vormachtsstellung in der Region ausbauen wolle.

Wie David und Goliath

800 Millionen Menschen in Indien, 16 Millionen in Sri Lanka. Über eine Million Soldaten auf der einen, „nur" 40.000 auf der anderen Seite. Nur zwei mögliche Vergleiche zwischen beiden Ländern, die seit mehr als zweitausend Jahren enge Beziehungen zueinander unterhalten. Während dieser Zeit wurden sowohl die sinhalesische als auch die tamilische Kultur, Sprachen und Religionen der Bevölkerung vom Nachbarland beeinflußt. Selbst die Vorfahren der heutigen Sinhalesen und Tamilen kamen in zahlreichen Einwanderungswellen aus den nördlichen und südlichen Gebieten Indiens auf die Insel. Auch die zeitgenössische Politik der „asiatischen Supermacht" hat immer wieder ihre Spuren in Sri Lanka hinterlassen. Trotz der vielen Gemeinsamkeiten war das Verhältnis der Nachbarn nur selten spannungsfrei. Noch fest in der Psyche vieler Sinhalesen verankert sind die Entwicklungen in der Zeit zwischen dem 11. und 15. Jahrhundert, als Teile der Insel von südindisch-tamilischen Königreichen erobert wurden. Cholas, Pandyans und die Herrscher von Vijayanagar beherrschten in dieser Periode mehrmals kurzzeitig Gebiete in der heutigen Nord-Zentralprovinz.

Erneuerungsbewegung

Eine gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende sinhalesisch-buddhistische Erneuerungsbewegung besann sich den Invasionen im Mittelalter. In ihren Schriften und ihrer Propaganda richtete sie sich außer gegen die von den Engländern übergestülpten kulturellen Einflüsse des Westens auch gegen ethnische und religiöse Minderheiten. Zielscheibe waren besonders die in Sri Lanka lebenden Tamilen, in deren Anwesenheit eine Gefahr für das „sinhalesische Herrenvolk" läge, wenn diese sich mit den Tamilen Südindiens verbünden würden. Aus der simplen Addition der beiden tamilischen Völker entstand der auch heute noch bei vielen Sinhalesen existierende Minderheitenkomplex, obwohl sie 70% der Bevölkerung Sri Lankas stellen. „Tamilen werden uns Sinhalesen ins Meer stoßen", war eine der Parolen dieser Zeit.
Ihre Ängste wurden zusätzlich noch durch Aussagen indischer Politiker verstärkt, die diese kurz vor und nach der Unabhängigkeit der beiden Länder machten (Indien 1947, Sri Lanka 1948). Sie wünschten sich Sri Lanka als Teil der indischen Union,



Immer wieder hat die tamilische Guerilla den in den tamilischen Gebieten stationierten Streitkräften schwere Niederlagen zugefügt. Hier wurde ein Militärlastwagen in die Luft gesprengt.
Foto: Walter Keller

um so die „militärisch-strategischen Interessen Indiens besser wahrnehmen“ zu können. Noch kurz vor der Unabhängigkeit vom britischen Mutterland machte der spätere Premierminister des Inselstaates, Sir John Kotelala, deutlich, welche Bedrohung er in Indien sah: „Der Tag, an dem wir mit England brechen, wird zugleich der letzte Tag eines freien Ceylons sein“. Der Indien zugeschriebene Expansionismus führte auf Seiten Sri Lankas nicht zu einer abrupten Trennung von der ehemaligen Kolonialmacht. Ein nach der Unabhängigkeit mit England geschlossener Verteidigungspakt besteht auch heute noch. Den Briten wurden sogar großzügig Militärbasen belassen, die erst 1957 durch Premierministerin S.W.R.D. Bandaranaike aufgekündigt wurden. Erst mit ihm - und später seiner Frau Sirimavo (Premierministerin von 1960 - 65 und 1970 - 77) — kam Sri Lanka zu einer spannungsfreieren Indienpolitik. In der Bandaranaike-Ära verbesserten sich die bilateralen Beziehungen zusehends. Ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt eine intensive Freundschaft zwischen Sirimavo Bandaranaike und dem Hause Jawarhalal Nehrus, dessen Tochter Indira später indische Premierminister wurde.

Verschlechterungen seit 1977

Das Hoch war aber nur von relativ kurzer Dauer. Mit dem 1977 erfolgten Machtwechsel an die UNP kamen Politiker an die Macht — allen voran Premierminister Premadasa —, die ihr Heil oft in anti-indischer Rhetorik suchten. Ausschlaggebend für die sich erneut verschlechternden Beziehungen war derab Anfang der 80er Jahre eskalierende ethnische Konflikt zwischen Sinhalensen und Tamilen, in den Indien wegen des „Tamil Nadu-Faktors“ immer stärker einbezogen wurde. Die Tatsache, daß 50 Millionen Tamilen des indischen Bundesstaates Tamil Nadu die Ereignisse im Nachbarland nicht nur verfolgten, sondern aufgebracht den „Genozid an ihren tamilischen Brüdern und Schwestern“ anprangerten und deshalb von der indischen Zentralregierung Maßnahmen zu ihrer Rettung verlangten, brachte Rajiv Gandhi — und zuvor schon seine Mutter — in Zugzwang. Ihre Proteste wurden von der Regierung in Colombo häufig mit der Empfehlung zurückgewiesen, man solle sich gefälligst um die eigenen Probleme kümmern und ihr die Lösung innenpolitischer Angelegenheiten überlassen.

Tiefpunkt 1983

Zu einer weiteren Verschärfung der bilateralen Beziehungen kam es aufgrund der Pogrome gegen Tamilen 1983. Über eine Woche dominierten die Schreckensmeldungen die Berichterstattung in den indischen Medien. In Tamil Nadu trugen viele Leute als Ausdruck ihrer Trauer schwarze Flore an Hemd und Sares; öffentliche Busse hatten schwarze Fahnen an ihren Rückspiegeln befestigt. Aus dem südlichen Bundesstaat kam erstmals die Forderung auf, die Zentalregierung in New Delhi müsse militärisch intervenieren. Indien könne nicht als exponiertes Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten die Apartheid in Südafrika verurteilen und die PLO unterstützen, gleichzeitig aber vor seiner Haustür massive Verletzungen der Menschenrechte dulden, hieß es. Zu einem militärischen Eingriff kam es jedoch nicht, obwohl einige Oppositionspolitiker Tamil Nadus auf eigene Faust eine Privatarmee rekrutiert hatten, die sie mit Booten über die Palkstraits, die Indien und Sri Lanka trennende Meerenge, auf die Insel senden wollten. Das Auslaufen der „Flotte“ konnte in letzter Minute durch indische Sicherheitskräfte verhindert werden. Ab dieser Zeit wurde der Konflikt im Nachbarland immer mehr zu einem innerindischen Spielball . Besonders die Politiker Tamil Nauds versuchten, ihn zu ihrer eigenen Provilierung zu nutzen.

Auslieferungsgesuche

Die Unruhen vom Juli 1983 ließen das Lager der bis dahin kleinen tamilischen Guerilla, die für einen unabhängigen Staat kämpfte, anwachsen. Die meisten Führer der verschiedenen Gruppierungen als auch viele ihrer Kadereinheiten verlegten ihre Basis nach Tamil Nadu. Hier fanden sie nicht nur großzügige Aufnahme, sondern auch materielle und ideelle Unterstützung. In der Hauptstadt des Bundestaates konnten sie Büros eröffnen, in anderen Landesteilen militärische Trainingslager errichten, in denen die Kämpfer für einen Einsatz in Sri Lanka ausgebildet wurden. Die Anwesenheit der von der Regierung in Colombo als terroristisch bezeichneten Organisationen in Indien war Gegenstand heftiger Kritik. Sri Lanka forderte mehrmals die Auflösung der Trainingslager und die Auslieferung der „Terroristen“. Zu einem solchen Schritt konnten sich weden Indira Gandhi noch — nach ihrer Ermordung — ihr Sohn Rajiv entscheiden. Sie mußten befürchten, daß eine Auslieferung die Bevölkerung Tamil Nadus gegen die Zentralregierung und die regierende „Congress—I“-Partei aufbringen könnte. Beide verkündigten jedoch mehrfach, sie seien nicht an einer Teilung Sri Lankas interessiert. Die Existenz militärischer Ausbildungslager wurde allerdings immer bestritten.



Mitglied der „Liberation Tigers of Tamil Eelam“, der bisher stärksten tamilischen Guerillaorganisation.

Foto: Walter Keller

Aufnahme der Vermittlerrolle

Ende 1983 nahm Indien intensiver seine Vermittlerrolle zwischen der srilankanischen Regierung, tamilischen Seperatisten und der moderaten und ehemals im Parlament von Colombo vertretenen „Tamil United Liberation Front“ (TULF) auf. Ab diesem Zeitpunkt war klar, daß eine weitere Eskalation der Ereignisse in Sri Lanka Auswirkungen auf die indische Innenpolitik haben würde. Auch die Anwesenheit von über 100.000 tamilischen Flüchtlingen aus Sri Lanka bereitete Indien zunehmend Sorgen. Obwohl sie großzügig Aufnahme fanden, stellten sie eine Bürde für das Land dar. Aber alle Vermittlungsversuche scheiterten. Sowohl die Allparteienkonferenz in Colombo (1984), als auch die Zusammenkünfte im Himalaya-Königreich von Buthan (Mai 1985), Colombo (August 1986) und Bangalore (November 1986) führten zu keinen durchschlagenden Erfolgen. Die indischen Friedensbemühungen, die nicht zuletzt der Bevölkerung Tamil Nadus Aktionsbereitschaft der Zentralregierung beweisen und neue innenpolitische Probleme vermeiden sollten, liefen auf die Schaffung einer dem indisch-föderativen System ähnliche Lösung für die Insel heraus. Bis Mitte 1987 wurden solche Vorschläge sowohl von Colombo als auch der tamilischen Guerilla nur in Teilen akzeptiert.

Was wird aus der tamilischen Guerilla? Portrait von Prabakaran und den „Liberation Tigers of Tamil Eelam"

Der zwischen Indien und Sri Lanka geschlossene „Friedensvertrag" betrifft auch die zahlreichen tamilischen Guerillabewegungen. Dabei geht es vor allem um die Perspektiven für die stärkste Organisation, den „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) und ihres charismatischen Führers Velupillai Prabakaran. Das Abkommen sieht die Waffen- und Minitionsübergabe an die im Norden und Osten stationierten indischen Truppen vor. Ob anschließend die Führungsspitze der „Tigers" politische Ämter in einer zu schaffenden weitgehend autonomen tamilischen Provinz übernehmen wird, bleibt offen. In diesem Fall wird die sinhalesische Mehrheitsbevölkerung wieder Sturm laufen. Für sie sind die Leute, die noch bis vor kurzem von der Regierung und den Medien als „skrupellose Terroristen" bezeichnet wurden, nicht zu akzeptieren.

Ob das plötzliche Einlenken und die Waffenübergabe bei den meist jugendlichen Kadern der LTTE mit Sympathie aufgenommen wird, ist fraglich. Sie waren in der Vergangenheit auf einen Sezessionskurs eingeschworen worden, der im Moment nicht weiter verfolgt werden kann. Für die Basis der Bewegung könnte jetzt das große Erwachen kommen, weil eine Illusion von einem freien Tamil Eelam wie ein Kartenhaus einstürzt.

Ein Portrait von Prabakaran und den „Liberation Tigers of Eelam":

Die Geschichte der „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) ist eng verbunden mit der Person von Velupillai Prabakaran, dem Führer der bislang stärksten tamilischen Guerillaorganisation. Während die Regierung Sri Lankas in ihm immer den „skrupellosen Terroristen" sah, wurde er von vielen Tamilen als Held und „Befreier des Volkes vor der Unterdrückung durch die sinhalesische Mehrheitsbevölkerung" verehrt. Für die Mitglieder und Anhänger der mit der LTTE konkurrierenden militanten tamilischen Organisationen war er der „gewissenlose Mörder", der Diktator, der über Leichen geht, um seine persönlichen Machtambitionen zu verwirklichen. Über keine andere Persönlichkeit im tamilischen Lager wurde so kontrovers diskutiert.

Prabakaran wurde am 26. November 1954 im Sternzeichen des „Schützen" in der nordlankanischen Stadt Velvettiturai geboren. Seine Familie gehört der Karaiyar-Kaste an. Einer Fischerkaste, die den Küstenstreifen längs der Halbinsel Jaffna dominiert. Für die Mehrheit der Tamilen blieb er der „große Unbekannte", da er sich während der letzten Jahre meist im benachbarten Südindien aufgehalten hat, von wo aus er die Aktionen der LTTE koordinierte. Erst seit Anfang 1987 lebt er wieder auf der Halbinsel. „Thambi" — jüngerer Bruder — wird der fast 33jährige Vater von zwei Kindern in Insiderkreisen genannt, obwohl er vom Alter her schon Vater vieler Kämpfer der LTTE sein könnte. Wie so vieles andere wird ihm nachgesagt, er habe sich schon zu Jugendzeiten mit den militärischen Strategien Alexander des Großen, Napoleon Bonapartes und des legendären indischen Freiheitskämpfers Subash Chandra Bose beschäftigt.

Als junger Mann mit Collegeabschluß begann er seine politischen Aktivitäten in der „Manavar Peravai", der Jugendorganisation einer gemäßigten Tamilenpartei, deren Parlamentarismus „Thambi" schon bald nicht mehr ansprach. Die Partei — so fand er — setzte sich nicht konsequent genug für die Rechte der tamilischen Minderheitenbevölkerung Sri Lankas ein. 1972 gründete er deshalb mit Freunden die „Tamil New Tigers" (TNT). Klare politische Ziele hatte er damals noch nicht, und von der Forderung nach einem unabhängigen Tamilenstaat war die Gruppe noch entfernt.

Sie machte sich daran, durch Diebstähle, Überfälle und Schmuggelaktivitäten erst einmal die Vereinskasse aufzubessern, um so eine finanzielle Grundlage für den zu beginnenden Kampf sicherzustellen. Bevor die Hand des Gesetzes „Thambi" ergreifen konnte, setzte sich dieser erstmals über die „Palkstraits", die Meerenge zwischen Indien und Sri Lanka, in den Nachbarstaat ab. Später wurde der südindische Bundesstaat Tamil Nadu seine zweite Heimat.

Am 27. 7. 1985 war Prabakaran an der ersten öffentlichen, politisch motivierten Exekution in Jaffna beteiligt, als er und drei seiner Weggefährten den damaligen tamilischen Bürgermeister Jaffnas, Alfred Duraiyappah, erschossen. Duraiyapah war Mitglied der zu dieser Zeit regierenden „Sri Lanka Freedem Party" (SLFP) unter Frau Bandaranaike. Ihm wurde vorgeworfen, die tamilische Sache verraten zu haben und als „Kollaborateur eines tamilenfeindlichen Regimes" zu fungieren.

Zu dieser Zeit führte die wachsende Unzufriedenheit vieler Tamilen mit der Regierung erstmals zu einer Art Heldenverehrung gegenüber den Tätern. Die TNT gewann Unterstützung bei den tamilischen Jugendlichen. Mehrer große Banküberfälle wurden durchgeführt — Prabakaran war meist dabei. Um sich ein „Robin- Hood-Image" aufzubauen, stellte er das Geld — abgesehen von Waffenkäufen — für kleinbäuerliche Projekte zu Verfügung. Auch die mittlerweile im Untergrund lebenden Mitglieder der TNT konnten mit dem erbeuteten Geld unterhalten werden.

1976 gingen aus dem „Tamil New Tigers" die „Liberation Tigers of Tamil Eelam" hervor. Prabakaran wurde Kopf eines „Zentralkommitees" und „Oberbefehlshaber" über den militärischen Flügel der Bewegung, die jetzt „Tamil Eelam", den angestrebten unabhängigen Tamilenstaat, als Ziel ihrer Aktionen definierte.

Aber schon bald nach Gründung der LTTE begann die Zeit der internen Macht- und Flügelkämpfe. Dies — und eine fehlende Verbindung von politischer und militärischer Strategie — führte dazu, daß viele Intellektuelle, die die „Tigers" in ihrer Gründerzeit unterstützten, enttäuscht aufgaben und ihnen den Rücken zukehrten. Die Organisation wurde mehr und mehr zu einer Ansammlung von Halbwüchsigen, denen oft die ideologische Basis für ihren Kampf fehlte und die „Macht des Gewehrs" über alles stellten.

Sowohl die fehlende ideologische Basis als auch persönliche Differenzen haben in der Vergangenheit zu zahlreichen Abspaltungen von der LTTE und Neugründungen von militanten Organisationen geführt, die sich nicht selten mißtrauisch gegenüberstanden und sich bekämpften. Das hat nicht nur den Widerstand gegen das „Unterdrückerregime in Colombo" geschwächt, sondern auch die Grenzen der demokratischen Strukturen der LTTE aufgezeigt.

Immer wieder wurde über die politische Ausrichtung Prabakarans und der LTTE geschrieben und spekuliert. So soll er angeblich durch eine militärische Ausbildung in Kuba zu einem Verfechter der Strategie von Fidel Castros ehemaliger Guerillabewegung geworden sein. Für viele Grund genug, ihn zu einem Marxisten hochzustilisieren (oder herabzuwürdigen) und seine Organisation als „marxistisch orientiert" zu bezeichnen. Doch dies ist genauso Fiktion wie die Behauptung böser Zungen, Prabakaran habe während seines langen Exilaufenthaltes in Indien zu viele Filme von Clint Eastwood gesehen und dies habe schon ausgereicht, um aus ihm einen „waffenschwingenden Revolutionär" zu machen. Eines kann jedoch nicht geleugnet werden: Er und seine LTTE haben während der letzten Jahre vielen tamilischen Bürgern zumindest teilweise ein Gefühl der Sicherheit vor Übergriffen der staatlichen Sicherheitskräfte gegeben.

Walter Keller

Neue Eskalation

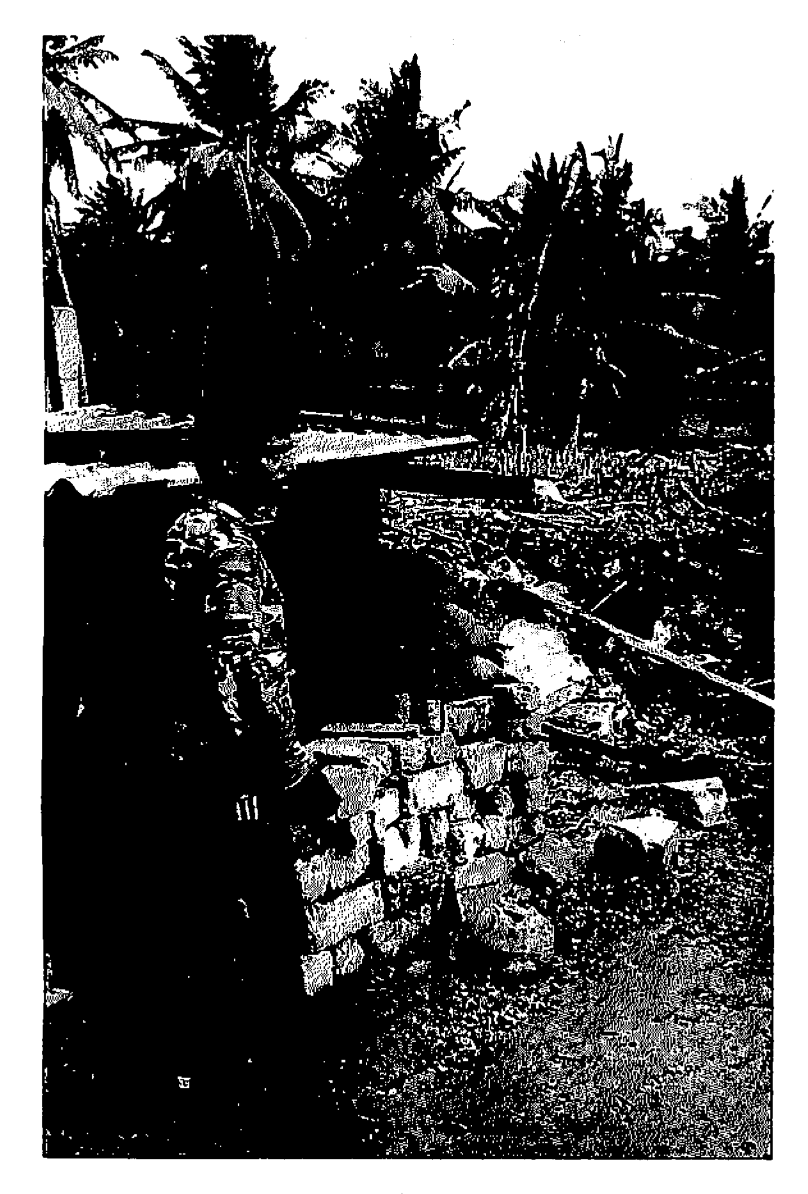
Anfang 1987 kam es zu neuen Eskalationen, als die Truppenverbände auf der nördlichen Halbinsel Jaffna weiter verstärkt wurden. Eine von Colombo verhängte Wirtschaftsblockade führte zu ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten. Ende Mai 1987 erhielten die Regierungstruppen dann grünes Licht, die alles entscheidende Schlacht auf der Halbinsel zu schlagen. Geplant war die Rückeroberung der Gebiete, in der die Guerilla großen Einfluß hatte. An der in Militärkreisen als „Operation Liberation" bezeichneten Großoffensive nahmen mehrere tausend Soldaten teil, die in zwei Phasen Teile der Halbinsel unter ihre Kontrolle bringen konnten. Dabei kamen hunderte von Zivilisten ums Leben. Die Ereignisse brachten Rajiv Gandhi erneut in Zugzwang, wollte er nicht bei der Bevölkerung im südlichen Indien an Gesicht verlieren. Durch die spektakuläre Entscheidung, ohne die Einwilligung der srilankanischen Regierung Hilfsgüter für Tamilen der umkämpften Halbinsel zu senden, erreichte die Beziehung der Nachbarn ihren vorläufigen Tiefpunkt. Mit der Aktion machte Rajiv Gandhi auch klar, daß er nicht gewillt ist, eine von Colombo forcierte militärische Lösung des Konfliktes zu dulden. Gleichzeitig wurde erstmals offen ausgesprochen, was Indien schon seit längerer Zeit mit wachsendem Unmut verfolgte: Die Unterstützung Sri Lankas durch Staaten, mit denen Indien selber ein gespanntes Verhältnis hat.

Militärische Hilfe

So wurden während der letzten Jahre srilankanische Soldaten in Pakistan ausgebildet; 1985 kamen israelische Militärberater ins Land, um die Streitkräfte in „counter-insurgency"-Maßnahmen auszubilden. Auch für seine Waffenkäufe hatte sich Sri Lanka, das dafür zuletzt umgerechnet etwa 1 Milliarde DM ausgab, Länder ausgesucht, die nicht gerade freundschaftliche Beziehungen zu Indien unterhalten. Flugzeuge, Waffen und Munition aus China, gepanzerte „Buffel" Kampfwagen aus Südafrika und amerikanisches Gerät, das über Pakistan auf die Insel kam.

Mit Argwohn verfolgte Indien das zunehmende Interesse der USA an seinem Nachbarn. Schon seit einigen Jahren wird ihnen ein zunehmendes Interesse am strategisch wichtigsten Hafen von Trincomalee an der Osküste Sri Lankas nachgesagt, um ihn für „rest and recreation facilities" ihrer Marine zu nutzen. Anfang 1985 wurden 400 ha Land zum Bau des größten Senders außerhalb der USA an „Voice of Amerika" vergeben. Obwohl die Reagan Regierung auf militärischer Ebene über die Achse London — Tel Aviv — Pretoria — Islamabad arbeitete, um über diese Umwege Waffen zur Verfügung zu stellen, kam es immer wieder zu direkten Gesprächen zwischen hochrangigen Politikern beider Länder. Dabei beschworen die srilankanischen Gesprächspartner nicht selten das Gespenst einer angeblich marxistisch orientierten *tamilischen* Guerilla, die sich nicht etwa nur die Teilung des Landes anstrebe, sondern darüberhinaus das Ziel verfolge, die Regierung in Colombo zu stürzen und sie durch ein kommunistisches Regime auszutauschen. Dieses Szenario wurde auch von amerikanischen Militärstrategen aufgegriffen. In einem Ende 1986 veröffentlichten Beitrag des „Asien Wall Street Journal" forderte der ehemalige amerikanische Geheimdienstanalytiker Tom Marks die US-Regierung auf, Sri Lanka „im Kampf gegen den tamilischen Terrorismus zur Hilfe zu kommen" und sich stärker gegen die Unterstützung der Guerrilla durch Indien auszusprechen. Sri Lanka erwarte diese Hilfe, hieß es weiter, und es sei Zeit für die USA, „sich nicht länger herauszuhalten".





Ein sinhalesischer Soldat bei der Beobachtung eines Gebietes, das im Mai '87 von den Streitkräften zurückerobert wurde. Foto: Walter Keller

Indische Interessen

Mit dem jetzt geschlossenen Friedensvertrag macht Rajiv Gandhi deutlich, daß er nicht gewillt ist, durch eine Eskalation des Konfliktes in Sri Lanka weitere innenpolitische Probleme für sein Land aufkommen zu lassen. Klar wird dadurch auch, daß er zu Wahrung eigener militär-strategischer Interessen ein weiteres Abdriften Sri Lankas in ein Indien nicht genehmes politisches Lager vermeiden will. Mit der Zustimmung Präsident Jayawardenes, den Naturhafen von Trincomalee nicht für „militärische Zwecke" zu nutzen, die indischen Interessen zuwiderlaufen", den Vertrag mit „Voice of Amerika" nochmals zu überdenken und Indien bei der Heranziehung ausländischer Militärberater zu konsultieren, hat Gandhi nicht nur einen Sieg errungen. Schon wird von „Finnlandisierung" und dem „indischen Protektorat Sri Lanka" gesprochen. Ein Zustand, gegen den viele Sinhalesen, sinhalesisch-chauvinistische Parteien und auch Teile des buddhistischen Klerus wohl weiter Sturm laufen werden.

Walter Keller

bücher + materialien 87/88



informationszentrum dritte welt

postfach 5328 · 7800 freiburg · tel. 0761/74003



Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe

Das Problem der Unterentwicklung in der Dritten Welt wird sich in den nächsten Jahren weiter dramatisch zuspitzen. Die staatliche Entwicklungspolitik besteht zumeist darin, das Thema entweder zu global und damit zu wenig konkret oder zu isoliert von den übrigen Bereichen der Politik zu behandeln.
Diesen Mängeln versucht das vorliegende Buch entgegenzutreten. Ausführlich werden die einzelnen Sektoren der Entwicklungspolitik (Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildungswesen ect.) dargestellt, wobei jeweils auch einzelne Projekte untersucht werden.
Die Analyse und die Bewertung der Entwicklungspolitik geschehen vor dem Hintergrund des außenwirtschaftlichen Verhaltens der BRD, ihrer Außenhandelspolitik und ihrer Politik des internationalen Kapitalverkehrs. Das Buch beschränkt sich nicht auf die Analyse des heutigen Zustandes. Es geht weiter und versucht, Alternativen zur bestehenden Entwicklungspolitik zu zeigen und auch zu erläutern, was interessierte Personen und Gruppen in diesem Bereich tun können.

8. Auflage September 1984,
ISBN 3-922263-01-1, 384 Seiten, **16,80 DM**

URLAUB: Wir hungern nach Sonne und Sorglosigkeit. Wir reisen, doch es reisen die Satten.
Wir suchen Erholung in fremden Ländern, Entspannung und Abenteuer. Wir suchen Linderung für die Wunden der Industriegesellschaft und produzieren eine neue gesellschaftliche Krankheit: TOURISMUS.
Kulturen und Konsumgewohnheiten prallen unverstanden aufeinander. „Nichts ist in der Fremde exotischer als der Fremde selbst" (Bloch). Für den Genuß dieser Exotik bezahlen die Einheimischen mit der Entfremdung von ihrer Kultur. Die da Reisen, bezahlen mit Devisen. Mit ihren gutgemeinten Almosen, ihren Andenkeneinkäufen und ihren Ansprüchen richten sie die örtlichen Märkte der Einheimischen zugrunde. Auch wer reist, um Probleme zu begreifen, greift unausweichlich in die traditionellen Lebensgewohnheiten fremder Gesellschaften ein.
Dieses Buch wendet sich an alle, die reisen. Es will aufklären über den Selbstbetrug des einzelnen, der für die verhängnisvollen Folgen des Massentourismus die Verantwortung nur außerhalb seines Glashauses sucht.



2. völlig überarbeitete Auflage,
Juni 1986, 208 Seiten,
ISBN 3-922263-08-9

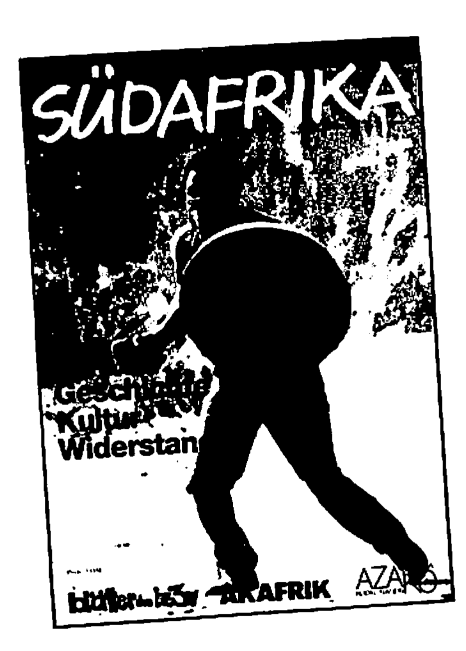
12,80 DM



Das vorliegende Buch ist eine Reaktion auf das neuerliche Auflodern des Palästina-Konflikts im Libanonkrieg im Sommer 1982. Unversöhnlich stehen sich zwei nationale Ansprüche gegenüber: ‚Erez' (Land) Israel und das Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung in ihrer Heimat Palästina.
Die Debatte um den Nahost-Konflikt wird weltweit geführt. Auch bei uns in der BRD. Unter Konservativen wie unter Linken. Gerade bei uns ist die Diskussion von einer schweren historischen Hypothek belastet. Dies lähmt eine Auseinandersetzung mit dem Problem immer wieder in besonderer Weise.
Trotzdem oder gerade deshalb ist der Versuch einer kritischen Beurteilung dessen, was in Palästina geschieht, unerläßlich. Eine Beurteilung, die das Unabhängigkeits- und Selbstbestimmungsrecht der Völker als obersten Maßstab anlegt.
In verständlicher Sprache geschrieben und übersichtlich im Aufbau ist es ein besonderses Anliegen dieses Buches, sowohl eine Einführung in die verschiedenen Aspekte der Palästinaproblematik zu geben als auch einen Einblick in den Diskussionsstand hier.

Achtung:
Nur noch 30 Exemplare vorrätig!

1. Auflage Juni 1983
264 Seiten
ISBN 3-922263-03-8 **10,80 DM**



Südakfrika — Geschichte, Kultur Widerstand

Inhalt: Geschichte Südafrikas und des schwarzen Widerstands · Entwicklung der Revolte 1985 · Dokumente, Interviews · Politische Gefangene · Frauen im /Kultur des Widerstands · unabhängige Gewerkschaftsbewegung · Wirtschaftsbez. BRD — RSA · Adressen- und Medienliste. Hrsg. akafrik, Münster und iz3w, Freiburg,

2. Auflage, April 1986
Broschüre (DIN A4), 60 Seiten, nur beim Verlag erhältlich

3,-DM

Der Autor versucht in diesem Buch die Zusammenhänge zwischen Energiepolitik und Entwicklungspolitik darzustellen. Mit zahlreichen Schaubildern und Beispielen versehen wird die Problematik auch dem Leser ohne besonder Vorkenntnisse nahe gebracht. Im einzelnen werden folgende Themenkomplexe behandelt: Verschwendung und Mangel · Importabhängigkeit: Erdöl · Das Ende des billigen Öls · Energieprobleme armer Länder (Zahlungsbilanzkrise, Brennholzkrise) · Bevölkerungswachstum und Energiekrise · Verstädterung: Abgeschnitten von traditionellen Energiequellen · Energie und Entwicklung · Energieeinsparung: Auch für die Entwicklungsländer? · Erschließung eigener Energiequellen Kernenergie für die 3. Welt? die Importabhängigkeit wird weiter bestehen · Wachsender Energieverbrauch als Zwangsläufigkeit? · Pfade der Energieversorgung · Kann das Gefälle zwischen Nord und Süd abgebaut werden? · Zu schön um wahr zu sein — ist Energieeinsparung realisierbar? · Können die endlichen Energieträger geschont werden? · Was kann die Umwelt verkraften? · Eine neue Ölpreiskrise? · Krieg um Erdöl? Exportieren wir unsere Energieverschwendung? · Energieeinsparung bei uns: Katastrophe für die OPEC-Länder? · „Global denken — lokal handeln"



12,80 DM **1. Auflage, Feb. 1986, 192 S., ISBN 3-922263-06-2**



Der Pazifik bedeckt fast ein Drittel unseres Planeten. In Europa ist diese riesige Region erst seit wenigen Jahren stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen.
„Pazifische Herausforderung" — darunter verstehen Politiker jetzt vor allem die japanische und amerikanische Wirtschaftskraft, sowie den Entwicklungsweg der „Schwellenländer" zwischen Singapur und Süd-Korea.
Erst der wachsende Widerstand gegen die französischen Atomtests auf den Mururoa-Atoll hat in letzer Zeit auf eine ganz andere „pazifische Herausforderung" aufmerksam gemacht.
Im Pazifik liegen nicht nur die wichtigsten Testgebiete für Raketen- und Nuklearwaffen, hier findet auch ein gigantischer militärischer Aufmarsch statt. „Vor- und Nachrüstung" betrieben von den USA und auch der UdSSR stellen hier europäische Entwicklungen seit längerem in den Schatten.
In diesem Buch sind zahlreiche, zum Teil schwer zugängliche Texte zusammengestellt, die diesen Prozeß der Militarisierung und den Widerstand dagegen in deutscher Sprache erstmals systematischer analysieren.

Hrsg. von den „blättern des iz3w" und der Südostasien-Informationsstelle
1. Auflage, Feb. 1986 224 S.,
ISBN 3-922263-07-0

12,80 DM

Rüstungsexporte & politische Verantwortung

Argumentationshilfe gegen bundesdeutsche Rüstungsexporte. Broschüre mit Zahlen zum bundesdeutschen Rüstungsexport, Rüstungsexporte im Wahlkampf, Genehmigungspraxis der Bundesregierung, Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze, Saudi Arabien, Süd Afrika, Argentinien, Iran/Irak sowie Literaturhinweise

Herausgegeben von der BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", September 1986, Broschüre DIN A 4, **3,50 DM**

Die Hungernden sind die Nahrung der Macht

Der Hunger ist keine Naturkatastrophe; er ist nicht das Ergebnis der Dürre, sondern der Machtverhältnisse. Dies ist die zentrale Aussage dieser Publikation. Die Hungernden in Afrika sind nicht Opfer ihres Unglücks, sondern einer Politik, die ihren Tod in Kauf nimmt, um andere Interessen durchzusetzen. Hierzu gehören die nationale Politik der einzelnen Länder, aber auch die internationalen Beziehungen bis hin zur Außen(wirtschafts)- und Entwicklungspolitik unseres Landes. In allen Feldern der Politik werden Strukturen der Macht aufrechterhalten, die den Hunger ermöglichen.
Einige Hintergründe des Hungers in Afrika aufzuzeigen und aufzufordern, dies alles nicht hinzunehmen, ist die Zielsetzung dieser Broschüre.

Herausgegeben vom Dritte Welt Haus Bielefeld, 1. Auflage 1985
Broschüre DIN A 4, 80 Seiten **7 DM**

Wer Hunger pflanzt und Überfluß erntet

Endlich ein Buch, das sich mit den Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf die ländliche Entwicklung der Dritten Welt befaßt. Das Autorenteam geht davon aus, daß die internationalen Strukturprobleme der europäischen Agrarentwicklung mehr denn je auf den Weltmarkt hinausverlagert und das es nicht zuletzt der ländlichen Bevölkerung in der Dritten Welt aufgebürdet werden soll, die Folgen der EG-Krisen abzuarbeiten.
Perspektiven für eine dringend notwendige alternative Agrarpolitik die entwicklungspolitische und internationalistische Aspekte nicht übersieht werden aufgezeigt. Internationale Solidarität in Verbindung mit einer ökologisch und sozial gerechten Agrarentwicklung in Europa stehen dabei im Vordergrund.

Herausgegeben von der BUKO-Agro Koordination, Juni 1987
336 Seiten
ISBN: 3-926611-01-4 **19 DM**







Jedes Heft behandelt didaktisch aufbereitet einen Themenschwerpunkt. Die einzelnen Blätter können herausgenommen und gezielt eingesetzt werden. Kopieren ist ausdrücklich erlaubt.
Umfang ca. 32 Seiten. Format A4.
Bisher erschienen sind:
Nr. 1 **Nicaragua** (überarbeitet 1985);
Nr. 4 **Zigeuner;**
Nr. 6 **Welthandel I;**
Nr. 7 **Kolonialistmus;**
Nr. 8/9 **Welthandel II,**
Nr. 10 **Bolivien;**
Nr. 11 **Imperialismus;**
Nr. 12 **Großtechnologie in Brasilien;**
Nr. 13 **Tourismus**
Nr. 14 **Modernisierung des Elends;**
Nr. 15/16 **Waffenexport;**
Nr. 17 **Politische Flüchtlinge ;**
Nr. 18 **Türken in Deutschland;**
Nr. 19/20 **Israel in Palästina;**
Nr. 21 **Brasilianischer Zucker;**

☆

Food First Comic:
Nicht genug für alle?
Hunger und Verschwendung — USA, Philippinen und wir
Freiburg 1987, 40 Seiten DIN A 5, 4,50 DM

Müssen Menschen hungern, weil es auf der Welt nicht für alle genug Nahrung gibt? Ist der Überfluß der einen die Ursache für den Huhger der anderen? 800 Millionen Menschen leben mit dem Hunger — und viele sterben daran. Die meisten von ihnen sind Bauern in der Dritten Welt, Warum sind gerade die Menschen, die selbst Nahrung produzieren, die ersten, die Hunger leiden?

Straßenkinder in Nicaragua

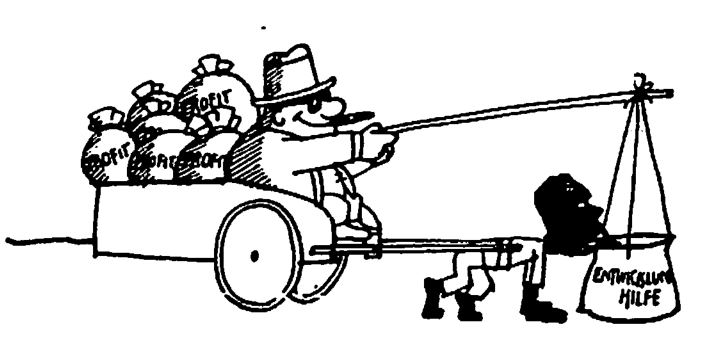
36 Seiten, DIN A 4, Querformat. 40 zum Teil ganzseitige Fotos. Mit Interwiews und berichten zur Lage der arbeitenden Kinder und zu den Jugendausbildungsprojekten in Nicaragua, die diesen Kindern durch Schulunterricht und praktische Ausbildung den Weg in ein menschenwürdiges Leben öffnen sollten. **6 DM + Porto**
Postkartenserie zu dieser Brochüre: 8 farbige Postkarten mit Kinderzeichnungen und Fotos aus Nicaragua. **5 DM + Porto**

FÖRDERKREIS FÜR DIE 

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben!

Die »blätter des iz3w« erscheinen mittlerweile seit 15 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe, die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit.

Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des »Förderkreises« durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,— bzw. vierteljährlich DM 15,—).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt.



Bitte an die Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg senden.

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats / am ....
jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonement: ja — nein

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Vorname, Name

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Straße

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Postleitzahl, Ort   Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)   Datum

Diesen Abschnitt bitte an Ihre Bank senden:

An ....
(Bank)

Bitte überweisen sie von meinem Konto Nr. .... am .... jeden ....

Monats / am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM ....

an die Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postgiroamt Karlsruhe Nr. 148 239-755 (Bankleitzahl 660 100 75*)

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

....
(Ort)   Unterschrift

---

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postgiroamt Basel, Nr. 40-35899
Für Abonnenten in Östereich: Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

Abo + Bestellzettel

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort   Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)   Datum

☐ **Ich abonniere die »blätter des iz3w« (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 40 DM)**

☐ **Ich abonniere die »blätter« zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 30 DM p.a.)**

☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**

☐ **Ich bestelle aus Eurem Vertrieb.**
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich wiederrufen werden. Davon habe ich Kenntnis genommen.

(Ort, Datum)   (Unterschrift)

Bitte an die Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg senden.

»blätter des iz3w«

____ Nr. 118 **Mittelamerika (84)**
____ Nr. 119 **Dritte Welt im Schuldturm (84)**
____ Nr. 120 **Iran im sechsten Jahr der Revolution (84)**
____ Nr. 122 **Entwicklungspolitik nach der Wende**
____ Nr. 123 **Medien / Contadora**
____ Nr. 124 **Ökologie und Dritte Welt**
____ Nr. 125 **Ökologie und Dritte welt II**
____ Nr. 127 **Nordkorea**
____ Nr. 128 **Medien in der Dritten Welt**
____ Nr. 129 **Türkei**
____ Nr. 130 **Chips**
____ Nr. 131 **Frauen**
____ Nr. 132 **Phillipinen**
____ Nr. 133 **Landwirtschaft**
____ Nr. 134 **Nicaragua muß überleben**
____ Nr. 135 **Brasilien**
____ Nr. 136 **Südafrika**
____ Nr. 137 **Verschuldung III**
____ Nr. 138 **Bundesdeutsche Dritte Welt-Politik**
____ Nr. 139 **Bombengeschäfte**
____ Nr. 140 **Neue soziale Bewegungen I Lateinamerika**
____ Nr. 141 **Philippinen / Türkei**
____ Nr. 142 **Neue soziale Bewegungen II — Südostasien**
____ Nr. 143 **Korruption in Afrika**

Sonderdrucke

____ Nr. 62 **Unterdrückung der Indios (1977)**
____ Nr. 66 **Landwirtschaft in der 3. Welt I (77)**
____ Nr. 67 **Landwirtschaft in der 3. Welt II**
____ Nr. 73 **Mexico: das Elend der Bauern (78)**
____ Nr. 75 **Sri Lanka (79)**
____ Nr. 76 **UNCTAD V(79)**
____ Nr. 78 **Patenschaft in der 3. Welt (79)**
____ Nr. 79 **Ausländer in der BRD (79)**
____ Nr. 85 **ASEAN (80)**
____ Nr. 87 **Frauen in der 3. Welt (80)**
____ Nr. 88 **Angepaßte Technologie (80)**
____ Nr. 95 **Rüstung in der 3. Welt (81)**

Bücher, Broschüren, Materialien

___ iz3w, **Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, 8. Auflage, Oktober 1984, ca. 360 Seiten 16,80

___ iz3w, Südostasieninformationsstelle, **Die Militarisierung des Pazifiks**, Ein Drittel des Erdballs zwischen Herausforderung und Widerstand, Jan. 1986, ca. 240 S. 12,80

___ iz3w, **»Klar, schön war's, aber ...«**, Tourismus i. d. 3. Welt, 2. völlig überarbeitete Auflage, Jan. 1986, ca. 200 S. 12,80

___ Georg Cremer, **Mangel und Verschwendung**, Energieprobleme im Nord—Süd Konflikt, Dez. 1985, ca. 200 S. 12,80

___ B.I.V.S., **Das Elend der Modernisierung — Die Modernisierung des Elends**, Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, 1. Aufl. 1982, 160 Seiten 5,—

___ **iz3w, Akafrik**, Südafrika — Geschichte, Kultur, Widerstand, 60 Seiten, DIN A4, Nov. 85 3,—

___ iz3w, **Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben**, Einführung in die versch. Aspekte des Palästinaproblems, Juni 83, 264 Seiten 10,80

___ Francis Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt »Food First« Comic**, 1982. 84 Seiten 3,50

___ Plakat **»Rohstoffe in der Dritten Welt«**, 2farb., DIN A2 2,—

___ Plakat **»Welthandel«**, 2farb., DIN A2 2,—

___ Plakat **»Ordnung muß sein«**, 2farb., DIN A2 2,—

Achtung Buchhandel!

Bestellungen bitte an:
Prolit Vertriebs GmbH
Postfach 111008

6300 Giessen 11

aus Österreich:
Informationsdienst
Entwicklungspolitik
Tuchlauben 8/6/16

A-1010 Wien

NEUAUFNAHMEN ...

___ AK Entwicklungspolitik, **IWF-Weltbank — Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die Dritte Welt?**
128 Seiten, DIN A5, 4. überarbeitete, erweiterte Auflage, 1987 9,50

___ AK Entwicklungspolitik, iz3w, **Banken, Kredite und „Dritte Welt"**
Einführung in Zusammenhänge der internationalen Verschuldung,
128 Seiten DIN A5, (Erscheint im November) 9,50

___ BUKO, **Rüstungsexporte & politische Verantwortung,**
Broschüre,
128 Seiten, DIN A4, 20 Seiten,
September 1986 3,50

___ AK BuSiB, **Gentechnologie,**
Broschüre, DIN A 4, 120 Seiten,
1986 7,-

___ Infobüro Nicaragua, **Nicaragua muß überleben, Broschüre, DIN A 5, 32 Seiten,** 5,-

___ Buko agro-Ko, **Wer Hunger pflanzt und Überschuß erntet,** Beiträge zu einer entwicklungspolitischen Kritik der EG-Agrarpolitik, 336 Seiten, Juni 1987 19,-

___ DWH Bielefeld, **Die Hungernden sind die Nahrung der Macht,**
Hintergründe der Hungersnot in Afrika, Broschüre, DIN A 4, 80 Seiten,
1985 7,-

___ Tino Thun, **Menschenrechte und Außenpolitik,** BRD-Argentinien 1976-1983, ca. 210 Seiten, 20,-

Bei Bestellungen bitte beachten:

Wir liefern grundsätzlich mit Rechnung. Bei einem Bestellwert bis DM 6,— kann der Rechnungsbetrag in Briefmarken der Bestellung beigelegt werden.

Versandkostenpauschale:
DM 1,80 (Bestellwert bis DM 10,—)
DM 3,— (Bestellwert DM 10,— bis DM 50,—)
frei bei einem Bestellwert von über DM 50,—

Postgirokonten:
Aktion Dritte Welt e.V.
Karlsruhe Nr. 148239-755
Basel Nr. 40-35899
Österreichische Postsparkasse
Nr. 2377.047

GEB Loseblattsammlungen

GEB-Loseblattsammlungen

Mappen ca. 32 Seiten, kopierfähig,
Preis je Ex. 6 DM
Doppelnummer 12 DM

___ Nr. 1 **Nicaragua**
___ Nr. 4 **Zigeuner**
___ Nr. 6 **Welthandel I**
___ Nr. 7 **Kolonialismus**
___ Nr. 8/9 **Welthandel II**
___ Nr. 10 **Bolivien**
___ Nr. 11 **Imperialismus**
___ Nr. 12 **Großtechnologie**
___ Nr. 13 **Tourismus**
___ Nr. 14 **Modernisierung des Elends**
___ Nr. 15/16 **Waffenexport**
___ Nr. 17 **Politische Flüchtlinge**
___ Nr. 18 **Türken in Deutschland**
___ Nr. 19/20 **Israel in Palästina**
___ Nr. 21 **Brasilianischer Zucker**

★

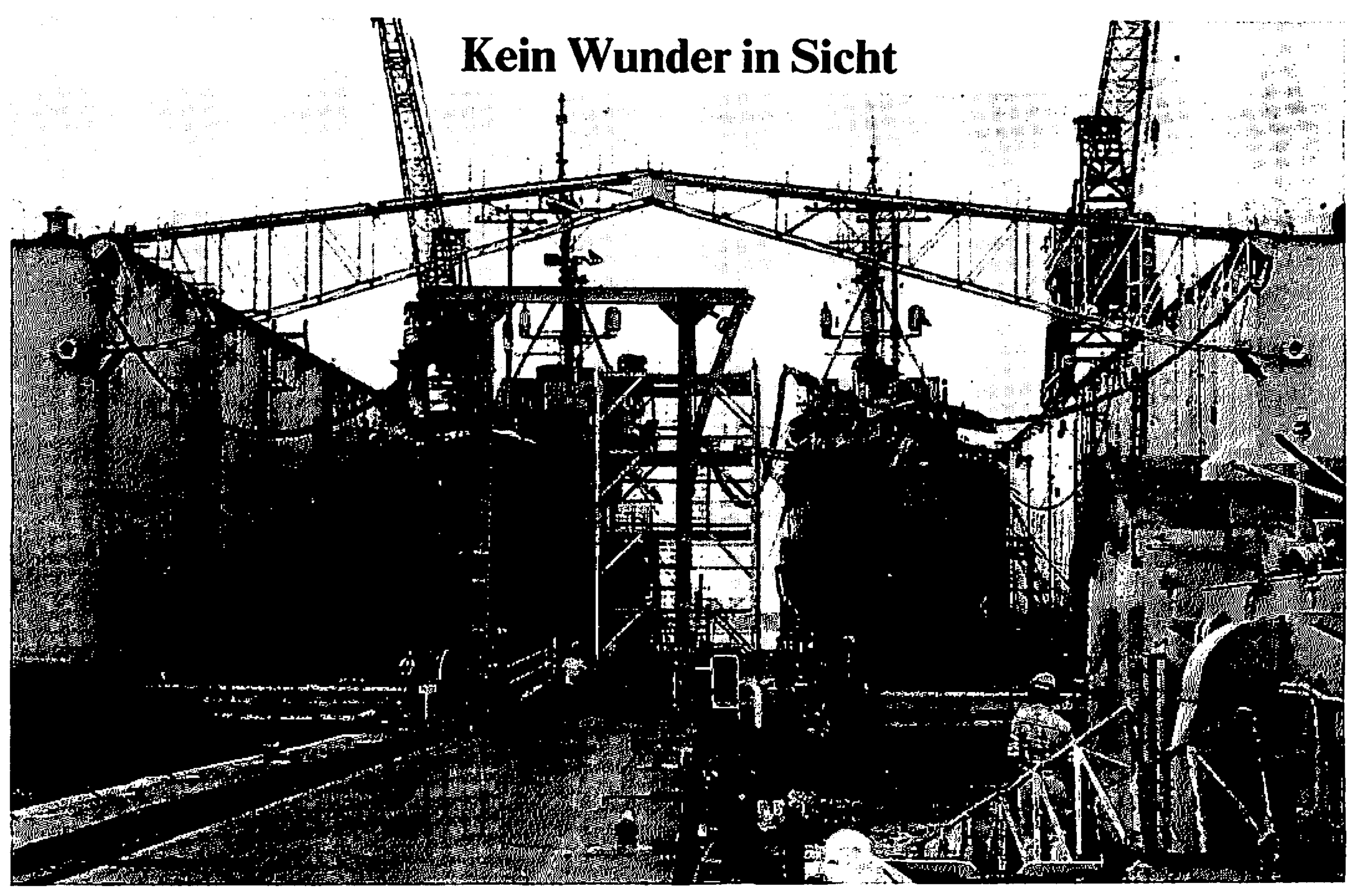
___ **Food First Comic: Nicht genug für alle?** 40 Seiten, DIN A5, **4,50 DM**

___ **Straßenkinder in Nicaragua,** 36 Seiten, DIN A 4 Querformat, **6 DM**

___ **Wie die Sonne und der Mond entstanden,** 8 Postkarten mit Kinderzeichnungen und Fotos aus Nicaragua, **5 DM**

Die Weltwirtschaftspolitik der „People Power"

Kein Wunder in Sicht



Werftindustrie auf den Philippinen — Niedrige Löhne — Hohe Produktivität

Aquinos Wirtschaftpolitik knüpft nicht nur in bemerkenswerter Weise an die Vergangenheit an. Sie erlaubt durch das „magische Dreieck" — Privatisierung, Importliberalisierung und „Equty-Swapping" — ausländischem Kapital größere Kontrollmöglichkeiten der lokalen Ökonomie als zuvor.

Die Kontinuität der Wirtschaftpolitik, deren Architekten größtenteils aus der Marcos-Ära herübergerettet wurden, entspricht einer strukturell intakt gebliebenen polititschen Herrschaftssicherung. Die „Februarrevolution 1986", herbeigeführt durch eine Kombination von Volksaufstand, Militärrevolte und US-Intervention, hat nach 18 Monaten die Etablierung einer alt-neuen Machtelite begünstigt, die bestenfalls „People Power" rituell beschwört. Mit ihrer Ideologie des politischen Zentrismus aber schuf sie sich neue Instrumente (Todesschwadronen / Vigilanten) für ein altes Konzept — das nach wie vor „sozial unruhige" Hinterland notfalls gewaltsam zu „befrieden".

In diesem Sinne ist — zugespitzt — die These erlaubt: Der Staatsterrorismus Marcosscher Prägung wuchs sich schrittweise zu einem Staatsterrorismus auf populistischer Grundlage aus. Diesem verleiht „Corys" noch ungebrochene Popularität zwar einen Anstrich von Legitimität; faktisch indes regieren die Militärs und Wirtschaftsstrategen/Technokraten, die mit allen Mitteln die Herrschaftsbastion der Kompradoren, Großbourgeois und Großgrundbesitzer verteidigen.

Nicht per se bildet ausländische — auch bundesdeutsche — Hilfe für Aquino eine Unterstützung des „demokratischen Neubeginns in den Philipinen". Die aktuelle Situation auf den Inseln läßt eher den Umkehrschluß zu, daß sie „Befriedungs"-Hilfe ist.

Die Stützpfeiler

Noch in der Endphase der Marcos-Herrschaft richtete die amerikanische Entwicklungsbehörde „USAID" eine Konferenz über Privatisierung aus, um die unter Marcos verkrusteten, durch Vetternwirtschaft gekennzeichneten staatsmonopolistischen Tendenzen unter Beschuß zu nehmen. Interessant war immerhin, daß diese Kritik seit geraumer Zeit vom Internationalen Währungsfond, IWF, und der Weltbank geteilt wurde und dementsprechend weitere Kreditvergaben an die Auflage gekoppelt waren, diese Tendenzen einzuschränken bzw. rückgängig zu machen. Hatte sich Marcos dem schon rein aus Gründen materieller Absicherung seiner Herrschaftsbasis partiell widersetzt, so zeigte sich die Aquino-Regierung überaus kooperativ.

In öffentlichen Debatten und in den Spalten der philippinischen Wirtschaftspresse bildet **Privatisierung** seit Frühjahr 1986 ein wichtiges Schlagwort. Bis zum Staatsbesuch Frau Aquinos in den USA (September 1986) hatte die von ihr ins Leben gerufene Präsidialkommission für die Reorganisierung der Regierung nicht weniger als 77 Regierungsunternehmen zur Privatisierung freigegeben. Fein säuberlich

waren sie aufgelistet und in Form einer eigens erstellten Broschüre während Aquinos Staatsvisite ausgesuchten amerikanischen Geschäftsleuten überreicht worden. Zu diesen Firmen zählen u.a.: Philippine National Oil Corp. (PNOC) samt ihren Zweigstellen, National Steel Corp., Manila Hotel, Philippine Airlines und Metro Manila Transit. Die PNOC und National Steel Corp. werden für 3 bzw. 9 Mrd. Pesos (ca. 150 bzw. 450 Mio. US-Dollar) feilgeboten.

Manilas Privatisierungsprogramm überläßt damit dem ausländischen Kapital die Übernahme bzw. Kontrolle der (halbwegs) profitablen Firmen. Um eine größere wirtschaftliche Eigenständigkeit zu erlangen, wäre es notwendig, gerade sie in Staatsbesitz zu belassen, um durch die erzielten Einnahmen wenigstens einen Teil des Schuldenberges abzutragen. So aber verbleiben lediglich die weniger profitablen bzw. unrentablen Unternehmen im Besitz des Staates, ein Ballast, von dem er sich mit allen Mitteln befreien will.

Um weitere Kaufanreize im Ausland zu wecken, stellt die Weltbank durch ihren Investitionsarm, die International Finance Corp., Kredite für die Rehabilitierung anderer noch maroder Unternehmen zur Verfügung, die nach Erreichen eines gewissen Rentabilitätsgrads ebenfalls zur Privatisierung freigegeben werden sollen. Unter diese Kategorie fallen Firmen und Banken, die einst von der regierungseigenen Nationalen Entwicklungsgesellschaft, NDC, der Nationalbank, PNB, und der philippinischen Entwicklungsbank, DBP, übernommen worden waren. 40% der NDC-kontrollierten Interbank sind bereits in den Besitz der American Express Bank (New York) und 40 % der gemeinschaftlich von der PMB und DBP beherrschten Philippinas Bank in den Besitz der Tochter einer im Lande operierenden US—Bank übergegangen. Schließlich wird ernsthaft geprüft, ob nicht selbst auch die Nationalbank, nach einer Lösung ihrer Finanzprobleme privatisiert werden soll. Das entspräche weitgehend der IWF—Forderung an die Regierung, sich aus dem Banksektor so weit wie möglich auszuklinken. [1]

Intern erfreute sich das Privatisierungskonzept einer gewissen Zustimmung. Alles, was unter Marcos den Stallgeruch des „öffentlichen“ oder „Regierungssektors“ hatte, galt — gelinde ausgedrückt — als kritikwürdig, da dessen Wachstum in direktem Verhältnis zur Bereicherung der Regime-Günstlinge stand. Unter Aquino wurde der Privatisierungs-Feldzug auch und gerade zur Waffe gegen deren Wirtschafts- und Finanzbastionen, allerdings mit dem Resultat, daß sich auf deren Kosten nunmehr mit ausländischer Unterstützung eine Umschichtung innerhalb der herrschenden Elite vollzieht.

Importliberalisierung, das zweite, dem Freihandels-Postulat verpflichtete Standbein der Aquino-Regierung, führt ebenfalls kein neues Element in die philippinische Wirtschaft ein. Das erste Programm dieser



Haltet Manila rein...

Art begann auf Drängen von IWF- und Weltbank bereits 1981 und umfaßte insgesamt 1.027 Artikel. Das jetzige, spätestens bis zum 1. Mai 1988 abzuschließende Programm, listet 1.232 Produkte auf, von denen reichlich 1000 „liberalisiert“ sind. Die Argumente für diese Politik hat Planungsministerin Solita Monsod auf folgenden Nenner gebracht: Die Importliberalisierung beflügelt den Wettbewerb, trägt dazu bei, Hersteller einheimischer (oft zu teurer und minderwertiger) Produkte zum „Umdenken“ zu ermutigen und begünstigt den für die Konsumenten positiv durchschlagenden Transfer neuer Technologien und modernen Know-hows.

So plausibel diese Argumentation klingt, so vehement geriet sie ins Kreuzfeuer der Kritik nationalistischer Gruppen und philippinischer Geschäftsleute. Die Importliberalisierung, so ihr Einwand, wird für philippinische Klein- und Mittelbetriebe tödliche Konsequenzen zeitigen; noch sei die tiefe Krise zwischen 1983 und 1985 nicht verkraftet, und die Kapazitätsauslastung habe hier nicht einmal die 40%-Marke erreicht. Sie befürchten den Zusammenbruch all dieser Betriebe und einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Indirekt war Handels- und Industrieminister José Concepcion in seinem Juli-Memorandum (1986) an die Präsidentin von einer ähnlich düsteren Perspektive ausgegangen. Sollte sie sich tatsächlich bewahrheiten, so rechnet die philippinische Industrie- und Handwerkskammer und die Nationale Entwicklungsplanungs-Behörde (NEDA) mit zusätzlich 111.000 bzw. 472.000 Arbeitslosen.

Aufs engste mit der Importliberalisierung verbunden war die Senkung der Zollschranken von 70% auf durchschnittlich 30% während der Jahre 1980-85. Für die Produzenten von Zucker, Mais und Baumwolle, einst mit großem Rummel propagiert, hat das katastrophale Auswirkungen gehabt. Um die eigene Textilindustrie anzukurbeln, hatte Manila zum Anpflanzen von Baumwolle ermutigt — ein sicherlich sinnvoller Schritt. Jetzt aber, da u.a. auch für dieses Produkt die Zollbarrieren abgeschwächt wurden, liegt der Kilopreis importierter, überschüssiger US-Baumwolle bei 16 Peso, weniger als ein Drittel der lokalen Produktionskosten!

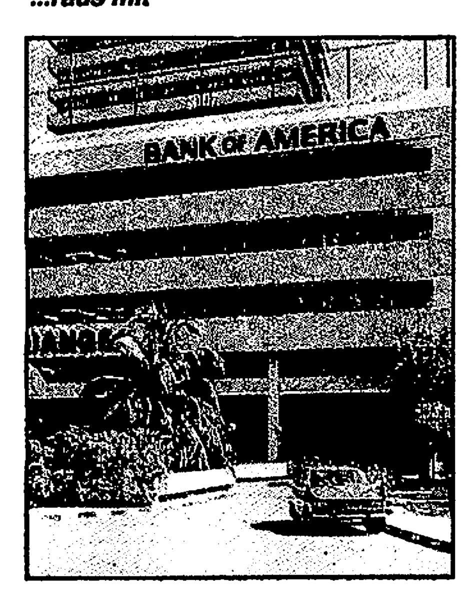
Dem Beispiel lateinamerikanischer Länder (wie Argentinien, Chile und Mexico) folgend, verabschiedete die Monetärbehörde der Zentralbank am 24. Juli 1986 durch die Verordnung Nr. 32 „ein Programm zur Umwandlung der philippinischen Auslandsschuld in Kapitalinvestitionen“.[2] Von diesem **Debt-to-Equity-Swap-Program**, dem erklärtermaßen dritten Pfeiler seiner Wirtschaftpolitik, erhofft sich Manila eine Minderung seiner Schuldenlast und gleichzeitig zusätzliche Investitionsanreize.

Der „Dept swap“, d.h. Schuldentausch, sieht vor, daß sich das Schuldnerland — hier Philippinen — bereit erklärt, seine Auslandsschulden in Eigentumstitel umzuwandeln, die von den internationalen Gläubigerbanken zur Investition angeboten werden. Ein Investor kauft einen solchen

Titel mit einem 30%igen Abschlag in Devisen an und erhält dafür von der philippinischen Zentralbank den vollen Nominalwert in Peso. Voraussetzung ist, daß dieses Kapital langfristig in bestimmte Wirtschaftssektoren (u.a. exportorientierte Unternehmen, Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse) investiert wird. Die Zentralbank erhebt für diesen Vorgang eine Gebühr von 5% und bei Investitionen in nicht bevorzugte Wirtschaftzweigen von 10%. In diesen Fällen ist noch eine zusätzliche Geldleistung, unabhängig von der Umwandlung von etwa 10% des Investitionsvolumens, zu erbringen.

Nehmen wir als konkretes Beispiel eine

...raus mit



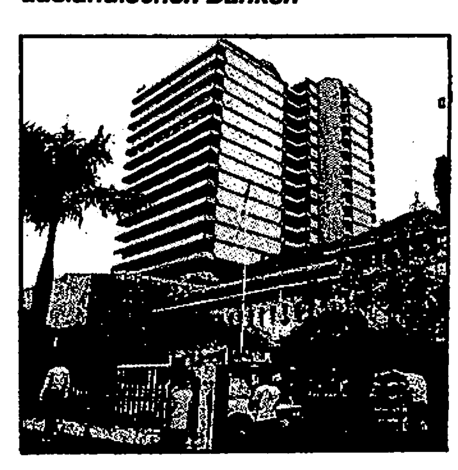
Bank, der die philippinische Regierung 10 Mio. Dollar schuldet. Ein möglicher Investor, ob eine Privatperson oder Firma, der sich bereit erklärt, für 1 Mio. Dollar diese Schuld verantwortlich zu zeichnen, zahlt diesen Betrag abzüglich der in diesem Falle gültigen 30% — effektiv also 700.000 Dollar. Die Zentralbank zahlt ihm jedoch die volle Summe (1 Mio. Dollar) zum aktuell gültigen Peso-Kurs — im Augenblick 1920 — aus, womit er gleich 600.000 Peso „verdient". Bedingung ist, daß dieser Peso-Betrag gemäß der Zentralbank-Liste in die bevorzugten wie nicht bevorzugten Wirtschaftzweige investiert wird. Betrifft die Investition letztere, so sind 10% des gesamten Investitionsvolumens in Dollar aufzubringen. Solche Auflage entfällt bei bevorzugten Investitionen.

Anfänglich stieß das Programm wegen der angeblich hohen Zentralbankgebühr auf Kritik. Davon ist heute keine Rede mehr. Innerhalb der ersten sechs Wochen nach Verkündigung des „Debt-to Equity-Swap-Programm" lagen der Zentralbank 15 Anträge zur Umwandlung von Forderungen in Eigenkapital mit einem auf ca. 150 Mio. Dollar geschätzten Volumen vor, von denen 7 Fälle über insgesamt 12 Mio. Dollar entschieden worden waren.

Bis spätestens Herbst erhofft sich Manila ein Gesamtvolumen von 400-500 Mio. Dollar. Von der Gesamtverschuldung komen etwa 14,5 Mrd. Dollar für eine Umwandlung grundsätzlich in Betracht. Dafür dürften jedoch selbst nach Einschätzung der Regierung letztlich etwa 10% in Eigenkapital umgewandelt werden. Zwar würde dies Manilas Schuldenlast von ca. 2,4 Mrd. Dollar allein für Zinszahlungen erleichtern. Der gigantische Investitionsschub von 2-3 Mrd. Dollar, von dem Finanzierungsminister Jaime Ongpin bis zum Sommer 1986 schwärmte, steht bis heute noch aus.

Dies hinderte bundesdeutsche Regierungsstellen nicht daran, schon wenige Wochen nach Bekanntwerdens des „Debt-to-Equity-Swap-Programm" anerkennend zu resümieren: „Neben der Umwandlung von Forderungen in Eigenkapital bietet die philippinische Regierung im Rahmen ihrer Privatisierungsaktion eine große Anzahl von teilweise durchaus profitablen Unternehmen im Staatsbesitz an. Weiter gibt es eine Liste von Vermögenswerten, die von den überschuldeten Staatsbanken Philippine National Bank und Development Bank of the Philippines im Wege der Sanierung zu günstigen Bedingungen bereitgestellt werden. Mit dem zusätzlichen Anreitz des Debt-to-Equity-Swap dürfte die Finanzierung von Investitionen in den Philippinen z.Z. besonders günstig sein."[3]

ausländischen Banken



Uneinheitliches Schuldenmanagement

Im Vergleich zur Privatisierungs- und Importliberalisierungsstrategie kommt dem „Debt-to-Equity-Swap" — bislang jedenfalls — eine untergeordnete bzw. flankierende Funktion zu. Das hat interne wie externe Gründe. Als wesentliche interne Gründe hat Manila die noch nicht ausgestandenen Folgen des über 10%igen Minus-Wachstums in den letzten beiden Marcos-Jahren und die politisch labile Lage benannt, was sich letztlich in seiner Projektion, nur 5% (oder etwa 1,5 Mrd. US-Dollar)der aktuellen 29 Mrd. US—Dollar Auslandsschulden ließen sich kapitalisieren, widerspiegeln.

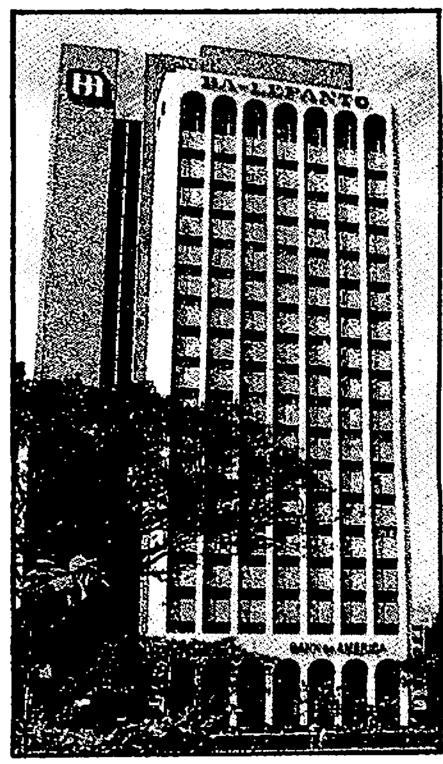
Die (noch) uneinheitliche Strategie der Geber(länder) ist als wichtiger externer Faktor anzuführen. Wäre alles beispielsweise strikt getreu den Bankgesetzen der Vereinigten Staaten gelaufen, wonach solche Kredite als Verlust hätten abgeschrieben werden müssen, für die die Zinszahlungen die vorgeschriebe Dreimonatsfrist überschreiten, so hätten die neun größten US-Banken bei einer Verlustabschreibung ihrer (nur Lateinameria gewährten) Kredite Konkurs anmelden müssen. Im Ausland hatten sie weit mehr Geld verliehen, als sie an Eigenkapital in den Bilanzen ausweisen. So kam es dazu, daß in immer neuen Umschuldungsrunden den Schuldnern zusätzliche Darlehen (fresh money) für deren Zinszahlungen eingeräumt wurden.

Die nach dem amerikanischen Finanzminister Baker benannte, seit September 1985 propagierte „Baker-Initiative"[4] zielt nicht zuletzt auf solche Bilanzkosmetik für die US-Banken ab. Die Bereitstellung von 30 Mrd. US $ „fresh money" in Kombination mit binnenwirtschaftlichen sog. Anpassungsmaßnahmen in den Schuldnerländern u.ä. sollen den reibungslosen Zinseingang solange sichern, bis sämtliche amerikanische Großbanken genügend Rücklagen gebildet haben, um potentielle (auch größere) Kreditausfälle der Schuldner abzufedern.

Mit Hilfe der Kapitalisierung ihrer Forderungen können die internationalen Banken letztendlich — wenngleich mit geschmälerten Gewinnen — ihre „faulen Kredite" loswerden; was zwar die Investitionen in den Entwicklungsländern und den internationalen Handel beleben wird. Es handelt sich dabei jedoch faktisch um einen Ausverkauf der Dritten Welt an ausländischen Multis.

Mehr noch: damit reproduzierten sich zunächst die lokalen Eliten als " Brücken der Ersten in der Dritten Welt". Eine der programmatischen Aussagen Frau Aquinot während ihres Wahlkampfes war es,

und Konzernen!



neue Wege zur Lösung des drückenden Schuldenproblems zu gehen. Noch bis zum Frühsommer 1986 unterstützte Planungsministerin Monsod das Vorhaben, dem auf sozialen Verbesserungen basierenden Wirtschaftswachstum und einer selektiven Kreditzurückzahlung vor der Schuldenbegleichung absoluten Vorrang einzuräumen. Innerhalb nur eines halben Jahres war all das vom Tisch; während ihres USA-Besuches verpflichtete sich die Präsidentin, die Auslandschulden in voller Höhe ohne Wenn und Aber auf Heller und Pfennig zurückzuerstatten.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Aquino hat der Bevölkerung bisher keine Verbesserung ihres Lebensstandards gebracht. Im Gegenteil: Aufgrund des vergleichsweise hohen Bevölkerungswachstums von etwa 2,45% pro Jahr schrumpfte laut offiziellen Daten das Pro-Kopf-Einkommen im Vorjahr um gut mindestens 2,3%, nachdem es im Jahre 1985 bereits um 6% gefallen war.

Die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote von mindestens 15 bzw. 40% bleibt wie die Zahl der unterhalb bzw. an der Schwelle des Existenzminimums lebenden Bevölkerung (ca. 75%) ungebrochen auf hohem Niveau. Derweil sind im laufenden Fiskaljahr knapp 38% des Staatshaushaltes für die Bedienung der Auslandsschulden (=27,4% oder 35,3 Mrd. Pesos) und den Unterhalt des Militärs (=10,3% oder 11,9 Mrd. Pesos) vorgesehen, dem erfahrungsgemäß weitere Gelder durch Abzweigungen aus den Ressorts „Präsidialer Sonderfonds", „Öffentliche Schnellstraßen" und der strategisch bedeutsamen „Lokalverwaltung" zugute kommen.

Unter solchen Bedingungen zeigen sich vor allem internationale Geschäftsbanken weniger an der Gewährung neuer als vielmehr an der Eintreibung alter Kredite interessiert. Die US—Regierung ist aufgrund ihres eigenen gigantischen Haushaltsdefizits wenig geneigt, in die Bresche zu springen. Sie hat stattdessen seit Frühjahr 1986 ihren engsten Verbündeten, Japan und Westeuropa, „empfohlen", in den Philippinen unter Aquino mit großzügiger Wirtschafts- und Finanzhilfe verstärkt Flagge zu zeigen.

„Hilfe" aus Bonner Sicht

Präsidentin Aquinos Amtsantritt begründete — zumindest in der Sicht der Berater — ein „neues Modell", dessen drei Hauptkomponenten sich wie folgt zusammenfassen lassen:

* *Politisch* versteht es sich als zentristisch — „jenseits von Dikatatur und Kommunismus";
* *Wirtschaftlich* verfolgt es eine „De-Nationalisierung", welche Marcos' Sesam-öffne-dich-Politik vis-à-vis dem Auslandskapital auf erweiterter Stufenleiter praktiziert — „Privatisierung, Importliberalisierung und Equity Swapping";
* *Sozial* sieht es sich um jeden Preis dem Ideal der „gewaltlosen nationalen Aus- und Versöhnung", verpflichtet.

Überwölbt sind sämtliche Komponenten von der alles durchdringengen People Power (-Ideologie) — demnach triumphierte im Februar 1986 „tagumpay ng lakas ng bayan" — „der Sieg von 'People Power'".

Weil die Geburt des „Modells mit dem geordneten — die ausländischen Interessen (inklusive der im Lande größten außerhalb Nordamerikas installierten US-Basen) wahrenden — Begräbnis einer unhaltbar gewordenen Diktatur zusammenfiel, übte es gerade im Ausland große Faszination aus. Fortan galt die „Wunderrevolution" vor allem auch als Paradebeispiel einer geglückten . „aufgeklärten" Krisenlösung Washingtons. Die Philippinen — und in begrenztem Maße Haiti — ließen sich als Lehrstück par exellence heranziehen, hatte doch die „Führungsmacht des freien Westens" das Regime eines ihrer langjährig engsten Verbündeten fallengelassen, *ohne* daß dessen Nachfolger — wie im Falle Vietnams, Iran und Nicaraguas — zu den Vereinigten Staaten auf Distanz gingen oder aus deren Herrschaftssphäre ausscherten! So konnte Ronald Reagan mehrfach — nicht einmal ganz zu Unrecht — betonen, die USA unterstützten nicht nur (wie Nicaragua) eine Contra *gegen* ein „kommunistisches Regime", sondern auch eine Regierung an der Macht (wie die Philipinen) *als*

Die Umschuldungsverhandlungen Manilas

Im Januar 1987 fanden die ersten Verhandlungsrunden mit dem *Pariser Klub*, den 14 Gläubigerstaaten Manilas statt, um die zwischen Januar 1987 und Juni 1988 anfallenden Schulden umzustrukturieren. Am 27. März erreichte Manila schließlich ein Umschuldungsabkommen mit dem aus einem Dutzend Gläubigerbanken gebildeten „Beratungs-Komitee", das insgesamt 13,2 Mrd. US-Dollar an Geschäftskrediten umfaßte. Dieses Abkommen schloß die bereits 1984 schon einmal umstrukturierten Schulden bei den Geschäftsbanken, Fälligkeiten für den Zeitraum 1987-92, einen kurzfristigen, jetzt bis Juni 1991 erneuerten Handelskredit in Höhe von 3 Mrd. US—Dollar sowie im Jahre 1985 gewährte 925 Mio. US-Dollar ein. Und zwar zu folgenden Konditionen:

- bereits umgeschuldete Darlehen zuzüglich der zwischen 1987 bis 1992 entstehenden Fälligkeiten in der Gesamthöhe von 9,32 Mrd. US—Dollar sind innerhalb der nächsten 17 Jahre (bei einer Freiperiode von 7,5 Jahren) mit einem 7/8 %igen Zins über Libor zu zahlen.
- die kurzfristigen Handelskredite und die 1985 gewährten 925 Millionen US—Dollar werden nicht umstrukturiert, sondern nur mit einer 7/8 %igen Zinssenkung versehen;
- von 1987 bis 1989 muß Manila mindestens 4% (oder 37 Mio. US—Dollar) dieser Gesamtsumme zahlen, andernfalls gilt ein 1% über Libor liegender Zinssatz. Von 1990 an sind die Philippinen sodann zur zeitgemäßen Tilgung in voller Höhe verpflichtet. auch in diesem Fall droht bei Nichteinhaltung des Abkommens ein 1%iger Zinsaufschlag;
- Geschäftsbanken können die fälligen Zinsen auch in Form der Philippine Investment Notes (PIN) — auf Dollar lautende, diskontierte, doch zum vollen Peso-Nennwert umtausch- und intern kapitalisierbare Schuldtitel — ausbezahlt bekommen.[6]



Zuckerarbeiter auf Negros — die Bevölkerung zahlt die Schulden

Contra „gegen Dikatur und Kommunismus".

All das erklärt, warum in der jüngsten Geschichte kein analoges Ereignis in einem sogenannten Dritte-Welt-Land (wie die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen) ein solch großes Echo fand. Kein Wunder also, daß dieses „Modell" als notwendig unterstützungswürdig befunden wurde, sodaß stärker als in der Vergangenheit Japan und die BRD zusätzlich zu den USA initiativ wurden.

Noch unter Marcos' Zeiten betrugen die westdeutschen Direktinvestitionen laut Wirtschaftsministerium 1976 15 und im Jahre 1983 56 Millionen DM, während der bilaterale Handel ca. 1 Milliarde DM umfaßt. Im pazifisch-asiatischen Raum machten die Investitionen mit 1,3 (1976) bzw. 5 Mrd. DM (1983) etwa 5% des Gesamtvolumens bundesdeutscher Direktinvestitionen aus, wobei der ASEAN-Anteil in den Dritte-Welt-Ländern von 4,9 (1977) überproportional auf 7,5% (1983) anstieg.

Sollte Manila, so der Tenor der beiden im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) erstellten Gutachten „Landwirtschaftliche Kooperation mit den Philippinen" und „Wirtschaftliche Kooperation mit den Philippinen — Chancen und Beschränkungen" eine Wende zur Verbesserung der politischen Verhältnisse herbeiführen, so sei ein erheblicher, nach Wiedereinführung der Hermes-Bürgschaften auch durch Bonner Mittel geförderter Anstieg der Direktinvestitionen denkbar. Vor allem im Agrarbereich ließen sich durch die Umstellung auf eine neue Exportprodukt-Palette — z.B. Gewürze, Kaffe, Tee, Krabben, Garnelen und Mangosäfte — neue Märkte erschließen und dringend benötigte Devisen einfahren. Der von den Autoren aufgrund der noch als unsicher eingeschätzten politischen Lage konstatierten Zurückhaltung bundesdeutscher Privatinvestoren mochte sich das BMZ als Träger staatlicher Hilfe nicht vorbehaltlos anschließen und verwies auf die seit Beginn der 60er Jahre bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) und der Technischen Zusammenarbeit (FZ).

In jüngst vom Parlamentarischen Staatsekretär im BMZ, Dr. V. Köhler angefertigten Informationsvermerk Nr. 7/87 „Entwicklungszusammenarbeit mit den Philippinen" heißt es zur aktuellen Lage:„(Der) Wechsel wichtiger Entscheidungsträger (hat) erhebliche Absorptionsprobleme der Verwaltung ausgelöst. Das Ergebnis ist eine relativ hohe Pipeline (nicht abgerufene Mittel, der Verf.) bei der FZ (rd. 160 Mio. DM), auch bei anderen Gebern. Z.Zt. wird gemeinsam von KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Ffm.) und GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) ein ländliches Infrastrukturprojekt auf der Halbinsel Bondoc (südliches Luzon) geprüft. Komponenten: Infrastrukturmaßnahmen (Straßenbau, Wasserversorgung),



„People Power" am Ruder?

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Unterstützung von Selbsthilfegruppen im sozialen und Erziehungsbereich. Voraussichtlicher Umfang: rd. 35 Mio. FZ, 5 Mio. DM TZ. Diese Vorhaben soll auch eine enge Kooperation mit deutschen und philippinischen NGO's einbeziehen (ES 31). Mit positivem Ergebnis wurde die Rehabilitierung des Kraftwerks Sucat geprüft (45 Mio. DM FZ)."

Dagegen lassen sich mehrere kritische Einwände formulieren, von denen hier nur die wichtigsten berücksichtigt werden sollen:

* Ausdrücklich bezieht das BMZ Position für die in Manila wie seinen Gläubigern verfochtene Wirtschaftsstrategie mit all ihren kalkulierten und unkalkulierbaren Konsequenzen. Manila zu ermuntern, auf eine neue landwirtschaftliche Produktpalette für den Export zu setzen, ist von IWF und Weltbank bereits mehrfach „empfohlen" worden, also höchst unoriginell und als Instrument der Krisenbereinigung untauglich. Was mag wohl BMZ-Planer bewogen haben, allen Ernstes im Rahmen der TZ auf den Baumwollanbau zu setzen, der — wie erwähnt — ebenso wie Zucker durch die Importliberalisierung unrentabel bzw. zerstört wurde?!„Unabhängige Wirtschaftsexperten haben errechnet, daß eine grundlegende Reform für mehr als sieben Millionen Landlose und Pachtbauern mehr als drei Milliarden US-Dollar kosten würde. Die Regierung will diese Mittel auf dem Kapitalmarkt borgen oder sich in Form von Kapitalhilfen schenken lassen. Ein deutscher Entwicklungsexperte bezeichnete dieses Ansinnen als unverschämt. „Solange der Großgrundbesitz im Lande nicht bereit ist, einen eigenverantwortlichen Beitrag zu leisten, indem er die Umverteilung des Grund und Bodens entschädigungslos ermöglicht, sollte kein Pfennig aus dem Ausland kommen." (Frankfurter Rundschau vom 22. April 1987).

* Dienten beispielsweise in der Vergangenheit KfW- und FZ-Gelder der zwangswei-

ÖFFENTLICH LEISTUNGEN DER BUNDEREPUBLIK DEUTSCHLAND AN DIE PHILIPPINEN IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT 1950 bis 31.12.1986

	Bewilligungen (Mio. DM)	Auszahlungen (Mio. DM)
Finanzielle Zusammenarbeit	343,600	180,541
Technische Zusammenarbeit	190,930	116,052
Weitere Formen der bilateralen Zusammenarbeit	289,395	245,437
darunter:		
Berufliche Aus- und Fortbildung	13,992	13,515
DSE	15,957	15,414
Carl-Duisberg-Gesellschaft	1,799	1,773
Förderung der Sozialstruktur	31,994	17,525
Förderung der ges.-pol. Bildung	56,268	41,981
Vorhaben der Kirchen	115,239	93,375
Vorhaben privater Träger	0,454	0,429
Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft	3,916	2,472
Förderung der wiss. Forschung	5,608	5,608
Leistungen der Bundesländer	5,221	5,221
Humanitäre Hilfe	7,363	7,363
Kulturfonds des Ausw. Amtes	22,785	22,785
Summe	823,925	542,030

Quelle: Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.): Anlage zum Länderkurzbericht Philippinen vom 01. Februar 1987, Bonn 1987, S. 2-3

sen Umsiedlung städtischer und ländlicher Armer, so soll heute der „Aufstandsbekämpfung" ein finanzielles Standbein verschafft werden. Das Bondoc-Projekt mit dem Hauptakzent von Infrastrukturmaßnahmen hätte in erster Linie den Zweck, der NPA-Guerilla eine Hochburg wegzusprengen. Als Beitrag zur Regionalentwicklung eines ausgesprochen rückständigen Gebiets bedürfte Bondoc zunächst einer Landreform (Aufbrechen des Großgrundbesitzes). Denn Straßen und Brükken allein würden neben der Schaffung besserer Zugangsmöglichkeiten für Militär und Polizei allenfalls reichen Bauern bei der Lösung von Marketing-Problemen ihrer Erzeugnisse helfen. Für die Masse der Pächter und Subsitenzbauern änderte sich dadurch wirtschaftlich nichts. Sozial allerdings würde dann wohl auch hier, wie philippinische Projektmitarbeiter nichtstaatlicher bundesdeutscher Hilfesorganisationen aus anderen Landesteilen berichten, der „gewaltsame Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt", eskalieren.[7]

* Hinter dem Zweizeiler „Dieses Vorhaben soll auch eine enge Kooperation mit deutschen und philippinischen NGO's einbeziehen (ES 31)"[8] verbirgt sich die strategische Grundlinie, die politisch vitale NGO-Szene aufzumischen, möglicherweise gar zu spalten! Dabei greift man entweder auf bereits existierende rechte bis reaktionäre, sich enger Kontakte zu MISEREOR rühmender (jesuitischer) NGOs zurück oder ermuntert den Aufbau neuer sogenannter „People Power-Organisationen". Ihr gemeinsamer Nenner ist im Einklang mit der „People Power" (-Ideologie) der „Kampf gegen Diktatur und Kommunismus", wobei deren interne Organisatonsstrukturen straff hierarchisch ausgerichtet sind und partipizipative, geschweige denn emanzipatorische Elemente ausschließen. Bald dürften sie die zivile Variante der heute landesweit etwa 40 operierenden Todesschwadronen/Vigilanten bilden, die Frau Aquino ja unverblümt als eine „neue Verkörperung der People Power" preist!

* Das Kürzel ES 31 steht für die dem BMZ angegliederte Sonderaufgabe Entwicklungspolitische Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe unter Leitung des Ministerialdirigenten Karl Osner. Als Vorstandmitglied von Justitia et Pax (und mutmaßlicher Opus Dei-Mann im Ministerium?!) stellte Osner im Februar eine Reisegruppe in die Philippinen zusammen, der u.a. Vertreter der katholischen Kirche, des BMZ, Bundestages sowie der GTZ und KfW angehörten. Höhepunkt ihres Philippinen-Besuches war eine Konsultation mit philippinischen NGOs, die ausnahmslos dem konservativen bis reaktionären Lager zuzurechnen sind. Einer deutschen Journalistin und zwei Anthropologen, die während des Treffens kritische Fragen stellten, wurde die Tür gewiesen.[10] Der zuständige BMZ-Länderreferent, Rainer Kraetsch, wurde nach der Rückkehr der Delegation mit neuen Projektanträgen geradezu überschwemmt. Die Pfründen-Jagd ließ also gar nicht lange auf sich warten. Offensichtlich waren es diese in Manila wie anscheinend auch (oder noch?[11]) in Bonn geschätzte „People Power"-NG's, welche die beiden Delagationsmitglieder von der KfW, Dr. Richard Branter und Dr. Stephan Kinnemann, vor Augen hatten, als sie im Entwicklungspolitischen Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes Nr. 8/87 schrieben: „Auf den Philippinen war das Terrain lange Zeit vor allem für die Träger der staatlichen Zusammenarbeit schwierig. Jetzt scheint sich dort unter der neuen Regierung eine Änderung anzubahnen. Damit sind gute Voraussetzungen für eine bessere Wirksamkeit der Zusammenarbeit gegeben. Für staatliche Träger der deutschen Entwicklungszusammenarbeit könnten sich dabei die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen mit ihrem guten Zugang zur Bevölkerung als hilfreiche Partner bei dem Versuch erweisen, eine stärkere Einbeziehung des Selbsthilfeansatzes zu erreichen."[12]

Rainer Werning



Anmerkungen

1. U.a. bemüht sich neben dem „Einkauf" in die in DBP befindliche „Assiociated Bank", „United Bank of the Philippines" und „Republic Planters Bank" durch Finanzgruppen aus Hongkong, Singapur und Großbritannien die „First National Bank of Boston" um anteilige Übernahme der vom regierungseigenen „Government Service Insurance System" (GSIS) kontrollierten „Commercial Bank of Manila", wobei die amerikanische Bank etwa 30 Mio. US-Dollar im Rahmen des — weiter unten erläuterten — „Equity Swapping" zeichnen würde. — siehe auch: „Far EAstern Economic Review" (Hongkong) vom 7.5.87, S. 81-3.
2. Diese Verordnung trat dann im darauffliegenden Monat (August 1986) in Kraft. — Vgl. auch: Letizia R. Constantino, „Debt-to-Equity, Privatization and Import Liberalization", Teacher Assistance Program: Education Forum, Quezon City (15.10.-15.11.) 1986, 21 S.
3. „Nachrichten für Außenhandel" vom 3.11.86, Bundesstelle für Außenhandelsinformation / Köln.—
4. vergl. „Blätter des Iz3W", Nr. 137, Nov. 1986, S.41 ff
5. Der Libor (London Interbank Offered Rate)-Satz gilt unter den Banken als gängiger Zins, den Schuldnerländer zuzüglich eines mehr oder minder großen Aufschlags für ihre Kredite zu zahlen haben. Von 18,5 % Mitte 1981 fiel beispielsweise der unter Banken übliche Zins für Halbjahres-Dollarkredite Ende 1986 auf rund 6%.
6. Bereits Ende Januar war zwischen dem Pariser Klub und Manila eine Einigung über den Zahlungsaufschub der vom 1.1.87 bis zum 30.6.88 anfallenden Rückzahlungs- und Zinsfälligkeiten im Umfang von 600 Mio. Dollar erzielt worden. Auf der Basis des mit dem IWF geschlossenen Standby-Vertrages, der dem Wirtschaftsprogramm Manilas die IWF-Unterstützung zusichert, empfahl der Klub den Regierungen der Gläubigerstaaten, im genannten Zeitabschnitt von 18 Monaten 100% der Rückzahlungs- und 70% der Zinsfälligkeiten (= 600 Mio. dollar) umzuschulden. die Zahlungen sollten zunächst aufgeschoben und nach einer Freiperiode von 5 Jahren in 10 gleichen Halbjahresraten vom 1.4.93 bis 1.10.97 fällig werden. Finanzminister Ongpin hatte — kurz vor dem Verfassungsreferendum und wohl als Appeasement seiner Kritikerschar zuhause gedacht — erst auf einer Rückzahlperiode von 20 Jahren gedrängt, wobei er für die Kapitaltilgung und 60% der Zinsen auf eine Freiperiode von 7 Jahren bestand. Vergl. u.a.: „Neue Züricher Zeitung" v. 21., 21. und 26.1.87 und Frankfurter Rundschau" v. 24.1., 24.4. und 22.4.87.
7. „Pressemitteilung Nr. 8/87" vom 6.8.87, Terre des Hommes Deutschland e.V., Osnabrück, S. 3 und Anhang.
Erfahrungen dieser Art lieferten u.a. das mit Weltbank-Finanzierungen vorgesehene Chico-Staudammprojekt in der nördlichen Cordillera-Region sowie das einstweilen ebenfalls gestoppte Nord-Samar Integrierte ländliche Entwicklungs-Programm im Osten des Archipels. Hierbei handelt es sich um das größte Einzelprojekt der australischen Regierung in Übersee.
Siehe dazu: R. Werning, „Berstender Bambus — Befreiungskampf und Gesundheitswesen uf den Philippinen", hrsg. von medico international e.V. Ffm. 1986, S. 155 ff.
8. BMZ-Informationsvermerk Nr. 7/87, „Entwicklungszusammenarbeit mit den Philippinen — Informationsvermerk für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche ZUsammenarbeit". Bonn (26.5.) 1987, S. 2/3.
9. „Who's afraid of the vigilantes?", „Philippine Human Rigths Update" (International Edition) Vol. 2, No 6, Quezon City (May 15 - June 14) 1987, 24 S. — Hrsg. wird die Zeitschrift von der angesehenen katholischen Menschenrechtsorganisation „Task Force Detainees of the Philippines" (TFDP). — Für den rechtslastigen US- „think tank" „Heritage Foundation" ist sie schlicht eine „kommunistische Tarnorganisation" — siehe: Richard D. Fisher, „The International Anti Aquino Network: Threat to Philippines Democracy". The Heritage Foundation, Asian Studies Center Backgrounder No. 61, Washington, D.C. (4.5.) 1987, S. 2/3.
10. Eingene Informationen.
11. In einem Gespräch mit dem Autor (20.6.87) „versicherte" Herr Köhler künftig mit wachem Auge die ES 31 und ihre Aktivitäten in den Philippinen zu verfolgen" — was immer das in der Konsequenz heißen mag.
12. „epd-Entwicklungspolitik" Nr. 8/87, S. 12, Ffm. (april) 1987. — Brantner ist Vorstandsmiglied der KfW und Sprecher des Vorstandes für den Entwicklungsbereich. Kinnemann ist Leiter der Arbeitseinheit „Koordinierung Grundsatzfragen der Entwicklungshilfe" bei der KfW.

Olympialand im Sommer 87

Volkszorn gegen Militärdiktatur

Wieder einmal bedurfte es erst spektakulärer Ereignisse, ehe 18 Monate nach dem Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand E. Marcos die Region Ostasien neuerlich ins öffentliche Bewußtsein rückte. Südkorea, dieser „fernöstliche Frontstaat gegen den Kommunismus" — so US-Präsident Reagan anläßlich seines Besuchs im Spätherbst 1983 — durchlebte in den vergangenen drei Monaten die mächtigsten Protestkundgebungen, Demonstrationen und Streiks in seiner 39jährigen Geschichte.
Allein am 9. Juli säumten 1 bis 2 Millionen Bewohner der 10-Millionen-Metropole Seoul die Straßen der Hauptstadt, um dem einen Monat zuvor von einer Tränengasgranate tödlich am Kopf getroffenen Studenten Lee Han Yol das letzte Geleit zu geben. Abermals demonstrierte das Militärregime des Präsidenten Chun Doo Hwan Härte. Der zu Ehren Lees organisierte Trauerzug, kurzerhand als „demokratisches Volksbegräbnis" deklariert, entartete in seiner Endphase durch den massiven Einsatz staatlicher „Ordnungshüter" zu einer Knüppelorgie. Mehrere Personen wurden verletzt und Hunderte von Passanten mit Tränen- und stark ätzendem CS-Gas „abgesprüht".
Nach Vergabe der Olympischen Spiele an Seoul 1981 war das Regime eifrig bemüht, der Welt ein politisch stabiles und sozial harmonisches Wirtschaftswunderland zu präsentieren. Doch es kam ganz anders: Im Internationalen Olympischen Komitee wurden angesichts der Krise Zweifel am Olypiaort Seoul laut. Los Angeles und Berlin brachten sich als Alternativen ins Gespräch. Selbst hartgesottenen Sportideologen war klargeworden, daß Politik und Sport sich nicht gänzlich trennen lassen.
Südkorea ein Jahr vor der Olympiade — (k)ein Land für friedliche Spiele also?

Frühjahr '86 — Herbst '86 — Sommer '87: Diese Daten markieren in Südkoreas jüngster Geschichte wichtige politische Veränderungen. Bis 1985 hatte eine hoffnungslos auseinanderdividierte Opposition dem Chun-Regime leichtes Spiel verschafft. 1986 wurde hauptsächlich die parlamentarische Opposition immer stärker. 1987 folgte die Isolierung des Regimes, das sich neben



dem politisierten Bürgertum jetzt auch einem im antidiktatorischen Kampf erstmals vereinten parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand gegenüber sieht.

„People Power" formiert sich

Die im Februar 1985 abgehaltenen Wahlen zur Nationalversammlung boten nach langer Zeit wieder ein „offizielles" Forum, um den in der Bevölkerung tiefverwurzelten Wünschen nach Demokratie, Unabhängigkeit und Wiedervereinigung — Minju, Jaju, Tong Il — Ausdruck zu verleihen. Der nur wenige Wochen zuvor gegründeten Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP) gelang ein überzeugender Durchbruch. Unterstützt von den beiden Galionsfiguren der Opposition, Kim Dae Jung und Kim Young Sam, errang die NKDP nahezu ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Die NKDP hätte sich noch vor der DJP (35,3% der Wählerstimmen) plazieren können, wenn diese nicht durch den Sitzverteilungsschlüssel begünstigt worden wäre und es keine Wahlmanipulationen gegeben hätte.
Diese Schlappe Chuns nutzte die NKDP, indem sie sich für eine Verfassungsänderung stark machte und zu diesem Zweck im Februar 1986 eine Unterschriftenaktion startete. Da der Präsident, so die Kritik, durch ein von ihm politisch höriges Wahlmännergremium ernannt wird, sei er gegen demokratische Kontrollen immun. Das erst ermögliche ihm ein „eisernes Regiment", ohne jegliche Legitimation durch das Volk. Noch verstand es Chun, der gemäßigt bis konservative Positionen vertretenden NKDP durch die Einsetzung einer parlamentarischen Sonderkommission für eine Verfassungsänderung den Wind aus den Segeln zu nehmen und ein mögliches Zusammengehen zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition in diesem Punkte zu vereiteln. Offensichtlich war dieses Nachgeben eine Reaktion auf Stimmen in Washington, die, in dieser Verfassungsdiskussion, eine antiamerikanische Haltung mit unkalkulierbaren Risiken zu erkennen glaubten.
Als nächstes versuchte die Regierung die außerparlamentarische Opposition, die seit 1982 durch Brandanschläge und Besetzungen von amerikanischen Informationszentren und Kultureinrichtungen auf sich aufmerksam gemacht hatte, weitestgehend auszuschalten. Vor und während der X. Asienspiele (Herbst 1986) wurden in beispiellosen Großrazzien „vorsorglich" über 260 000 (!) „potentielle Unruhestifter" vorübergehend festgenommen. Doch aus Chuns beabsichtigter Imagepflege war ein Flop geworden: Allgegenwärtige Geheimdienstleute und Uniformierte hinterließen selbst bei zunächst wohlgesonnenen ausländischen Journalisten das Gefühl von Bespitzelung und Gewalt. Eine 1 000 Mann starke Spezialeinheit sollte fortan sicherstellen, daß „aufrührerisches Gedankengut die nationale Sicherheit nicht beeinträchtigt".

Als Ende Oktober 1986 8 000 Elitesoldaten der Anti Terrorist Task Force die Konguk Universität in Seoul stürmten und über 1 500 Student(inn)en festnahmen, waren das, wie die „Süddeutsche Zeitung" hervorhob, „selbst für die häufig mit studentischen Aktivisten befaßte Justiz Rekordzahlen". Mit dem Verbot der 14 freien Gewerkschaften am 7. November setzte das Regime sein Kesseltreiben fort. Tags darauf erhielten die Mintongryon[1], die Union der Jugendverbände Koreas und das Gedenkhaus an Chon Tae Il — benannt nach dem Begründer der neuen Arbeiterbewegung — die schriftliche Aufforderung, sich binnen 48 Stunden aufzulösen bzw. ihre Aktivitäten einzustellen. Ebenso verfuhr man mit dem Menschenrechtskomitee des Nationalen Christlichen Kirchenrates Koreas (NCCK). Reverend Moon Ik Hwan, einer der eloquentesten Wortführer der Mintongryon, wurde erneut zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt[2].

Diese Maßnahmen erfolgten innerhalb einer „Kampagne gegen prokommunistische Elemente", die sich gegen insgesamt 10 000 Menschen und 30 Organisationen gerichtet hatte. „Die linksgerichteten Kräfte in unserer Gesellschaft", hatte die Seouler Tageszeitung Choson-Ilbo auf ihrer Titelseite vom 21. Oktober einen Regierungsbeamten zitiert, „gilt es bis zur Wurzel auszurotten". Eine staatliche Aufforderung zur Liquidierung also?

So abwegig war das nicht. Die „Affäre Park Chong Chul" brachte im Januar 1987 eine besonders von der außerparlamentarischen Opposition schon immer heftig attackierte Praxis staatlichen Terrors ins Bewußtsein — Folter. Um dem inhaftierten Studenten Park „Geständnisbeihilfe" zu leisten, hatten die Schergen der berüchtigten Antikommunistischen Geheimpolizei ihn der sog. „Wasserkur" unterzogen und ertränkt. Der 21jährige Park war einer der ca. 3 000 politischen Gefangenen (hauptsächlich Arbeiter und Studenten), von denen viele im Vorjahr festgenommen worden waren, einige jedoch seit den 70er Jahren einsitzen. In den allermeisten Fällen hatte das Regime als Haftgrund Verstöße gegen das Nationale Sicherheits-Gesetz vorgeschoben, eines der zentralen juristischen Machtmittel, mit denen es sich auf der Grundlage seiner stramm antikommunistischen Staatsdoktrin gegen seine Kritiker abschottet(e). Innenminister Kim Jong Ho, zwei hochrangige Polizeioffiziere sowie der Chef des Anti Communism Bureau mußten demissionieren.
Parks Tod folgte ein nationaler Aufschrei. Nicht genug, daß südkoreanische Soldaten die Stadt Kwangju[3] kurz und klein geschossen hatten. Nunmehr war für jedermann offenkundig, daß der Staatsapparat nicht die Bevölkerung gegen das vermeintliche „Bollwerk des Terrorismus" — Nordkorea — schützte, sondern der Herrschaftssicherung diente. Über Nacht wurde Park, stellvertretend für etliche ähnliche „Fälle", zum Symbol der Geschundenen und Unterdrückten, zur Symbolfigur des antidiktatorischen Widerstandes, der Zulauf aus allen Schichten hatte.

Dieser Widerstand erfuhr einen Gesichts- und Generationswechsel. Das städtische Bürgertum, lange eine der verläßlichsten Stützen der Machthaber, ging auf die Barrikaden. Professoren, Studenten, Arbeiter, Angestellte, Geschäftsleute, Bankiers sowie die Angehörigen, Väter und Mütter der Erschossenen und Gefolterten klagten auf der Straße die Herstellung demokratischer Verhältnisse ein.
Während ein lähmendes Personen- und Führungsgerangel die NKDP auseinanderbrechen ließ und die Parteimehrheit



Friedhof in Kwangju (Mai 87): Angehörige der im Mai 1980 Ermordeten stechen auf Strohpuppen der Machthaber ein.



Demonstration in Pusan (Sommer 87)

kurz vor ihrer Neukonstituierung als Partei für Wiedervereinigung und Demokratie (RDP) stand, erklärte am 13. April 1986 Chun kurzerhand die Verfassungsdebatte für beendet. Sie sei, so begründete er seinen Schritt, „schädlich und (laufe) den nationalen Sicherheitsbelangen zuwider". Erst nach den Olympischen Spielen solle sie wieder aufgegriffen werden. Am 10. Juni schließlich bestimmte der Präsident seinen Generalskumpanen Roh Tae Woo zu seinem Nachfolger. Der Wechsel soll im Februar 1988, nach Ablauf dieser Amtsperiode, vollzogen werden.

Der 54jährige Bauernsohn Roh hatte einst gemeinsam mit Chun die Bank in der Koreanischen Militärakademie gedrückt. Beide verbindet eine langjährige Freundschaft, so hat Roh entscheidende militärische Hilfe bei der Etablierung der Macht 1979/80 geleistet. Im Sommer 1981 gab dann der Vier-Sterne-General Roh seinen Armeeposten auf, um buchstäblich immer höher gelobt zu werden. Stationen seiner Karriere: Chef der Inneren Sicherheit, verantwortlicher Koordinator der Olympischen Spiele, DJP-Vorsitzender und seit dem 8. August auch deren Präsident und Kandidat seiner Partei für das Amt des Staatsoberhauptes.

Das Manöver, auf Dauer ein „Chun-Regime ohne Chun" zu installieren, verstärkte den Unmut der Bevölkerung. Eine im Auftrag des Regimes von der Tageszeitung Kyunghyang Shinmum durchgeführte — doch nie veröffentlichte — Meinungsumfrage hatte zu einem für Chun niederschmetternden Resultat geführt. Danach waren 65,2% der Befragten „unzufrieden" bzw. „sehr unzufrieden" mit der Regierung. Nur 21,7% gaben an, mit ihr „zufrieden" zu sein! Dies erklärt, warum es nach dem 10. Juni zu der bis heute andauernden Protest-, Demonstrations- und Streikwelle gekommen ist. Das Begräbnis für Lee Han Yol am 9. Juli bildete den Auftakt dazu, es war die bislang größte regimekritische Manifestation in der Geschichte der Republik Korea. Der Chef der Nationapolizei, Kwon Pok Kyong, erklärte Ende Juni, daß allein zwischen dem 10. und 26. Juni landesweit 351 200 Tränengasgranaten abgefeuert und 17 244 Demonstranten (vorübergehend) festgenommen worden seien. Die Stärke der „Peoples Power"-Bewegung ist nicht zuletzt auf die im antidiktatorischen Kampf gewonnene Gemeinsamkeit von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition zurückzuführen.
Die Gründung der Nationalen Koalition für eine demokratische Verfassung (NCDC) im Mai führte zu einer neuen politischen Qualität des Widerstandes. Zu den etwa 2 000 Gründungsmitgliedern der NCDC zählten Repräsentanten nahezu sämtlicher Kirchen, von Frauen-, Arbeiter- und Bauernverbänden, Mitglieder von Organisationen der städtischen Armen sowie Kulturschaffende, Rechtsanwälte, Professoren und Geschäftsleute, die gleichermaßen enge Kontakte zur parlamentarischen (vorrangig zur RDP) wie außerparlamentarischen Opposition unterhalten. Die Studenten(gruppen), bedeutsamer Teil des außerparlamentarischen Widerstandsspektrums, sind zumindest in der Hauptstadt nicht offiziell Mitglied der NCDC, unterstütz(t)en und beteilig(t)en sich dennoch an deren Aktionen[4]. Innerhalb der Studentenschaft, so war in Gesprächen zu erfahren, diskutiere und analysiere man noch die Ereignisse der letzten Wochen und bemühe sich um eine gemeinsame Strategie.

Gegenüber dem Autor äußerten sich führende NCDC-Vertreter in Seoul und Pusan zu Stärken und Schwächen ihrer Organisation. Als positiv wurde hervorgehoben, daß die NCDC zum einen dazu beigetragen habe, die politische Isolierung

der Studenten zu überwinden, zum anderen Möglichkeiten schaffe, mit politischen Mitteln den Sturz der Diktatur herbeizuführen; ein Vorgehen, das allgemeine Zustimmung finde. Dadurch sei über die Verzahnung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Widerstand hinaus eine Verknüpfung „weitergefaßter radikaler Optionen" mit Forderungen der Mittelschichten nach Herstellung demokratischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten erbracht worden. Als vermeintliche Schwachstellen der NCDC führten sie die politisch-ideologischen Unterschiede innerhalb dieser Koalition an, die sich an den differierenden Zielvorstellungen einer künftigen alternativen Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik zeigten, sowie die noch zu lockere Organisationsstruktur. Diese solle aber durch verstärkte Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene verbessert werden. Mittelfristig gelte es, so ihr Fazit, die NCDC von einer „symbolischen in eine nationale politische Kraft" umzuwandeln, die als „pressure group" auch gegen mögliche „Verselbständigungstendenzen" der RDP fungieren will.

Die Haltung gegenüber den beiden Kims ist im Moment eindeutig: Beide sind zu unterstützen, obgleich darauf gedrängt wird, daß nur einer von ihnen als Oppositionskandidat bei den noch Ende dieses Jahres vorgesehenen Präsidentschaftswahlen antritt. Trotz größerer Sympathien für den seit Beginn der 70er Jahre durch Inhaftierung, Exil und Hausarrest faktisch kaltgestellten Kim Dae Jung dürfte aus rein taktischem Kalkül Kim Young Sam der Vorzug gegeben werden. Kim Dae Jung, so ist immer wieder in Gesprächen zu hören, sei von der Regimepropaganda systematisch als „kommunistenfreundlich, amerikafeindlich, unkalkulierbar" abqualifiziert und zum „Drahtzieher des Kwangju-Aufstands" hochstilisiert worden. Um sich deshalb nicht unnötig Blößen zu geben, sei augenblicklich auch in den Reihen der NCDC eine Favorisierung Kim Young Sams denkbar.

Rohs „Acht-Punkte-Erklärung" — Genialer Schachzug oder der Anfang vom Ende der Militärdiktatur?

Auf dem Höhepunkt der Juni-Unruhen inszenierte der zwischenzeitlich von Chun zu dessen Nachfolger ernannte Roh Tae Woo einen Coup, der ihm selbst in den internationalen Medien zur ungeahnten Publizität verhalf. Endlich, so der Tenor der Berichterstattung, habe Seoul Einsicht und Mut bewiesen, um durch den eingeschlagenen „Demokratisierungs- und Liberalisierungskurs" dem „Wirtschafswunder am Han-Fluß" nunmehr auch ein „politisches Wunder" folgen zu lassen. Schlagartig avancierte Roh Tae Woo zum Mann der Stunde. Hätte er seine „Acht-Punkte-Erklärung" lediglich als Public Relations-Show angelegt — brillanter wäre sie kaum machbar gewesen. Der in Seoul über Nacht zum „Helden" und „Retter von Volk und Nation" hochgejubelte Roh hatte nichts anderes getan, als sämtliche zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition fast buchstabengetreu abzukupfern und sie schlankweg als programmatische Eckpunkte der neuen Reformpolitik **seiner** Regierung auszugeben!

Eine „Wende von oben" also? Sicherlich sollte der wachsende Druck auf das Regime abgefedert werden. Für einen Augenblick schien dieser unerwartete Schritt selbst Teile der Opposition in lähmende Überraschung zu versetzen. „Einige von uns", gestanden Aktivisten von Bürgerrechtsgruppen in Seoul offenherzig ein, „fühlten sich am Abend des 29. Juni (dem Tag der Erklärung Rohs; Anm. d. Autors) wie vom Schlag getroffen. Leute weinten. Sie mußten miterleben, daß ein jahrelanger Kampf für Demokratie und gegen Diktatur nun von einem Vertreter eben dieser Diktatur in sein persönliches Verdienst umgebogen werden sollte. Das war äußerst schmerzhaft."
Vor Monaten noch wäre eine Erklärung wie Rohs „Acht Punkte" wahrscheinlich auf Anerkennung gestoßen und als seriöse Geste der Machthaber ausgelegt worden.



Im Sommer 1987 aber bedeutete ein solcher Schritt ein von der Mehrheit der Bevölkerung erzwungenes Einlenken. „Der 'Juni-Boom', vor allem Rohs Erklärung", so brachte es Imm Chai Kyung, einst Leitartikler und politischer Kommentator einer großen Seouler Tageszeitung und heute stellvertretender Vorsitzender des in oppositionellen Kreisen angesehenen, quasilegalen Rates für eine demokratische Pressebewegung (CDPM), in einem Interview Mitte Juli auf den Punkt, „zeigte dreierlei: 1. Die Gesellschaft ist polarisierter denn je. Das ist Ausdruck der verfehlten

Die „Acht-Punkte-Erklärung" von Roh Tae Woo

Erstens: Eine Verfassungsänderung für Direktwahlen des nächsten Präsidenten Südkoreas. Präsidentschaftswahlen sollen gemäß der neuen Verfassung stattfinden, um damit einen friedlichen Machtwechsel nach dem Rücktritt von Präsident Chun Doo Hwan im Februar zu gewährleisten;

Zweitens: Eine Veränderung der geltenden Wahlgesetze, um damit „Freiheit zur Kandidatur" und fairen Wettbewerb zu garantieren.

Drittens: Die Amnestie und Wiederherstellung der Bürgerechte für Kim Dao Jung und die Freilassung aller im Zusammenhang „mit der gegenwärtigen politischen Situation " verhafteten Personen. Dabei sollen nur jene ausgenommen werden, die die „freie und demokratische Ordnung nicht anerkennen".

Viertens: Die Förderung und den maximalen Schutz der Grundrechte. Die Regierung müsse dabei alles tun, um eine Verletzung der Menschrechte zu verhindern.

Fünftens: Eine umfassende Veränderung oder die Abschaffung der geltenden Pressegesetze, um damit vollständige Pressefreiheit zu garantieren.

Sechstens: Die Wahl von Gemeinderäten, der später auch freie Wahlen auf städtischer und Provinzebene folgen sollen, und die Autonomie von Hochschulen und Universitäten.

Siebtens: Den staatlichen Schutz für politische Parteien, solange sie sich „vernünftig" politisch betätigen.

Achtens: Durchgreifende soziale Reformen, um damit die Kriminalität und tief verwurzelte Korruption, grundlose Gerüchte, regionale Rivalität und „Schwarz-weiß-Denken" auszumerzen und eine saubere und ehrliche Gesellschaft möglich zu machen.

(Aus: Frankfurter Rundschau, 30.6.87)



Politik eines Regimes, das derzeit seine tiefste Krise durchläuft. 2. Nicht Chun, Roh oder die regierende DJP waren im Juni die strahlenden Sieger. Es war das Volk, das mit vereinten Kräften dem Regime die Stirn bot und ihm Zugeständnisse abtrotzte. 3. Die Energie des Volkes ist groß. Durch die Juni-Ereignisse dürfte ein wohl unumkehrbarer Prozeß der demokratischen Umgestaltung unseres Landes eingesetzt haben — vorausgesetzt, die Opposition hält in dieser brisanten Zeit des Aufbruchs die Reihen geschlossen." „Persönlich glaube ich", so Imm, „daß es uns gelingt, bis zu den Olympischen Spielen demokratische Rechte und bürgerliche Freiheiten zu erkämpfen. Für die Zeit danach bin ich skeptisch."

Washington geht gegenüber Seoul auf Distanz
Interner Machtkampf — Externes Krisenmanagement

Rohs „Acht-Punkte-Erklärung" ist über den Befriedungs-Aspekt hinaus Ausdruck eines erbitterten internen Machtkampfes und stellt gleichzeitig die aufgeklärte Variante amerikanischen Krisenmanagements dar.
Gaston Sigur, stellvertretender US-Außenminister für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, erklärte am 25. Juni 1987 der Presse: „Unsere Haltung ist kristallklar. Wir sind gegen die Verhängung des Kriegsrechts oder den wie immer gearteten Einsatz der Streitkräfte **in dieser Situation**."[5] Ähnlich äußerte sich kurz darauf Reagans Sonderbeauftragter für Asiatische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat, James A. Kelly[6]. Zwischen dem Weißen Haus und State Department gibt es folglich einen Konsens über die Demontage Chuns. Diese Äußerungen bedeuten gegenüber einem Staatspräsidenten, der Wochen zuvor immer wieder mit dem Kriegsrecht gedroht hatte, sollte „der Protest zu weit gehen", weit mehr als eine diplomatisch verklausulierte Kritik. Noch während seines Aufenthalts hatte Sigur erklärt: „Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als stünde ich oder unsere Regierung hinter einer bestimmten Sache. Aber was gegenwärtig passiert, findet unsere volle Unterstützung (womit implizit Rohs Erklärung gemeint war; Anm. d. Autors). Wir möchten uns nur nicht im Mittelpunkt des koreanischen politischen Prozesses bewegen. Sie (die Seouler Regierung; Anm. d. Autors) muß die Einzelheiten selbst ausarbeiten." Doch wenige Stunden zuvor hatte er mit seiner Erklärung — „Chun werde sich des Demokratisierungskurses Rohs sicherlich beugen" — die Katze aus dem Sack gelassen.

Der Präsident war zu einer politischen Hypothek geworden, die es aus der Schußlinie zu nehmen und zu einem möglichst schnellen geordneten Abgang zu bewegen galt. Ansonsten würde den Amerikanern ein weiterer Gesichtsverlust, sowie außen- und sicherheitspolitische Probleme drohen.

Diese Position bekräftigen dann die Sprecher des Weißen Hauses und des State Department, Marlin Fitzwater und Charles Redman, im Namen ihrer jeweiligen Chefs. Ein Rückfall hinter Rohs Erklärung, unterstrichen sie übereinstimmend, sei „undenkbar", da sie „einen sehr positiven und weitsichtigen Schritt (darstellt) und die notwendige Offenheit für Koreas Reformkurs (erkennen läßt)."
Anfang Juli schließlich erklärte Sigur vor dem Unterausschuß für Asiatische und Pazifische Angelegenheiten des Auswärtigen Komitees im amerikanischen Repräsentantenhaus, „wir sehen keinerlei Anzeichen dafür, daß es innerhalb des südkoranischen Militärs zu einem Coup kommt."

Bemerkenswert sind diese Entwicklungen, weil bis zum Herbst 1986 in der US-Administration (namentlich im Weißen Haus, Pentagon und State Department) eine konsistente Korea-Politik praktiziert wurde, die, auf eine Kurzformel gebracht, davon ausging, das herrschende Regime auf Dauer mit allen Mitteln zu stützen und sich hinter Chuns DJP zu stellen. Dies erklärt, warum ein bereits 1984 vom Sekretariat des Blauen Hauses, dem Amtssitz des südkoreanischen Präsidenten, verfaßtes Geheimpapier in einem 4-Phasen-Plan den Machterhalt der DJP bis zum Jahre 2000 anvisieren konnte. Außenminister George Shultz bekräftigte diese Position während seiner Seoul-Besuche im Frühjahr 1986 und März 1987, als er es nicht einmal für nötig hielt, mit moderaten Oppositionellen aus dem bürgerlichen Lager zu konferieren. Durch derartige amerikanische Rückendeckung gestärkt, erklärte dann Chun, sein Nachfolger werde im Dezember durch das (faktisch ihm und der Regierungspartei ergebene) 5 300 Mitglieder starke Wahlmännergremium bestallt.
Sigur hingegen hatte schon während einer Rede am 6. Februar gefordert, daß Seoul zu „einem offeneren und legitimen politischen System" finden solle — nicht zuletzt um zu vermeiden, daß Südkorea während der Olympischen Spiele als „begossener Pudel" dasteht, der, anstatt das Ideal der Völkerverständigung durch Sport „hinauszubellen", als militärischer Kettenhund vor aller Augen mit den Zähnen fletscht.
Wie erklärt sich dieser Meinungswechsel in Washington? Warum wurde im Sommer 1987 mit Chun ein so enger Verbündeter demontiert?[7]

Zwei eng miteinander verwobene Faktoren könnten den Ausschlag dafür gegeben haben:
1. Innerhalb des State Department gewannen spätestens mit den „Philippinen-Ereignissen" jene Kräfte — man könnte sie die „aufgeklärten Krisenmanager" nennen — die Oberhand, die der Ansicht sind, das kompromißlose Stützen verbündeter Diktatoren müsse sich letztendlich für die USA politisch, ökonomisch, militärisch und psychologisch als kontraproduktiv erweisen. Mit Recht verweisen sie auf Vietnam, Iran und Nicaragua.
2. Diese Kräfte genießen außerdem den Vorteil, als (zumindest ehemalige Kontakt-) Männer des Geheimdienstes innerhalb der CIA geschätzt zu werden. Unter diesen befinden sich, neben dem seit dem Zweiten Weltkrieg aktiven Sigur, der seit Oktober 1986 in Seoul akkreditierte US-Botschafter Lilley und der Chef der Korea-Abteilung im State Department, Blackmore. Diese Verbindung von State Department und CIA ist **eine** entscheidende Voraussetzung dafür (im Falle der Philippinen läßt sich das geradezu „klassisch" nachweisen), mit dem Pentagon eine Interessenidentität herzustellen, der sich dann das Weiße Haus schwerlich entziehen kann.
Im Gegensatz zu seinem Vorgänger pflegt Botschafter James Lilley intensive Kontakte zu allen namhaften Persönlichkeiten des politisch gemäßigten und bürgerlichen Oppositionsspektrums, die gar — wie Kim Young Sam, Kim Dae Jung und Stephen Kardinal Kim Sou Hwan — in Lilleys Residenz eingeladen werden! Bleibt vorläufig eine Unbekannte: Wird nunmehr auch der seit Anfang Juli nach Seoul beorderte

neue Oberkommandeur des ROK-U.S. Combined Forces Command (CFC)[8], General Luis Menetrey, in diesem Sinne initiativ, um über Roh hinaus „Reformkräften" innerhalb des südkoreanischen Militärs eine politische Perspektive zu eröffnen?
Bei all diesen Entwicklungen war Chung gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Seine Drohungen, notfalls das Kriegsrecht zu verhängen und das Militär zur „Eindämmung von Unruhen", möglicherweise gar zum Ausschalten potentieller Rivalen innerhalb des Herrschaftszentrums einzusetzen, wurden durch das CFC, Sigurs politisch-diplomatische Offensive und durch angedrohte Wirtschaftssanktionen vereitelt. Für Roh ergab sich erstmals die Notwendigkeit, trotz langjähriger Freundschaft zu Chun, aus Überlebensgründen auf Distanz zu gehen. Kritische Journalisten in Seoul wiesen in Gesprächen darauf hin, daß Roh gerade seit dem Frühjahr des öfteren durch die Blume zu erkennen gab, er verleugne seine Hilfestellung für Chun nicht, doch habe er selbst nichts mit dem Kwangju-Massaker zu tun. Im Mai schließlich verschwand mit Geheimdienstchef Chang Se Dong ein bis zum Schluß auf Chun eingeschworener Hardliner, der dem Präsidenten während ihrer gemeinsamen Zeit in Vietnam als Leutnant gedient hatte[9].
Eine neuerliche Kabinettsumbildung im Juli brachte außer farblosen Gestalten nur mit Chung Ho Yong, dem Nachfolger von Verteidigungsminister Lee Ki Baek, einen — wie Roh — weiteren führenden Vertreter der militärintern sog. Kyungbuk-Fraktion (10) ins engere Herrschaftszentrum. Sollte sich diese Fraktion mit den politisch ehrgeizigen „Reform"-Elementen (vorrangig) des 17. Jahrgangs der Koreanischen Militärakademie verbünden, welche die Korruption auf höchsten Entscheidungsebenen als „unmoralisch" verdammen und darin eine „gefährliche Lähmung der Truppe" sehen, so würde das Regime einen hausinternen Reinigungsprozeß durchlaufen. Ob sich aus den, dadurch nicht angegriffenen, engen Banden zwischen „reformierten Militärs", „liberalen Zivilisten" und den **Chaeol**[11] mittelfristig politisches Kapital schlagen läßt, ist im Augenblick nicht absehbar.

Aufbruch — Umbruch — Durchbruch?

Bei Redaktionsschluß streikten landesweit etwa 1 500 Betriebe. Dem „Wirtschaftswunder am Han-Fluß", sowie dem „politischen Reformkurs" Rohs sind damit Grenzen gesetzt worden. Jahrelang wurden in Südkorea die weltwelt längsten Arbeitszeiten, Militär- und Polizeiterror, repressive Arbeitsgesetze, Zerstörung unabhängiger Gewerkschaften, hohe Unfallraten und niedrige Löhne als notwendige, doch zeitlich begrenzte Begleiterscheinungen einer „industriellen Entwicklung" aufgefaßt, die nur von wenigen Wirtschafts- und Finanzexperten wegen ihrer starken Exportorientierung, gefährlichen Unterkapitalisierung und bei Schwankungen auf dem Weltmarkt extremen Krisenanfälligkeit kritisiert wurde.
Noch am 5. Juli erklärten Mitarbeiter der Bürgerrechtsbewegung Ulsan Hyub in der nahe Pusan gelegenen Industriestadt Ulsan gegenüber dem Verfasser, die Arbeiterbewegung sei hier, wo der „Chaebol" Hyundai u.a. Autos und Schiffe fertigt, relativ schwach entwickelt und gewerkschaftliches Arbeiten durch gezielte Einschüchterungen und landesweit überdurchschnittlich gute Bezahlung erschwert. Doch auch hier legten im August 24 000 Beschäftigte ihre Arbeit nieder! Plötzlich also schien sich die Ökonomie an der Politik zu rächen. „Südkorea", lautete die Überschrift eines Artikels in der „International Herald Tribune", „bezahlt nun für seine gegen die Arbeiter gerichtete Politik" und zeigte auf der Titelseite derselben Ausgabe das Foto eines Polizisten, der einen bereits am Boden kauernden Behinderten mit dessen Krückstock verdrischt.

Fürchtete das Regime schon das Zusammengehen von Studenten und Mittelschicht, so ist jetzt eine darüber hinausgehende — für die Machthaber ebenso brisante wie beängstigende — Allianz zwischen Arbeitern und Studenten zustande gekommen. Im Grunde genommen erstaunt das nicht: unter den Arbeitern stieß der studentische Protest auf wachsende Sympathie, richtete er sich doch auch gegen die „Love the Company"-Schlägerbanden, die aufmuckende Arbeiter entweder krankenhausreif schlagen oder sie buchstäblich in die regimetreue „Federation of Korean Trade Unions" hinein prügeln. Für die gemeinsamen Kampfziele aber hatten mehrheitlich die Studenten den Kopf hingehalten. Was erstaunte, war jedoch die Militanz der Streiks.
Hervorzuheben ist, daß diese Streiks von lokalen und regionalen (hauptsächlich im Untergrund agierenden) Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen begonnen, später von der NCDC unterstützt und schließlich zu einem landesweit zentralen Kristallisationspunkt nationalen Widerstands wurden. Die Arbeiter und Studenten haben mit den jüngsten Streiks unterstrichen, daß sie imstande und willens sind, über politische Reformen hinaus für soziale und ökonomische Strukturveränderungen auf die Straße zu gehen. Dadurch ist nicht nur die Regierung, sondern auch die parlamentarische Opposition in Zugzwang geraten. Denn dazu fehlt auch den beiden Kims eine überzeugende Alternative.
„Auf alle Fälle werden die Olympischen Spiele in Seoul fahrplanmäßig über die Bühne gehen", sagte Dr. Paul Hofer noch Anfang Juli in vorolympischer Siegeseuphorie in einem Interview mit dem Verfasser. Mag sein, daß Herr Hofer, der in Seoul in Personalunion das IOC repräsentiert und westeuropäische Firmen in „Joint Venture"-Fragen mit südkoreanischen Unternehmen berät, Recht behält. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß der Widerstand in Südkora die XXIV. Weltspiele für „Frieden und Völkerverständigung" zu einer „flambierten Olympiade" werden läßt, solange seine wesentlichen Forderungen unerfüllt bleiben. Das Tragen von Gasmasken bei sportlichen Wettkämpfen ist in den IOC—Reglements nirgends vorgesehen...

Rainer Werning
(Korea-Informationsstelle Osnabrück)



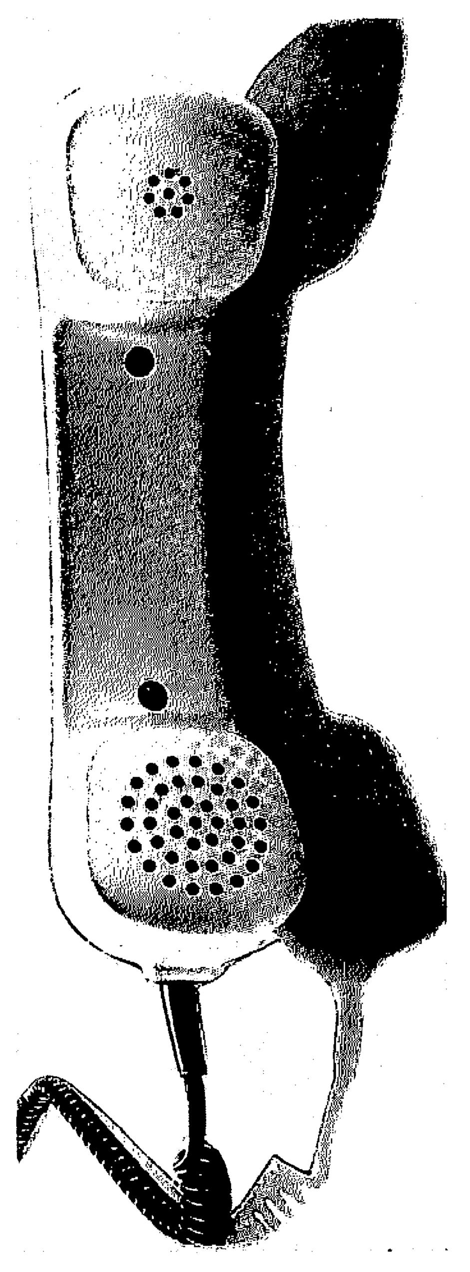
Anmerkungen

1 Mintongryon = Vereinigte Volksbewegung für Demokratisierung und Wiedervereinigung. Hierbei handelt es sich um ein aus knapp zwei Dutzend politischen Gruppen zusammengesetztes Oppositionsbündnis. (Im Englischen ist Mintongryon auch als UMMDU bekannt.)
2 Am 8. Juli dieses Jahres wurde der 69jährige Moon zusammen mit weiteren 356 politischen Gefangenen aus dem Chinju-Gefängnis entlassen.
3 Bei dem Kwangju-Massaker im Mai 1980 wurden etwa 2 000 Menschen von der Soldateska hingemetzelt.
4 Anders hingegen in Pusan, wo die Studenten, **nicht** aber die (hauptsächlich im Untergrund kämpfenden) Arbeiter (-organisationen) in die NCDC integriert sind.
5 Zit. nach: „Asiaweek" (Hongkong) v. 5.7.87, S. 14 und 19. — Während seines Seoul-Aufenthaltes konferierte Sigur mit Chun, Roh, den beiden Kims und Stephen Kardinal Kim Sou Hwan.
6 Kelly hatte bereits im Herbst 1984 (damals noch im Pentagon-Stab tätig) zusammen mit Richard L. Armitage ein „Philippinen-Memorandum" erstellt, in dem er — auf den Punkt gebracht — die für die Bezwingung der NPA-Guerilla geeignetere Ramos- der noch amtierenden Ver-Fraktion im philippinischen Militär vorzog.
7 Er hatte immerhin das Privileg genossen, als erstes ausländisches Staatsoberhaupt von dem gerade ins Weiße Haus eingezogenen Präsidenten Reagan Anfang 1981 empfangen zu werden.
8 ROK = Republic of Korea (Südkorea). Damit wurde 1978 ein Instrument geschaffen, das den Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Südkorea gleichzeitig zum obersten Dienstherren der südkoreanischen und UN-Truppenkontingente macht!
9 Im Rahmen „beidseitiger Verpflichtungen" kämpften südkoreanische (Elite-) Truppen Seite an Seite mit den GIs in Vietnam. Gemeinsam mit den thailändischen Kontingenten waren die südkoreanischen Soldaten in der vietnamesichen Bevölkerung als die „grausamst wütenden Bestien" verschrien.
10 Eigene Informationen. — Als „Kyungbuk"-Fraktion gelten die aus den Provinzen Kyungsang stammenden Generäle, die unter Chuns Vorgänger Park Chung Hee den Kern des militärisch-politischen Herrschaftszentrums bildeten. Mit Parks Ermordnung im Oktober '79 geriet diese Fraktion ins zweite Glied.
11 Wörtlich „Geldclique", womit die im Besitz weniger Familienclans befindlichen Industrie- und Finanzkonglomerate gemeint sind.

Entwicklung durch Telefon?

Überlegungen zum Ergebnis eines vom BMZ 1984 ausgeschriebenen Forschungsauftrags

Wer schon immer der Meinung war, daß sich die entwicklungstheoretische und -politische Diskussion notorisch im Kreise dreht, wird in der Debatte um Telekommunikation (TK) und Dritte Welt einen vortrefflichen Beleg finden. Schon in den fünfziger Jahren gab es eine breite Diskussion über die Möglichkeit, durch die Förderung der Telekommunikation eine entscheidende infrastrukturelle Voraussetzung für Entwicklung zu schaffen, bzw. umgekehrt: Das Fehlen einer solchen Infrastruktur wurde als zentrales Hindernis für Entwicklung betrachtet. Die Diskussion verebbte damals, weil zu offensichtlich wurde, daß einer Reihe anderer Faktoren ein höherer Erklärungswert zukam.
Umso überraschender muß es dem unbefangenen Beobachter erscheinen, daß diese Diskussion seit einigen Jahren wieder entbrannt ist. Die Argumente sind weitgehend dieselben wie vor 25 Jahren: Ohne Telekommunikation sei eine moderne Gesellschaft nicht denkbar; Unternehmen seien auf TK existentiell angewiesen, und eine fehlende oder mangelhaft funktionierenden TK-Infrastruktur sei ein ausgesprochenes Investitionshemmnis; schließlich wurde auch ein Zusammenhang zum (zumindest in der entwicklungspolitischen Rhetorik immer noch wichtigen) Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung hergestellt, indem das Telefon zum Instrument zur Befriedigung des Grundbedürfnisses nach Kommunikation erklärt wurde. Entwicklungstheoretisch untermauert wurden diese Argumente mit dem Hinweis auf den statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Entwicklungsniveau und Wirtschaftswachstum einerseits und der Telefondichte andererseits.
Natürlich ist es kein Zufall, daß die Diskussion über TK und Entwicklung ausgerechnet zu Beginn der achtziger Jahre eine Renaissance erlebte, war dies doch die Zeit, da in den Industrieländern in zweifacher Weise ein Umbruch in der TK einsetzte: zum einen in technologischer Hinsicht durch die Verbreitung der Satellitenkommunikation und der Telematik, d.h. der Verknüpfung von Computer und Telefon und der damit einhergehenden Digitalisierung der TK-Netze; zum anderen in struktureller Hinsicht durch die in mehreren Ländern einsetzende Deregulierung und Privatisierung der TK, die letztlich auf eine tarifliche Entlastung der geschäftlichen Nutzer (zu Lasten der privaten Nutzer) abzielte. Dieser Wandel verschaffte nicht nur dem TK-Sektor ver-



mehrte wissenschaftliche und publizistische Aufmerksamkeit. Er schaffte außerdem für die im TK-Sektor aktiven Hersteller bestimmte Sachzwänge, die insbesondere aus dem deutlich erhöhten Aufwand für Forschung und Entwicklung resultierten: Seither reichte ein einzelner nationaler Markt schon gar nicht, aber auch die Belieferung einiger weniger nationaler Märkte nicht aus, um die hohen Anfangsinvestitionen wieder hereinzubekommen. Die Erschließung neuer Märkte war daher das Gebot der Stunde.
Hier nun kommt die Dritte Welt ins Spiel. Zwar ist ihr Anteil am weltweiten TK-Markt mit weniger als 10% eher gering, und die Verfassung dortiger Staatshaushalte läßt einen TK-Boom als wenig wahrscheinliche Option erscheinen. Auf der anderen Seite jedoch ist der Bedarf dort am weitaus größten: Kommt in den Industrieländern auf zwei Einwohner ein Telefon, so ist die Relation in der Dritten Welt 33:1, eine Zahl, die nebenbei bemerkt mehr vernebelt als sie aussagt. Die TK-Versorgung der Dritten Welt konzentriert sich auf wenige Länder und Industrieregionen, während weite ländliche Regionen eine Versorgung von nahe Null aufweisen. Daß diese Tatsachen die Phantasie der Absatzstrategen in der TK-Industrie beflügeln, kann nicht überraschen. Auch nicht ganz unerwartet komt die damit einhergehende TK-Entwicklungseuphorie in nationalen und internationalen Regierungsorganisationen. Besonders hervorgetan haben sich hierbei zuletzt zwei Institutionen: die Weltbank und die Internationale Fernmeldeunion (ITU). Die ITU setzte 1983 eine „Unabhängige Kommission für die weltweite TK-Entwicklung“ unter Vorsitz des englischen Fernseh-Managers Sir Donald Maitland ein, die sich ihre rund um den Globus verteilten Arbeitstreffen von den TK-Multis finanzieren ließ. Ende 1984 legte sie ihren Bericht („Maitland-Report“) vor. Seine Kernaussage: Die Dritte Welt braucht mehr Telefone. Zu einer ähnlichen Aussage war ein 1983 von der Weltbank — die lange Zeit die TK mit Nichtbeachtung bedacht hatte — vorgelegter Bericht gekommen (R.J. Saunders, J.J. Warford, B. Wellenius, Telecommunications and economic development, Baltimore 1983). Im Ergebnis bedeute dies, da die Weltbank künftig vermehrt Kredite für TK-Projekte vergeben sollte (im laufenden Jahr wird dafür der Rekordbetrag von $ 550 Mio. veranschlagt); daß bei der ITU ein Finanztopf für den gleichen Zweck eingerichtet werden sollte; daß schließlich auch nationale Regierungen aufgefordert wurden, der TK in der Entwicklungsarbeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken.
In dieser Situation mochte natürlich auch das BMZ nicht zurückstehen. Die TK-politischen Eskapaden des seinerzeitigen „Siemens-Ministers“ Warnke bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Immerhin wurde neben der Klientel-Politik auch noch der wissenschaftliche Sachverstand aufgerufen, dem BMZ Kriterien für die Bewertung von TK-Projekten zu entwikkeln. Ein entsprechender Forschungsauftrag wurde 1984 ausgeschrieben, das Ergebnis 1986 veröffentlicht:

Detlef Schwefel: Fernmeldewesen und Entwicklung. Zur sozialen und wirtschaftlichen Bewertung von Fernmeldeprojekten in der Dritten Welt. München usw.: Weltforum-Verlag, 1986

Nach der Selbsteinschätzung des Autors liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit „in einer breiten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen sowie entwicklungspolitischen Betrachtung und Analyse“ (S. 9). In Anbetracht dieses Anspruchs muß es frei-

lich überraschen, daß (mit einer Ausnahme) weder die Hauptbeteiligten der Diskussion der fünfziger Jahre — Wilbur Schramm, Daniel Lerner und, die Ausnahme: Ithiel de Sola Pool — noch die aktuellen Vertreter einer kritischen TK-entwicklungspolitischen Betrachtungsweise — um nur einige zu nennen: Jörg Becker, Georg-Michael Luyken, Herbert Schiller, Dallas W. Smythe, Neville Jayaweera — in der Literaturliste auftauchen. Der von letzteren vertretene Diskussionsstrang, der die Bedeutung der TK für die Dritte Welt in einem weiteren kommunikations- und entwicklungstheoretischen Kontakt einbettet, fehlt denn auch völlig — ein Tatbestand, der angesichts des in der TK-Politik vorherrschenden Zeitgeistes und in Kenntnis des Forschungsauftraggebers nicht weiter überraschen kann. Insbesondere der Aspekt der Interessengebundenheit von TK-Projekten in der Dritten Welt, die der Verbreitung von Telefonen in den als besonders bedürftig definierten Anwendungsfeldern — Landwirtschaft, dünn besiedelte Gebiete, besonders katastrophenanfällige Regionen — entgegen steht, kommt zu kurz. Gleichwohl ist Schwefels Untersuchung in einigen wichtigen Punkten durchaus differenziert. So verfällt er nicht dem Unfug, die Telefonverbreitung als unmittelbares Stimulans für das Wirtschaftswachstum hinzustellen, wie es etliche andere vor ihm praktiziert haben. Vielmehr benennt er eine Reihe von negativen Aspekten der Verbreitung von Telefonen:

— die TK-Erschließung erleichtert, wie andere Infrastrukturmaßnahmen, exportorientierte Agrarproduktion und wirkt damit negativ auf die inländische Versorgung zurück;
— die TK ist meist nicht an der Spitze der infrastrukturellen Erschließung, sondern folgt dieser mit einem gewissen Abstand und bestärkt damit letztlich regionale Disparitäten;
— die Beschäftigungseffekte sind gering;
— die technologische Abhängigkeit wird — zumal bei der Einführung mikroelektronischer Ausrüstungen — verstärkt.

Ergebnis der Untersuchung ist ein Raster von insgesamt 99 Fragen, mit dem an beantragte TK-Projekte herangegangen werden soll. Seine konsequente Anwendung würde so manchem Projekt den Garaus machen. Angesichts der politischen Interessenlage ist mit einer solch drastischen Konsequenz freilich kaum zu rechnen. Bekanntlich gleicht das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft dem zwischen einem Betrunkenen und einer Laterne — er sucht Halt, nicht Erleuchtung. In diesem Sinne ist Schwefels Studie aus der Sicht des BMZ nur ein Teilerfolg: Zwar wird sich das Raster — sollte es angewandt werden — in der Praxis so hinbiegen lassen, daß politisch gewünschte Projekte als entwicklungspolitisch sinnvoll dargestellt werden können. Die verbreitete TK-Euphorie wird von ihr jedoch nicht untermauert.

Jörg Meyer-Stamer

Industrialisierung in Singapur.

Chancen und Risiken industrieorientierter Spezialisierung. Wilfried Holtgrave Campus Forschung Band 501, Frankfurt, New York: Campus, 1987

Der Stadtstaat Singapur hatte mit seiner exportorientierten Industrialisierungsstrategie Anfang der siebziger Jahre nahezu das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht. Durch die Rezession in der Mitte der siebziger Jahre ließ sich dieser Erfolg nicht weiterführen und angesichts der Konkurrenz anderer Billiglohnländer und interner Probleme bemühte sich der Staat um eine Abkehr von der bisherigen arbeitsintensiven Produktion und um eine Hinwendung zu kapitalintensiven Technologien. Holtgrave beschreibt als Ergebnis eines Forschungsaufenthaltes in Singapur im Jahre 1982 die Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt und vergleicht die Ergebnisse mit den Ansprüchen.

Der erste Teil des Buches beschäftigt sich mit einer wirtschaftlichen Analyse des eingeschlagenen Kurses und beurteilt Erfolge, Probleme und Fehlschläge. Im zweiten Teil geht es um die ergänzend ablaufenden gesellschaftlichen Veränderungen, die insbesondere die Gewerkschaften betreffen.



Die Förderung und Durchsetzung einer „Zweiten industriellen Revolution" in Singapur wurde mit drei Mitteln versucht: Lohnpolitik, Investitionsförderung und Bildungspolitik. Die bisherige auf Lohnbegrenzung abzielende Politik wurde für eine drei- bis vierjährige Korrekturphase verändert. Jährliche Zuwächse von ca. 20 % sollten die Unternehmen zu Mechanisierung und Automatisierung und zur Aufgabe arbeitsintensiver Produktion in Singapur zwingen. Die zahlreichen Vergünstigungen zur Investitionsförderung wurden bevorzugt Firmen mit kapital- und know-how-intensiver Produktion unter Verwendung moderner Technologie gewährt. Das niedrige Bildungsniveau der Arbeitskräfte (62 % verfügen nur über einen Grundschulabschluß oder weniger) machte eine Bildungsoffensive aus verschiedenen Programmen zur Weiterbildung und Umschulung zu einem zentralen Teil der Bemühungen.

Die Ergebnisse werden von vielen Seiten als Erfolg bewertet. Holtgrave bemängel an diesen Erfolgsmeldungen die Ausblendung externer Faktoren und kommt in Bezug auf die verarbeitende Industrie, die eine zentrale Rolle in der „restructuring"- Strategie Singapurs spielt, zu der Gesamteinschätzung eines Fehlschlags, wenn man den Erfolgen die Ansprüche gegenüberstellt:

Die Lohnpolitik war vorwiegend Transfer- und Umverteilungspolitik, die Reallöhne stagnierten. Die Investitionsförderung war erfolgreich und die dabei zu beobachtende Benachteiligung kleiner inländischer Unternehmen durchaus gewünscht. Die Bildungsprogramme waren nicht in der Lage, die riesigen quantitativen und qualitativen Defizite zu beseitigen, wodurch die singapurische Strategie langfristig gefährdet ist. Die außerdem erhofften Verlagerungen arbeitsintensiver Fertigungen in andere Länder fand nur in geringem Maß statt.

Holtgrave wertet die Ausrichtung des Spezialisierungskonzeptes auf die industrielle Produktion als Fehler und plädiert für eine Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor, in dem sich trotz geringerer (aber deutlicher!) Förderung eine dynamische Entwicklung abzeichnete. Die vorgebrachten Argumente für die guten Aussichten im Bereich hochwertiger Dienstleistungen widersprechen allerdings teilweise den Aussagen zur industriellen Produktion. So sind z. B. die Bildungsdefizite für den Dienstleistungssektor mindestens genauso kritisch. Der Dienstleistungssektor wird in dem Buch ohnehin nicht intensiv betrachtet.

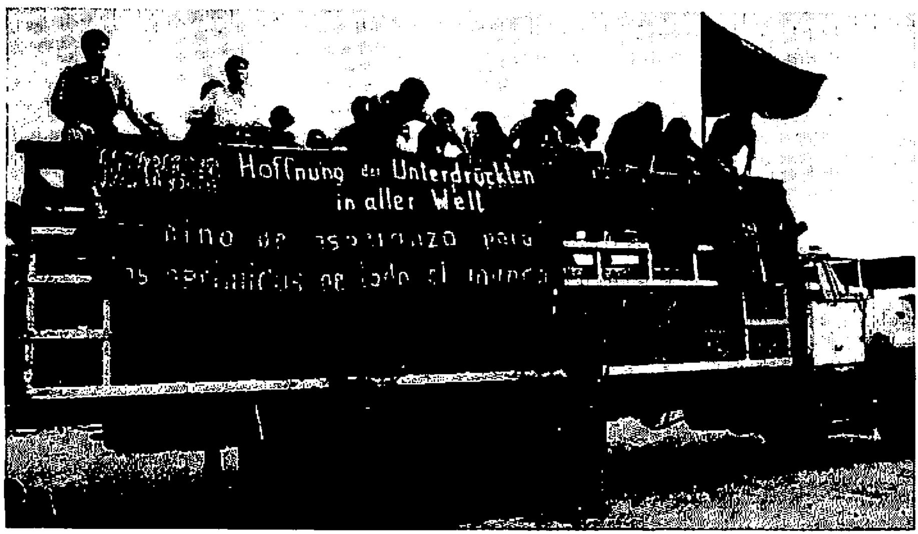
In dem zweiten Teil des Buches werden die parallel ablaufenden politisch-sozialen Strukturveränderungen untersucht. Der Staatsklasse gelang es, durch eine Reorganisierung der Gewerkschaften, die quasi zu deren Demontage führte, und durch eine „Japanisierung" der Gesellschaft, eine politische Liberalisierung zur verhindern und die eigene Position zu festigen. In der daraus resultierenden Starrheit sieht Holtgrave zukünftige Schwierigkeiten wegen mangelnder Flexibilität angelegt. Er betont das Zusammenwirken interner und externer Faktoren unterschiedlichster Art auch bei einem so extrem außenabhängigen Land wie Singapur und plädiert für differenziertere Theorien über exportorientierte Industrialisierung.

Die Darstellung der gemeinsam wirkenden externen und internen, wirtschaftlichen und politisch-sozialen Faktoren macht den Wert des Buches aus. Auch wenn auf die Entwicklung der letzten fünf Jahre nicht mehr eingegangen wird, schließt es auf jeden Fall eine Lücke in der spärlichen deutschsprachigen Literatur über Singapur.

Burckhardt Platz

Das Ende der Dritten Welt, oder: Hoch (und Tiefs) der internationalen Solidarität

Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, Kölner Volksblatt Verlag, 616 Seiten.



ila-info 6/86

Wieviele Dritte-Welt-Gruppen mag es in der Bundesrepublik geben? Die Autoren schätzen ihre Zahl auf 3.000, und die Länder, denen sie sich widmen, auf 30. Neuerdings interessiert sich die Dritte-Welt-Bewegung, zu der man diese Gruppen zusammenfassen kann, auffällig stark für ihre eigene Geschichte, wie einige Beispiele aus jüngster Zeit belegen: Im Mai veranstaltete der „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO) in Bremen eine Tagung unter dem etwas rätselhaften Titel „Kein Che ist nicht in unserer Mitte", wenig später gab es auf dem Mainzer „Open-Ohr-Festival" ein nicht nur satirisch gemeintes „Veteranentreffen", und der „Erste Internationalismus-Kongreß" der GRÜNEN in Kassel ist auch noch nicht lange her. Nun also ein dicker Wälzer zur Geschichte der westdeutschen Dritte-Welt-Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg — so viel historisches Bewußtsein läßt schon den Verdacht aufkommen, daß die Sache selbst, über die da gehandelt wird, längst beerdigt sei... Doch die beiden Autoren stimmen keinen Grabgesang an, wollen vielmehr mit ihrer ersten Bilanz die Solidarität von Gruppen und Einzelkämpfern mit den vielschichtigen Befreiungskämpfen in der südlichen Welthälfte durch Reflexion beflügeln, und lassen sie in „10 Gründe für Dritte-Welt-Arbeit vor der eigenen Haustür" einmünden.

Beim Aufklappen des Buches fällt der Blick auf eine Weltkarte der Dritte-Welt-Solidarität — von Algerien 1957 bis Libyen 1986, und die weitere Lektüre befaßt sich mit den Zwangsläufigkeiten und Zufällen, die die Aufmerksamkeit westdeutscher Gruppen auf diese bestimmten Zonen des Globus richteten, und auch auf mögliche Gründe für die weißen Flecken, die dabei blieben. Die Autoren sind beide Jahrgang 1953 und laut Vorwort Protagonisten einer nicht untypischen „Solidaritätskarriere", die mit dem Vietnam-Krieg Ende der 60er Jahre begann und sich in der Folge hauptsächlich auf Latein- und Mittelamerika bezog. Sie konzentrieren sich auf die wichtigsten Kapitel der Bewegungsgeschichte, die sie in Einzelgeschichten aufgelöst haben und erheben nicht den Anspruch einer sozialwissenschaftlichen Fleißarbeit, verstehen sich aber als professionelle Journalisten auf sorgfältiges Recherchieren und anschauliches Präsentieren. Dabei gehen sie — wie ich aus eigener Sicht anhand ihres einleitenden Algerien-Kapitels bestätigen kann — sorgfältig mit den Ergebnissen anderer Autoren um, die sie zitieren. Ein wesentlicher Teil des Buches setzt sich aus Interviews zusammen, in denen sich Akteure der Solidaritätsgruppen selbstkritisch, aber ohne Resignation oder Weinerlichkeit zu ihrem zurückliegenden Engagement äußern; eine Art Kronzeuge, dessen Statements sich wie ein roter Faden durch das gesamte Buch hindurchziehen, ist Klaus Vack. Wie kein zweiter verkörpert er die Kontinuität des bundesdeutschen Internationalismus, wenn auch gelegentlich mit einem Schuß zuviel Pathos und Moralin. Doch allen kurzfristigen Episoden der Dritte-Welt-Solidarität entgegen ist er auch Prototyp eines Engagements, das nicht nur in die Ferne schweift, sondern von Algerien bis Nicaragua und Südafrika immer den Rückbezug auf die eigene Gesellschaft behielt und über tagtägliche Handwerkelei hinaus für theoretische Selbstreflexion offen war. Außer Vack, einem der wenigen genuinen „Bewegungsunternehmer" in der Bundesrepublik, äußern sich etwa Peter Gäng, Vietnam-Aktivist der ersten Stunden, Erich Süssdorf als sehr reflektierter Protagonist des Scheiterns der (Chile)-Solidarität und zuletzt einige Brigadisten, die den Sprung nach Mittelamerika gewagt haben.

Nicht weniger interessant als diese

Sie fragten mich:
Deine Augen oder
Deine Heimat,
Was von beiden liebst du mehr?

Ich sagte: Meine Augen, meine Heimat—
Ich liebe das eine wie das andere.
Aber nimm sie, meine Augen.
Und laß mein Kind
Frei
In meiner Heimat sein.

Faryad Fazil Omar (Kurde aus dem Irak)
aus: Das Leuchten aus der Stimme
(Rosnayı la dangawa), Berlin 1986, Express Ed.



Foto: Anne Lax

Zeugnisse sind die insgesamt fünfzig Dokumente, zum Teil (wie Che Guevaras „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam") klassische Texte, die in der historischen Distanz ganz überraschende Aspekte bekommen, zum anderen Teil aktuelle Verständigungspapiere zu Sinn und Mitteln des Internationalismus heute, die das Buch zu einem echten Arbeitsinstrument für alte Hasen und Neulinge der „Solidaritätsarbeit" machen. Interviews und Dokumente sind von den Autoren in die Geschichte der Bundesrepublik vom ersten bis zum zweiten „CDU-Staat" eingeordnet worden, wobei sich manche etwas holzschnittartige Verkürzung kaum vermeiden ließen, insgesamt aber eine sehr lesenswerte Gesamtkomposition gelungen ist. Niemand sollte sich hier von Umfang und Preis des Werkes schocken lassen; Balsen und Rössel haben ein sehr empfehlenswertes und auch preiswertes Buch vorgelegt, und der Kölner Volksblatt Verlag verdient ein Lob für die ansprechende äußere Form. Dazu gehört etwa ein Namen- und Sachregister, das man in den meisten Büchern dieser Art vergeblich sucht — und das in diesem Fall eine „große Abwesende" nicht nur des Buches, sondern eben der westdeutschen Solidaritätsbewegung offenlegt: kein einziger Eintrag zu Afghanistan.

Kann man ein Fazit, gar eine Lehre aus dem Buch ziehen? Ich will nur ganz wenige Gesichtspunkte herausstreichen: Die Dritte-Welt-Bewegung ist eine wichtige Repräsentantin der „neuen sozialen Bewegungen", deren Behandlung unter dieser Rubrik bisher aber zumeist versäumt wurde. Dies bedingt ihre „Flackerhaftigkeit", ihre Konjunkturanfälligkeit und ihre zyklischen Hochs und Tiefs; bislang fehlte ihr ein parlamentarischer Ansprechpartner, denn ihre Basis bestand zwar immer zu einem guten Teil aus Sozialdemokraten, aber die Bewegung selbst kann man geradezu als gegen die SPD gerichtete außerparlamentarische Bewegung definieren, an die die Sozialdemokraten an der Macht (oder auf dem Weg dahin) sehr zu ihrem Schaden den Anschluß verpaßt haben. Und auch die GRÜNEN haben es in ihrer Nachfolge nicht eben leicht mit den Dritte-Welt-Gruppen... Als soziale Bewegung entwickelte sie alle Vor- und Nachteile ungebundener Radikalität, wobei die Schattenseiten — etwa der Fluchtversuch in „tiersmondistische" Exotik und ersatzrevolutionärer Gewaltkult — heute schon genauer bedacht werden. Auch wenn beides beileibe noch nicht verschwunden ist, so kann man doch sagen, daß diese von Erich Süssdorf so genannte „Piff-Paff-Solidarität", die den „Imperialismus einmal im Leben über Kimme und Korn betrachten" läßt und sich im wesentlichen (nur) dort engagiert, wo es militärisch kracht, heute stark in Frage gestellt ist. Diese aus der Studentenbewegung her kommende Tradition ist praktisch ohnehin durch die sehr viel wichtigere Säule der Dritte-Welt-Solidarität majorisiert: die gewaltfreien Gruppen, meist aus dem kirchlichen Bereich. Immer wichtiger wird auch ein Aspekt, den die Studentenbewegung und die früheren „K-Gruppen" eher gering geschätzt hatten: die Menschenrechte. Aus einer belächelten Minimalforderung von damals ist heute fast schon ein utopisch-anspruchsvolles Programm geworden.

Man könnte also vielleicht sagen, daß der Stern Frantz Fanons sinkt, eines Autors, aus dessen Pamphlet „Die Verdammten dieser Erde" von 1960 im Dokumententeil des Buches zitiert wird. Anders als dieser Klassiker des „Tiersmondismus" meinte, hat Europa noch nicht ganz ausgespielt: Europäische Traditionen der Demokratie und der Menschenrechte, die im Kolonialismus mit Füßen getreten wurden und von europäischen Konzernen in Südafrika und überall sonst immer noch mißachtet werden, können trotzdem zur Meßlatte der Solidarität mit einer Befreiungsbewegung hier oder dort werden. Die Dritte-Welt-Solidarität ist damit bescheidener und anspruchsvoller zugleich geworden. Wollte man ihr nach der Lektüre des Buches einen Rat geben, so könnte man ihr eine größere Enttäuschungsbereitschaft und mehr Selbstbewußtsein wünschen. Sie muß genauer hinsehen, mit wem sie sich einläßt, ohne damit jedoch handlungsunfähig zu werden. Sie darf sich von vornherein nicht aus falsch verstandener Nibelungentreue mit Kritik zurückhalten; ja es ist sogar besser, die Solidarität zu verhandeln und im Extremfall aufzukündigen, wenn z.B. bestimmte Menschenrechtsstandards verletzt werden, als sich hinterher wie ein enttäuschter Liebhaber davonzustehlen oder, wie es in Frankreich bisweilen geschehen ist, in hysterische Antipathie umzukippen.

Der Mythos der Dritten Welt ist tot. Balsen und Rössel zeigen es auf ihrer Weise schon mit einem sehr gelungenen Einstieg in das Buch: Wir denken immer nur geschichtslos daran, was WIR den Unterdrückten in der Dritten Welt Gutes tun; umgekehrt beginnen die Autoren mit praktischer Solidarität, die verfolgte Deutsche und andere Europäer nach 1933 aus Ländern genossen, die auch auf der südlichen Welthälfte liegen. Der Faschismus wurde von außen besiegt, und unter den Befreiern waren eben auch Inder, Algerier oder Ägypter. Solidarität in der Einen Welt bedarf nicht mehr einer gesonderten Numerierung; ihre Einmischung ist globaler Natur.

Ein Manko hat das Buch dann doch, das es übrigens mit dieser Besprechung teilt: da ist ständig von Internationalismus, Solidaritätsarbeit, Aktivisten usw. die Rede — Sprachmonster, die aus der Feder von Bürokraten und Zentralkomitees stammen. Auch Balsen und Rössel haben die Begriffe nicht gefunden, die das Reden über das vereinfachen, was die Dritte-Welt-Szene selbst auch nicht besser — als „Soli-Gruppen"-tituliert, schade.

Claus Leggewie

Leserbriefe

„Aids in Afrika", von Hans Seus, "blätter des iz3w", Nr. 143, August 1987

Liebe Freunde,

Als langjährige Leser der „Blätter" kommen wir nun doch nicht umhin, Stellung zu „Aids in Afrika" von Hans Seus in der iz3w 143/8/87 zu nehmen.

Es liegt uns fern, die Gefährlichkeit der Immunschwäche herrunterzuspielen oder ihre epidemische Ausbreitung zu bezweifeln. Jedoch muß aus unserer Sicht angenommen werden, daß zumindest der Teil des Berichtes, der sich mit Rwanda befaßt, aus der sicheren Entfernung eines eventuell in Freiburg stehenden Tisches verfaßt und geschrieben wurde.

Nach unserer Kenntnis ist eine Reihenuntersuchung in Kreisen der Prostituierten von Kigali durchgeführt worden und anschließend wurde dieses Ergebnis statistisch auf Kigali und sogar auf das ganze Land hochgerechnet. Zieht man in Betracht, daß Kigali die einzige Stadt Rwandas von nennenswerter Ausdehnung ist und der Rest der Bevölkerung mehr oder weniger gleichmäßig übers ganze Land verteilt ist, dann wird die Fragwürdigkeit dieser statistischen Spielerei deutlich. Es kommt noch hinzu, daß das Krankenhauslabor von Kigali für Nachlässigkeit berühmt ist und daß die Infubulation in Rwanda nicht praktiziert wird. Letztere wurde im gleichen Artikel als eine der Hauptausbreitungsursachen bezeichnet.

Es mag stimmen, daß jemand eine zehnteilige Fernsehkampagne zu Aufklärungszwecken erstellt hat, jedoch hat Rwanda bis heute noch kein Fernsehen um hiervon Gebrauch zu machen. Die anschließende Umfrage und die daraus resultierenden Maßnahmen erhellen leider auch nicht die diffuse Situation von Aids in Rwanda, da z.B. die einzige nennenswerte Bibliothek an der Uni in Butare zu finden ist.

Fragwürdig wird auch der Nutzen von Faltblättern in Krankenhäusern, wenn der überwiegende Teil der erwachsenen Bevölkerung des Lesens unkundig oder zumindest sehr ungeübt ist und die Landessprache Kinyarwanda bei fachspezifischen Ausdrücken auf die französische Sprache ausweicht, die von der überwiegenden Mehrheit des Volkes nicht verstanden oder gesprochen wird.

Worin liegt der Sinn einer Faltblattaktion, wenn von medizinischer Seite her immer noch die Mehrfachbenutzung von Spritzen und Infusionsnadeln praktiziert wird? Wer es sich leisten kann, der ersteht vor dem Arztbesuch seine eigene Infusionsnadel in der Apotheke, um so dem Risiko einer Ansteckung aus dem Weg zu gehen.

Leider darf man nicht übersehen, daß der rwandische Staat nur sehr wenig der ihm obliegenden Verantwortung im Gesundheitswesen übernimmt. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß man das Gesundheitswesen großzügig internationalen Organisationen wie z.B. den Kirchen oder in kleinerem Rahmen bilateralen Partnerschaften überläßt? Allgemein dürfte wohl bekannt sein, daß Entwicklungshilfeorganisationen schon aus Selbsterhaltungs- und Selbstbestätigungsgründen Erfolge vorweisen, die nicht unbedingt ihrer Zielgruppe zu Gute kommen müssen.

Wie schon erwähnt, es soll hier nicht die Gefährlichkeit der Seuche geleugnet werden, jedoch ist auffällig, daß sich kaum jemand mit der Entstehung der Seuche befaßt.

Die Entwicklung und der Ursprung von Aids sind nach Angaben von WHO zeitlich und räumlich nachvollziehbar und weisen auf den Raum Rwanda, Uganda, Zaire hin.

Kommen in diesem Zusammenhang nicht in Rwanda kursierende Aussagen einer möglichen Wahrheit sehr nahe, daß die Freisetzung der Seuche als Unfall zu betrachten ist? Nach diesen Aussagen sind im Zaire Freiwillige mit in amerikanischen Labors gezüchteten Viren infiziert worden. Die unter Kontrolle gehaltenen Testpersonen sind jedoch ihren Bewachern entschlüpft und haben so die ungewollte Kettenreaktion ausgelöst.

In die gleiche Richtung wies auch eine amerikanische Fernseh-Nachrichtensendung, die im April dieses Jahres verbreitete, daß offizielle amerikanische Stellen nun nicht mehr wiederholte sowjetische Anschuldigungen kommentieren würden, nach denen Aids ein Produkt amerikanischer Forschung sei.

Was auch immer die Ursache ist, im Moment müssen Mittel und Wege gefunden werden, der Seuche Einhalt zu gebieten. Eine objektive, den Tatsachen entsprechende, kritische Berichterstattung kann sicherlich seinen Beitrag dazu leisten.

Hans Dieter Plum, Ina Plum

Liebe Leute vom „iz3w",
ich habe gerade in der August-Ausgabe den Artikel über „Aids in Afrika" von Hans Seus gelesen.
Insgesamt halte ich den Artikel für recht gut in der Zusammenfassung der derzeitigen Lage. Allerdings haben sich bezüglich Rwanda einige schwere Fehler oder Falschmeldungen eingeschlichen.

1. In Rwanda gibt es kein Fernsehen! Gemeint ist wahrscheinlich die Aufklärungsserie im Rundfunk.
2. Die Zahl, daß eines von drei Kindern irgendwann in seinem Leben eine Bluttransfusion gegen Malariaanemie erhält ist sicher falsch oder aus dem Zusammenhang gerissen. Bluttransfusionen sind hier lange nicht so eingeführt, wie in Europa, und es stehen nicht soviele zu Verfügung, daß 15% der Bevölkerung, was 900.000 Leuten entspricht, versorgt werden könnten. (Rechnung: 6 Mill. Einwohner, davon 50% unter 15 Jahren, davon jeder dritte Transfusion?)! Die richtige Zahl dürfte etwa bei 1% liegen!
3. Daß sich etwa 20% der rwandischen Kinder dabei angesteckt hätten, ist total falsch. Da die totale Quote für Stadt- und Landbevölkerung irgendwo zwischen zwei und drei Prozent liegen dürfte und die totale Mehrheit der Fäller bei Männern und Frauen zwischen 20 und 40 Jahren liegt, dürfte die Zahl $HTLV_3$-positive Kinder sehr niedrig sein (vielleicht 1‰!). Selbst wenn man nur die Minderheit der Stadtbevölkerung betrachtet (nicht einmal 10% der Bevölkerung gehört dazu), liegt die Zahl der Positiven noch etwas unter 20%, die der positiven Kinder um oder unter 1%!

Im übrigen stimmen aber die Angaben, daß Aids hier natürlich ein dringendes Problem ist, und daß in Rwanda sehr viel dagegen unternommen wird. Wie Hans Seus richtig schreibt, findet Aufklärung darüber inzwischen weitverbreitet und bis in die entferntesten Landeswinkel statt, über Rundfunk, Krankenhäuser und Gesundheitszentren und auch Schulen.
Ich selbst bin hier in Kibuye Arzt an einem ländlichen Krankenhaus (als DED-Entwicklungshelfer) und war vorher in der rwandischen Universitätsstadt Butere an einer Sekundarschule tätig. Insgesamt bin ich seit drei Jahren im Land.

H.-J. Bartel
Kibuye/Rwanda

HEINRICH, CHE oder FÖDERAL?
Gedanken über eine GRÜN-nahe Stiftung

In den „blättern des iz3w" vom August 1987 macht sich Rolf Bräuer, Geschäftsführer des BUKO, seine Gedanken über eine GRÜN-nahe Stiftung: „Prüfstein für Bewegungsnähe". Auch wenn ich bei den Apparatschiks der Bewegung eigentlich schon durch meine GRÜNE Parteizugehörigkeit den Makel des Befleckten trage, möchte ich versuchen, die Diskussion um die Stiftung auch innerhalb der Internationalismusbewegung zu erweitern und auf einige notwendige Punkte zuzuspitzen.

Zunächst: Bevor man sich Gedanken über „Prüfsteine für Bewegungsnähe" macht, sollte man klären, ob „Bewegungsnähe" das einzige Kriterium für eine Stiftung sein soll, oder welche Bedeutung diesem Kriterium zukommt. Meine Meinung zur Stiftung: Sie müßte drei Kriterien gerecht werden - Erstens: „Think farm"; es soll geforscht, neu gedacht, untersucht und damit eine Basis für einen Diskurs gelegt werden, an dem GRÜNE und Bewegungen zur Zeit immer weniger beteiligt sind - von c wie Chile bis p wie Pershing 1a - die öffentliche Diskussion führt an der Linken vorbei.

Zweitens: Die vorhandenen „Bewegungen" müssen unterstützt werden, so wie diese sich das vorstellen und es andererseits vernünftig ist. Und: Es muß auch ein gesellschaftlicher Gärungsprozeß unterstützt werden, wo es noch keine „Bewegung" gibt!

Drittens: Die Stiftung muß auch eine Bildungsreinrichtung sein, muß GRÜNE Parteimitglieder wie nahestehende Personen weiterbilden; dies sollte auch nicht zuletzt im Interesse der „Bewegungen" liegen; Beispiel Internationalismus: Was nützt es der Dritte-Welt-Bewegung, wenn sie weiß, welche Mechanismen zu Hunger und Unterdrückung z.B. in Äthiopien führen, wenn Grüne Kommunalabgeordnete trotzdem beim „Tag für Afrika" mit der Spendendose auf die Straße gehen, wie — peinlich genug! — geschehen? Die, die bereits einen Erkenntnisstand haben, sollten nicht weiter im eigenen Saft schmoren, sondern dieses Wissen weitergeben, erst dann ist eine dezentrale Verbreitung alternativer Ideen wirklich realisierbar.

Ich glaube, wenn man sich dieses dreiteilige Denkmodell einer GRÜN-nahen Stiftung vor Augen hält, entfallen viele Mißverständnisse: Sowohl das, daß die Stiftung „bewegungsnah" und damit „parteieifern" zu sein hat, als auch das, daß eine Beteiligung der GRÜNEN an der Stiftung per se in Skandal wäre.

Der sonst geschätzte Rolf Bräuer zeigt in seinem genannten Beitrag, wohin Mißverständnisse um die Stiftung führen können: Er leistet einen bewußten Beitrag zur Verteufelung der GRÜNEN, wie sie im BUKO und andernorts derzeit en vogue sind. Äußerungen aus dem BUKO-Koordinierungsausschuß, daß GRÜNE „die Bewegungen unterwandern" würden, lassen das Denkmodell „GRÜNE als parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Bewegung" (Bräuer) als von ganz anderer Seite angekündigt erscheinen als die der GRÜNEN. Weitere Schubladen machen die Intention des Verfassers deutlich: Die Diskussion um die Stiftung findet „in einer Mischung aus Konspiration und öffentlichem Stellungnahmekrieg" (Clausewitz bewahre!) statt, die brave, gute „basisorientierte Diskussion" wird von — igitt! — „Großkopferten der Partei" in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion" verhindert, was nicht nur „die allgemeine Tendenz zur Zentralisierung" erkennen lasse, sondern auch — man höre! — den „Putschismus der Großköpfe gegen die Parteibasis" — der aufmerksame Leser bemerkt schnell, hier wird keine sachliche Diskussion mit den GRÜNEN gesucht, sondern ein schweres Geschütz gegen die GRÜNEN aufgefahren; ganz abgesehen davon, daß sicher so manches der Bilder eher an röhrende Hirsche in Vollmondnacht erinnert, denn die Anschaulichkeit des Gesagten untermautert...

Wie lautet denn die Vision der Bewegungen tatsächlich? „Die zu gründende Stiftung sollte in erster Linie eine Unterstützung und Weiterentwicklung der bestehenden und sich entwickelnden Basisbewegungen sowie eine Stärkung des Zusammenhangs zwischen Partei und Bewegung zur Aufgabe haben. Die gewachsenen Strukturen der Bewegungen bilden die Grundlage, ihre Inhalte und Arbeitsformen bestimmen die Arbeit der Stiftung, die jährliche Mittelbeantragung durch die Bundestagsfraktion bildet das Bindeglied zur Partei", so Bräuer/BUKO. Man lese sich das zweimal durch: Wird zunächst im ersten Satz einer „Stärkung des Zusammenhangs zwischen Partei und Bewegung" das Wort geredet, so wird die Rolle der Partei im konkretisierenden zweiten Satz auf die der Mittelbeschafferin für die Bewegungen zusammengestrichen.

Zweiter Einwand: Es ist sicher korrekt, im Zusammenhang der Internationalismusbewegung via BUKO von „gewachsenen Srukturen" zu sprechen — wie aber verfahren wir mit anderen, nicht minder ernstzunehmenden Bewegungen, die jedoch über keine gewachsenen Organisationsstrukturen verfügen und dies oft auch ganz bewußt — siehe z.B. die Frauenbewegung?

Das Modell „Bewegung bestimmt, Partei zahlt" kann so nicht ernsthaft zur Lö-

sung des Stiftungsdschungels beitragen.

Ein kleiner Exkurs über die Machbarkeit von politischen Wünschen: Setzen wir einmal als Denkspiel das Bewegungsmodell als Realität voraus. Wie läuft nun die Stiftung? Mir graut, da bin ich ganz ehrlich, vor dem dann zu erwartenden „Reisestalinismus", wenn sich die alternativen Reisekader Wochenende für Wochenende um die Ohren schlagen und all die Mensche, die persönlich einen anderen Lebensentwurf (etwa auch Kinder, bürgerlichen Arbeitsplatz und -zeit) gewählt und erarbeitet haben, dann die reale Arbeit der Stiftung nicht nur nicht mitdiskutieren, nicht mitprägen können, sondern einfach von ihr ausgeschlossen wird, und eben die Reisekader, so gut sie es auch vielleicht meinen mögen, in einer von Bräuer kritisierten „zentralistischen" Manier die Stiftungspolitik bestimmen. „ZK Bewegung" — da würde ich dann als GRÜNER und „bewegter" Internationalist meine Abneigung gegen Buttons überwinden und den mit „Nein danke" ans Revers heften...

Machen wir uns doch nichts vor: Selbst bei den organisierten Bewegungen wie dem BUKO findet eine zentralistische Politik statt. Das ist für mich per se auch gar nicht zu kritisieren — denn nach Andorno ist ein „gutes Leben im schlechten" ja auch nicht möglich — warum sollte ausgerechnet Bewegungspolitik innerhalb einer repressiven Gesellschaft nach anderen Kriterien funktionieren als die der „Etablierten"? Nur sollten wir uns selbst vergewissern: Auch im BUKO bestimmen wenige dessen reale Politik — man sehe sich nur — beispielhaft — die Reiselisten der KA-Gruppen an, welche Gruppe an wievielen Treffen jenseits des KAs für den BUKO teilnahm — es gibt sie eben, die eher zentralistischen Strukturen auch innerhalb der Bewegung, ganz abgesehen vom permanenten Informationsvorsprung der — zentralen... — Hamburger Geschäftsstelle. Um nicht mißverstanden zu werden: Das ist alles für sich gar kein Problem — nur sollten wir nicht abhängig sein und Zustände bei anderen wie etwa den GRÜNEN geißeln, die der Bewegung auch nicht gerade fremd sind...

Soviel Kritik des Bewegungsmodells — was führt aus der Sackgasse? Ich glaube, eine Stiftung, die keiner „Bewegung" den Zugriff auf den Geldhahn sichert und damit Mißtrauen hervorruft, läßt sich nur mit dem Personenmodell installieren - „Autoritäten" der Bewegungen, von Jungk über Pater bis hin zu Aichinger-Scholl, die über die Zweifel der Eigeninteressen erhaben sind und neutral, d.h. ohne Übersicht zur einen oder anderen Seite hin, bestimmt werden, gewährleisten einen halbwegs offenen Ablauf der GRÜN-nahen Stiftung, ohne daß irgendeine der Bewegungen oder gar die Partei einen direkten Zugriff auf „Geld und Macht" hat. Dieses Modell wäre das aktuelle der Heinrich-Böll-Stiftung, das um „Hexenhaus" und Länderstiftungen erweiterte, kompromißfähig aktualisierte Modell. Dies sollten wir — Bewegungsarbeiter/innen wie GRÜNE — mit Leben füllen.

Und eine notwendige Schlußbemerkung: Bereits mehrfach hat die GRÜNE Partei bewiesen, daß sie sich gerne um unpopuläre oder schwierige Entscheidungen drückt; auch dieser Bundesversammlung würde es einfach gemacht, mit dem vorliegenden Modell einer „Frauenstiftung". Damit wären GRÜNE und Bewegung zwar vor einer weiteren harten Diskussion sicher, würden jedoch von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen auch einem notwendigen grundsätzlichen Diskurs der Linken aus dem Weg gehen. Was schade wäre.

Berthold Seliger

☆ ☆ ☆

„Grün-nahe-Stiftung", von Rolf Bräuer, „Blätter des iz3w", Nr. 143, August 1987

Lieber Rolf Bräuer,
schade, daß all die vielen Briefe, die wir geschrieben haben, die Artikel, die wir veröffentlicht haben, die Pressekonferenzen, die wir gegeben haben und vor allen Dingen unsere Broschüre „Stiften gehen" nichts genutzt haben oder nicht zur Kenntnis genommen werden wollen. Ich bin sicher, daß, wenn Du diese Sachen gelesen hättest, Dein Artikel anders ausgesehen hätte, es sei denn, er sei bewußt diffamierend geschrieben, und dies möchte ich dann doch nicht unterstellen.

Eigentlich sollte den Mitarbeitern des iz3w bekannt sein, daß ich seit 1975 den Lamuv Verlag leite, einen der Verlage, die sich wohl nun mit am längsten mit Dritte-Welt-Literatur beschäftigen, und zwar, wie ich hoffe, ganz im Sinne des iz3w. Daß immer wieder diese dummen und blöden Sprüche auftauchen, wie prominent oder deren Erben, Nacht- und Nebelaktionen und Großkopferte, geht einem wirklich langsam auf den Geist. Ich arbeite seit 1975 in Dritte-Welt-Bewegungen mit, in verschiedenen Gruppen, auch wenn ich angeblich prominent bin oder Erbe eines Prominenten, wie oft so schön gesagt wird. Diese künstliche Trennung in Bewegung und Prominenz — wer bestimmt eigentlich, wer zur Bewegung gehört und wer zur Prominenz? Wer ist großkopfert für Euch? Ich glaube, das sollte man sich wirklich fragen, um diese, wie ich finde, fast schon rassistischen Unterscheidungen endlich mal vom Tisch zu bekommen. Wir haben die Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung mit einer Gruppe von Leuten ins Leben gerufen und uns die Freiheit genommen, einen Anstoß zu geben. Dies bedeutet Initiative und nicht mehr, und ich bin sicher, daß wir die Diskussionen sehr befruchtet haben.

Alles was Du als Forderung der Bewegung an die Stiftung schreibst, haben wir längst in unseren Broschüren, in unseren Schriften dargelegt, und ich bin sicher, daß es da inhaltlich überhaupt keinen Dissens gibt, im Gegenteil, daß wir da 100prozentig einer Meinung sind. Nur wäre es schön, wenn Ihr diese Sachen auch einmal zur Kenntnis nehmt und zwar vorurteilsfrei.

Wir können es gerne noch hundertmal wiederholen, und ich tue es hier zum letzten Mal: wir können eine Stiftung nicht gegen die Grünen gründen, haben das auch gar nicht vor. Wir nehmen uns aber jede Freiheit heraus, in den Diskussionsprozeß einzugreifen, so wie auch jede Bewegung, jede Initiative das tun sollte. Und ich wüßte nicht, warum wir das nicht tun sollten, nur weil wir angeblich — um dieses wirklich schwachsinnige Wort noch einmal zu gebrauchen — prominent sind.

Mit freundlichen Grüßen
René Böll

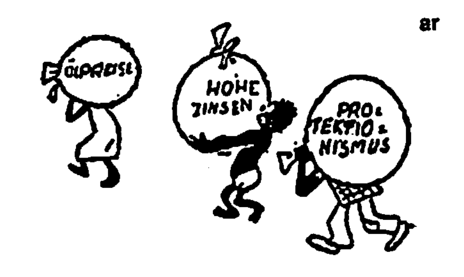
Kurz belichtet

„INTERDEPENDANCE UND SOLIDARITÄT"?

Zur Europäischen Nord-Süd-Kampagne

Am 16. September wird das Nationale Organisatonskomitee (NOC) gegründet, das die ganze Vorbereitung für die Kampagne tragen soll.
Was es mit der Nord-Süd-Kampagne auf sich hat, kann man der Plattform des deutschen Vorbereitungskomitees entnehmen, die am Mittwoch, den 16. September, noch einmal diskutiert und dann als **Konsenzpapier** die Grundlage für die geplanten Aktionen bilden wird.
Die Idee der Kampagne ist auf der ersten gemeinsamen Konferenz von Teilnehmern aus den 21 Mitgliedstaaten des Europarates in Lissabon, 1984, entstanden. Der Vorschlag wurde von der Parlamentarischen Versammlung und vom Ministerausschuß des Europarates aufgenommen. Alle interessierten Gruppen können teilnehmen.
Ziel der Kampagne ist, daß „Europa seine Verantwortung in der Nord-Süd-Kooperation verstärkt wahrnimmt und Entwicklungsarbeit als Politikbereich seine unangemessene Randstellung verliert."
Im Mittelpunkt stehen folgende Themen: Nord-Süd-Handel, Rohstoffpreisentwicklung, EG-Agrarpolitik, die erdrückende Schuldenlast der Dritten Welt, Umweltprobleme, usw.
Wie soll dieses Ziel erreicht werden, wie die „Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit für die komplexen wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd und ihre tiefgreifenden Asymetrien schärfen und den Blick für Zusammenhänge öffnen? Wie die Ursachen, Zustände und Perspektiven der sich dort zuspitzenden Nord-Süd-Konflikte verständlicher machen und Lösungsansätze aufzeigen? Vor der Lösung eines Problems steht die Analyse. Die sieht in der Plattform wie folgt aus: „Die landwirtschaftliche Produktion hat vielfach gesteigert werden können, und dennoch sind Armut und Hunger die Alltagserfahrungen von Millionen von Menschen, deren Zahl wächst." Oder: „Die durchschnittliche Lebenserwartung ist weltweit deutlich angestiegen, und dennoch sterben täglich Kinder in unvorstellbar großer Zahl". Die Aussagen gehen wie in diesem Beispiel nie über eine deskriptive Aussage heraus, die viel Platz für alle möglichen Interpretationen lassen. So wird denn auch schon eine Lösungsmöglichkeit angedeutet: „Entwicklungshilfe — staatlich und privat — kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten."
Aber lassen wir die Analye beiseite und sehen uns an, wer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schärfen soll und einen Blick für die Zusammenhänge öffnen. Kern des nationalen Vorbereitungskomitees sollen u.a. folgende Gruppen bilden: „Auswärtiges Amt, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Gewerkschaftsbund, Friedrich-Naumann-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, das NRO-Netzwerk (Zusammenschluß von Nicht-Regierungs-Organisationen, u.a. BUKO, terre des hommes, Medico international), usw.
Selbst Minister Hans Klein hat die Kampagne begrüßt und das BMZ überlegt noch, ob sie dem Projekt finanziell zur Seite stehen. Diese Entscheidung fällt Anfang September in der Haushaltsberatung.
Was das bedeuten wird, zeigt sich anhand der Liste der Gruppen, die vom BMZ kein Geld mehr bekommen. Darunter fallen BUKO, KIS, (Kontakt- und Informationszentrum, Bensheim) u.a. Auch vor inhaltlichen Einschränkungen schreckt das BMZ nicht zurück.
Die Kampagne will in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit machen, z.B. auch Materialien herstellen. Weiter geplant sind Konferenzen mit Vertretern der Dritten Welt zu den oben erwähnten Themen. Einen großen Teil der finanziellen Unterstützung wird über die EG geleistet; Geld, das sinnvollerweise in anderen Projekten angelegt werden könnte. Jetzt muß gut überlegt werden, inwieweit diese Kampagne noch Möglichkeiten und Freiräume bietet inhaltlich andere Akzente zu setzen.
Der Koordinierungsausschuß des BUKO zumindest will sich aus diesem Projekt zurückziehen, wenn es keine Möglichkeit gibt, an der Plattform noch etwas zu ändern.

ar



BRASILIEN-KURS

Wir sind 5 Leute und haben uns schon 2 Mal bei der Reisenden Schule getroffen. Unser Vorhaben: ab Mitte Feb. zusammenleben u. umfassende Vorbereitung auf Brasilien mit Intensivsprachkurs. Ab Ende April viereinhalb Monate in Brasilien, aktives Lernen durch Mitarbeiten. Es bestehen bereits Kontakte zu Basisgemeinden und Projekten im Nordosten des Landes. Nach der Reise 2 Monate „nachbereiten": unsere Erfahrungen austauschen u. weitergeben. Wer ernsthaft Interesse hat, kann in die Gruppe einsteigen. Nächstes Treffen: 23.-25. Okt. 87

INFOS & ANMELDUNG: REISENDE SCHULE 3. WELT e.V. Bördestr. 3, 3530 Warburg, 05641-8954

U-Boot-Skandal BRD-Südafrika nur eine Ordnungswidrigkeit?

Die Kieler Staatsanwaltschaft hat am 17. Juli dieses Jahres enstschieden, kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren im Fall der illegalen Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen seitens Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) und Ingenieurkontor Lübeck (IKL) nach Südafrika einzuleiten. Oberstaatsanwalt von Raab-Straube sieht (nach dem Außenwirtschaftsgesetz) in der illegalen Lieferung lediglich den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllt, da eine strafbare Handlung nur dann gegeben sei, wenn a) die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt sei, b) das friedliche Zusammenleben der Völker gestört worden wäre, und „hier", so der Oberstaatsanwalt, „genügt nicht eine irgendwie geartete Gefährdung, sondern es müßte sich bei der Störung bereits um eine zwischenstaatliche, militärische Aktion — von der Androhung bis zur Ausführung — handeln ... Hierfür fehlt es vorliegend an Anhaltspunkten". Und c) die auswärtigen Beziehungen der BRD erheblich gestört worden wären, was der Oberstaatsanwalt nicht erkennen kann.

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) hat nun gegen diesen Bescheid Einspruch erhoben: „Südafrika ist ein kriegführender Staat, er führt nicht nur Krieg gegen die eigene Bevölkerung, sondern hält mit über 100.000 Soldaten Namibia besetzt und destabilisiert die Frontstaaten. Bei Aggressionsakten gegen Angola und Mosambik wurden u. a. auch U-Boote eingesetzt."

Zur Prüfung des Sachverhaltes hat die AAB nun der Kieler Staatsanwaltschaft die Ladung von Zeugen und Betroffenen wie z.B. Vertreter des Kirchenrates von Namibia, die Botschafter Sambias und Angolas in Bonn, Vertreter von ANC und SWAPO, des Weltkirchenrates sowie des Direktors der Weltkampagne gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika, Abdul Minty, vorgeschlagen. Damit, so die Meinung der AAB, wären die Anhaltspunkte geliefert, die dem Oberstaatsanwalt „fehlten", um zu beweisen, daß es sich bei der illegalen Lieferung um eine strafbare Handlung handle, die ein Strafverfahren erfordere.

Weiterhin hat die AAB die Staatsanwaltschaft aufgefordert, das u. a. auch mit der Stimme der BRD angenommene UNO-Sicherheitsrats- Rüstungsembargo zu berücksichtigen, das Raab-Straube in seiner Verfügung völlig außer Acht gelassen hätte.

dh

Guatemala: Entlaubungsaktion geht weiter

Der Krieg in Guatemala ist in eine neue Phase eingetreten. Im August 1986 wurde erstmals bekannt, daß im guatemaltekischen Hochland das zum „dreckigen Dutzend" gehörende Herbizid Paraquat versprüht wurde. Seit April dieses Jahres nun ist diese Aktion ausgeweitet und intensiviert worden. Seitdem besprüht die US-Rauschgiftbehörde Drug Enforcement Agency, DEA, weite Teile der Provinzen El Petén, San Marcos, Huehuetenango, El Quiché und Quetzaltenango unter dem Vorwand, daß man Schlafmohn- und Marihuanakulturen vernichten müsse. Bei den dabei zum Einsatz kommenden Entlaubungsmitteln handet es sich um Glyphosat, 2,4 D und Gramoxone (Paraquat). Alle eingesetzten Mittel sind äußerst gefährliche Herbizide, die auch beim Menschen schwerste gesundheitlichen Schäden, bis hin zum Tod, hervorrufen können.

Die bisherigen Folgen der Entlaubungsaktion deuten auf einen massiven Herbizideinsatz hin: Am 18. Juni starben 12 Personen des Dorfes El Rosario (San Marcos), nachdem sie verseuchtes Wasser getrunken hatten, am 22. Juni verlangte der Abgeordnete Richard Shaw vom Innenministerium Aufklärung über den Vergiftungstod 14 weiterer Personen aus dem Nordwesten des Landes. Desweiteren klagen die Bauern aus den betroffenen Gebieten über den Verlust ihrer Maisernten, den Tod vieler Tiere und die Verseuchung des Trinkwassers, sie selbst leiden unter Vergiftungssymptomen wie Abszessen, Entzündungen im Mund- und Rachenraum sowie an Erkrankungen der Atemwege.

Zahlreiche Kritiker empfinden die Begründung zu dieser Entlaubungsaktion als fadenscheinig. Der Anbau von Schlafmohn und Marihuana sei so gering, daß man weder aus ökologischen noch aus humanitären Gründen den Einsatz von Herbiziden rechtfertigen könne. Sie vermuten vielmehr, daß dahinter die Fortführung der Strategie der verbrannten Erde mit anderen Mitteln stehe und beschuldigen die Regierung des Christdemokraten Cerezo, daß damit diejenigen Bauern in die Knie gezwungen werden sollen, die sich bislang einer Verfolgung durch das Militär erfolgreich widersetzt hätten. Für diese Annahme spräche auch, so heißt es weiter, weil Gebiete mit hoher Guerilla-Aktivität und Besprühungsgebiete oftmals identisch seien.

Seit dem von der CIA inszenierten Sturz der demokratischen Regierung Arbenz 1954 sind in Guatemala mehr als 100.000 Menschen umgekommen. Das mittelamerikanische Land befindet sich seit diesem Zeitpunkt im de facto Kriegszustand und war bis 1986 fast ausschließlich von diversen Militärregimes regiert. Guatemala kann für sich den traurigen Ruhm beanspruchen, wiederholte Male Experimentierfeld für neue und verfeinerte Methoden der US- counterinsurgency gewesen zu sein. Strategische Wehrdörfer, Flächenbombardement auf die Zivilbevölkerung, Napalmeinsatz: Für Guatemala nichts Neues. Seit Wiederaufnahme der Militärhilfe, sie war unter Präsident Carter zeitweise suspendiert worden, wird der Krieg allerdings diskreter geführt, was nicht heißt, daß er dadurch weniger intensiv wäre. Daß dies von einer breiteren Öffentlichkeit heute weit weniger registriert wird, als das noch vor 1 1/2 Jahren der Fall war, ist in erster Linie das Verdienst des christdemokratischen Präsidenten Vinicio Cerezos. Es ist ihm gelungen, sich vor den internationalen Medien als junger, unverbrauchter demokratischer Politiker zu verkaufen, der immer wieder um Geduld bittet, da mehr als 30 Jahre Militärherrschaft nicht so schnell abgestreift werden könnten. Menschenrechtsorganisationen jedoch weisen schon seit Monaten darauf hin, daß die Wahl des Wohnsitzes und das Recht auf Unversehrtheit und Leben nicht viel wert seine. Verschwindenlassen und politischer Mord, mit den sattsam bekannten Folterspuren, sind im ersten Halbjahr 1987 wieder sprunghaft angestiegen.

ph

Geschäfte mit Kindern

In verschiedenen lateinamerikanischen Ländern wurden zu Beginn dieses Jahres Organisationen entdeckt, die mit Organen von Kindern Handel betrieben.

Im Dezember letzten Jahres entdeckte die Polizei von Honduras in San Predro de Sula ein Haus, in dem 13 Kinder gefangen gehalten wurden. Die daraufhin verhafteten Personen gestanden, die Kinder von armen Familien gekauft zu haben, um sie dann für 10 Mio US$ in die USA zu verkaufen. Wochen später erklärte ein Sprecher des Sozialausschusses, daß die Kinder in diesen „casas de engorde" aufgepäppelt werden sollten, um danach an private Einrichtungen in den USA zur Organentnahme verkauft zu werden.

Einen Monat später gab es einen Skandal in Guatemala. Die Polizei entdeckte in einem Haus in der Hauptstadt 14 Neugeborene, die bereits für den Export fertig gemacht waren. Auch hier sollten die Kinder zur Organspende weiterverkauft werden. Einer der Polizisten erklärte, daß sich die Händler die Not der Frauen zunutze machen und sie dann auf die geheime Entbindestation verweisen. Dort führten dann zwei Rechtsanwälte die Behördenangelegenheiten durch, die für die Verschickung notwendig wären.

In El Salvador berichten Zeitungen täglich darüber, wie Kinder mitten auf der Straße von ihren Müttern weggerissen werden. Die Mütter trauen sich kaum mehr allein mit ihren Kindern auf die Straße. Im Krankenhaus von Santa Ana, dem bedeutendsten in El Salvador, entdeckte die Direktorin bereits vor vier Jahren ein Netzwerk der Kinderhändler in der Geburtshilfeabteilung. Eine Hebamme bot den Frauen 100 US$ für den Verkauf ihrer Kinder. „Im Krankenhaus", so die Direktorin, „wurden Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Aber wir haben keine Mittel, um außerhalb des Krankenhauses zu verhindern, daß arme Familien erpreßt werden. Wir wissen von Frauen, die die Geburtsabteilung verlassen und ihre Kinder sofort verkauft haben."

Die Tatsache, daß die Rohstoffe Kaffee, Zucker und Bananen für einen Spottpreis verkauft werden müssen, hält die Armut dieser Menschen aufrecht. Elend und Verzweiflung werden ausgenutzt, lukrative Geschäfte daraus gemacht: Geschäfte mit Blut, wie in Haiti und Nicaragua zu Zeiten der Diktatur. Auf dem ganzen lateinamerikanischen Kontinent betreiben geheime Organisationen diesen Kinderexport. In den USA, wo die Nachfrage immer größer wird, gibt es die entsprechenden Büros, an die man sich bei Bedarf wenden kann.

Der Pressesprecher der USA in El Salvador — über das Kindergeschäft befragt — erklärte: „Wir wissen, daß es das gibt, aber was kann man schon tun? Es ist auf jeden Fall eine Angelegenheit der Regierung von El Salvador."

dh

Aufruf zum Bündnistreffen am 17.10.1987 in Frankfurt

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir schlagen vor, im Vorfeld der IWF — Tagung, ähnlich wie beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, einen Kongreß zu organisieren, auf dem die Betroffenen der IWF-Politik, der Konzern- und Bankenstrategien in der Peripherie und den Metropolen zu Wort kommen sollen. Anschließend an den Kongress soll eine bundesweite Großdemonstration bei Beginn der Jahres-Tagung in West-Berlin stattfinden als Auftakt vielfältigster Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen während der Jahrestagung.

Deshalb ruft der BUKO zu einem ersten bundesweiten Treffen am 17.10.1987 Fachhochschule Frankfurt Nibelungenplatz 1 Frankfurt a/M 1 11.00 Uhr



Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50
Tel.: 0 40/39 31 56
Postgiroamt Hamburg,
Konto 79112-201, BLZ 200 100 10

Um sich dort mit anderen Bewegungen und Initiativen zu einer breiten Kampagne zu vernetzen.
Mit dieser Kampagne sollen u.a.:

- die Ursachen der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise,
- die Funktion des Weltgeldpolizisten IWF im kapitalistischen Weltmarkt,
- die Rolle der BRD, ihrer Banken und Konzerne und die Auswirkungen dieser Politik auf die Millionen von Menschen in der Peripherie und im Zentrum als zwei Seiten einer Medaille dargestellt werden.

Uns geht es nicht um eine punktuelle Aktion während der IWF/Weltbank-Tagung, sondern um eine breite Kampagne in der BRD, die außer der Internationalismusbewegung die Frauenbewegung, die neuen sozialen Bewegungen, gewerkschaftliche Kräfte sowie Jobber-, Erwerbslosen- und Flüchtlingsinitiativen aktiv mitgestalten sollen, die ja alle von den Auswirkungen der kapitalistischen Lösungsstrategien der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise betroffen sind. Wir wollen internationale Verbindungen herstellen, um über Möglichkeiten der Gegenwehr auf internationaler Ebene zu beraten.
Ein Ziel der Kampagne ist es, die Tagung der IWF und Weltbankstrategen in West-Berlin, deren Beschlüsse wieder Hungertod, Not und Elend von Millionen Menschen weltweit bedeuten werden, zu stören, so gut es uns gelingt, auf allen Ebenen, mit vielfältigsten Aktionen, von der Mahnwache bis zur Verhinderung.

Fuldaer Erklärung

„Wohlstand und Frieden" versprachen die Gründer der Weltbank den Menschen am Ende des 2. Weltkrieges und kündigten ein neues Zeitalter an. Doch Wohlstand wurde nur den Reichen und den Metropolen zuteil. Die ungehemmte Jagd der Banken und Konzerne nach immer höheren Gewinnen hat zu einer drastischen Wirtschaftskrise geführt.
Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Völker der „Dritten Welt":
Hunger, Armut, Krieg, Massenarbeitslosigkeit, weitere Zerstörung der bestehenden sozialen Beziehungen, der natürlichen Lebensgrundlage wie auch der kulturellen Identität.



Wir wissen:

— Die Verantwortung für die Verschuldungskrise tragen die Metropolen, ihre Konzerne, Banken und ihre Stadthalter in der „Dritten Welt" und nicht die Bevölkerung in den Schuldnerländern.

— Mit der gegenwärtigen Situation findet ein neokolonialer Prozeß, der mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bretton Woods 1944 auf die Hegemonieinteressen der USA zugeschnitten wurde, seinen vorläufigen Höhepunkt.

— Seit 1945 hat die wirtschaftliche Ausbeutung der „Dritten Welt" mehr Tote durch Hunger, Armut und Elend gefordert als alle militärischen Auseinandersetzungen.
Die Verschuldungskrise hat ihren Ursprung nicht nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt", sondern bedarf darüberhinaus einer weitergehenden Analyse der Verknüpfung mit patriarchalen Ausbeutungsstrukturen.

Die Wirtschaftsstruktur der Länder der „Dritten Welt", sowohl im agraischen wie auch im industriellen Bereich ist auf die Interessen der kapitalistischen Industrieländer ausgerichtet. Die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt manifestieren sich in niedrig gehaltenen Preisen für Produkte aus diesen Ländern und extrem hohen Preisen für Exportprodukte der kapitalistischen Industrieländer.

- Durch eine Politik zunächst billiger Kredite, die sich durch US-Hochzinspolitik schlagartig ändert, verschärfte sich das Problem der Verschuldung und der ungerechten Austauschverhältnisse. Die Länder der „Dritten Welt" sind heute sogar Nettokapitalexporteure
- Die Hochzinspolitik trug dazu bei, die Aufrüstung der USA zu finanzieren. Die kapitalistischen Länder setzen ihre Interessen gegenüber der „Dritten Welt" im Zweifelsfall auch rücksichtslos militärisch durch (Grenada, Nicaragua)
  Die BRD integriert sich mehr und mehr in dieses Kozept militärischer Konfliktlösung.
- Die Krise wurde von den Eliten in vielen Ländern der „Dritten Welt" durch hohe Rüstungsausgaben, teure Prestigeobjekte und Kapitalflucht verschärft.
- Immer mehr Menschen der „Dritten Welt" versuchen dieser Situation zu entfliehen und werden hier als (Wirtschaft-) Flüchtlinge erneut unterdrückt oder gar in Ausbeutung, Folter und Tod abgeschoben.
- Die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Länder ist in deren Interesse und dient dem Aufbau von Wirtschaftsstrukturen nach dem Muster der kapitalistischen Industrieländer. Dies führt zu einer systematischen Verelendung in den Ländern der „Dritten Welt".
- Die Schulden der „Dritten Welt" belaufen sich derzeit auf mehr als 1.000 Milliarden US-$. Durch die hohen Zinszahlungen wurden bereits Beträge in Höhe der ursprünglichen Ausleihungen an die Banken zurückgezahlt. Die BRD-Banken haben einen Großteil ihrer Kredite bereits abgeschrieben. Die Schulden sind nicht zurückzahlbar, da häufig die Exporterlöse nicht einmal zur Zinszahlung ausreichen. Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldnerländer festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Deshalb unterstützen wir
die Forderungen nach Streichung der Schulden, 'ie von der betroffenen Bevölkerung in der „Dritten Welt" erhoben werden. Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF—Auflagenpolitik verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.
Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhätnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der ‚Dritten Welt' und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen. Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den „freien " Weltmarkt geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Menschen und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirtschaftlichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen.
Im September 1966 soll die Jahrestagung des IWF und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Dort stellen die führenden Industriestaaten und Großbanken die Weichen für die Schuldenpolitik und das Krisenmanagement der nächsten Jahre.
Deswegen rufen wir zur
IWF-/WELTBANK—KAMPAGNE 1988 auf.

Zeitschriftenschau

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 118/119 Juli/August 1987 Schwerpunkt: Nachbereitung des 11. BUKO in Fulda: über 50 Seiten Dokumentation der Vorträge (Mendoza, Schubert), aller Beschlüsse und Resolutionen, Protokolle der Plenen und Arbeitsgruppen, Pressekonferenz. Außerdem: Reagan in Berlin — BAYER—Hauptversammlung — Chile — u.v.m. Bezug: FORUM, c./o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, Preis: DM 6.-

PERIPHERIE — Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 27 Juni 1987/7
Schwerpunkt: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung — Kulturelle Beziehungen: Die Einführungen westlicher politischer Eingriffe in Japan: zur Reaktion nicht westlicher Gesellschaften auf den Einfluß des Westens — Kolonisierung der Zeit. Zur Vorstellung von Entwicklung und Geschichte bei den Tugen im Nordwesten Kenias — Naturwissenschaftlicher Unterricht in den Anden. Überlegungen zu einer interkulturellen Erziehung — Habermas, die Magie und die Universität der Vernunft — Zwischen fremden Spiegeln. — Außerdem: Buchbesprechungen, eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau, Bezug: c/o. LN-Vertieb, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Preis: DM 8,-

LATEINAMERIKA—NACHRICHTEN Nr. 161/162 Juli/August 1987
Uruguay: David Campora, Tupamaro und ehemaliger polit. Gefangener, zu seinem Exil in der BRD, Rückkehr nach Uruguay und dieTupamaros heute. — Chile: Diskussion in Chile über die Hintergründe des Massakers an polit. Gefangenen 1973, — parteiinterne Wahlen der Christdemokraten. — Brasilien: „Sanierungsprogramm" des neuen Wirtschaftsministers im Sinne des IWF. — Staudamm Tucurui und seine Folgen. — Peru: Rücktritt des Vorsitzenden der Izquierda Unida, — Menschenrechte Teil 2. — El Salvador: kritisches Interview zur Politik der FMLN. — Außerdem: Gesetz über den Befehlsnotstand in Argentinien; Massaker in Kolumbien; soziale und ökologische Probleme in Venezuela; Kurznachrichten aus der Karibik u.a.
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Preis: DM 4,50

BRASILIEN—NACHRICHTEN 93/1987
Schwerpunkt: Landkonflikte Teil 2, — Neues zu VW in Brasilien: Die Farm von VW, Betroffene schildern das Verhalten von VW, — Angestellte des Konzerns nehmen Stellung.

BRASILIEN NACHRICHTEN 94/1987
Schwerpunkt: Die Deutsch-Brasilianische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion. Mit Hilfe der Bundesrepublik ist Brasilien zu einem der wichtigsten Rüstungsexporteure der Dritten Welt geworden. Das Heft dokumentiert das Ausmaß der Rüstungsproduktion, die Zusammenarbeit mit der BRD und den aktuellen Stand des Atomprogramms.
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Preis: DM 7,-

INDIEN RUNDBRIEF Nr. 3/4/87
Schwerpunktthema: „People's Science-Bewegung/ Bildungswesen in Indien, 80 Seiten Originalartikel aus indischen Zeitschriften. Außerdem: Veranstaltungshinweise, Aktionen, Info-Materialien, Bücher, Zeitschriften, u.a.
Bezug: Indienbüro, Luitpoldstr. 20, 8036 Herrsching; Preis: DM 10,-, 156 S.

epd-Entwicklungspolitik 16/87
Schwerpunkt: Rüstung und Entwicklung: UNO-Abrüstungskonferenz in New York — Raketenrüstung und Rüstungskosten in Indien — Atombombenpläne in Brasilien. Infos: Umweltrhetorik der Weltbank — Zukkerkrieg – Militärseelsorge schießt quer. Dokumentation: Elektronische Kirche in Lateinamerika.

epd-Entwicklungspolitik 14/15/87
Schwerpunkt: UNCTAD VII mit Analysen und Dokumentationstexten. — Kritisches zum 10. Weltentwicklungsbericht. — Wem nützt Indiens Softwarepolitik? — Brasilien: durch freies Handeln in den Abgrund? — Divestment-Kampagne in den USA. — Whiskey in der Agroszene. — Außerdem: Buchmesse in Nicaragua — Computervernetzung — Medien zum Thema „Südafrika & Apartheid" u.a.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6 Frankfurt 1, Einzelpreis: DM 3,80, Doppelheft: DM 5,50

Schenkt das Geld nicht dem Finanzamt, sondern uns!

Das Finanzamt erkennt Eure Spenden als steuerlich abzugsfähig an, wenn Ihr die Spenden auf das Konto 1249606 der Stadtkasse Freiburg bei der Volksbank Freiburg, (BLZ 68090000) überweist (Verwendungszweck: Durchlaufspenden zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V., Feiburg). Die Stadt leitet das Geld an uns weiter und stellt Euch die Spendenbescheinigung für das Finanzamt aus. Die Finanzämter schreiben dieses Verfahren der sogennannten Durchlaufspenden vor.
Auf unserem Spendenaufruf vom Dezember 1986 erhielten wir bisher Spenden in Höhe von DM 10.500,- über die Stadtkasse Freiburg. Wir danken Euch dafür!
Trotz Eurer Hife werden wir allerdings auch dieses Jahr wieder mit einem vierstelligen Minusbetrag abschließen.
Wenn Ihr Eure Spenden nicht steuerlich absetzen könnt (weil Ihr keine Steuern bezahlt), spendet direkt auf unser Konto 148239-755 bei Postgiroamt Karlsruhe.
Der Tip für Abonnenten/innen: Ihr bekommt die „blätter des iz3w" umsonst zugeschickt, wenn Ihr uns durch Euren Beitritt zum „Förderkreis für die blätter des iz3w" mit einem regelmäßigen Dauerauftrag unterstützt (ab monatlich DM 5,- oder vierteljährlich DM 15,-).

Berichtigung
Leider sind uns beim Satz des Südafrika-Artikels in der Nr. 143 einige Fehler unterlaufen:
in Spalte 1 unten auf Seite 23 muß es heißen „bis zu *50%* seines Wertes verloren"; in Spalte 2 Mitte auf S. 26 statt „gegen den Abbau" *für* den Abbau", weiter unten statt „Massenveranstaltungen „*Massenverhaftungen*".

Neuerscheinungen

Dazwischen, Arag Ören, Gedichte, 54 S., DM 12.50, Verlag: Dagyeli

Ein Istanbuler Traum, Demir Özlü, Erzählungen, 62 S., DM 12.80, Verlag: Dagyeli

Unterm Arm die Odysee, Levent Aktoprak, Gedichte, 62 S., DM 12.80, Verlag: Dagyeli

ABC der Vereinten Nationen, Auswärtiges Amt (Hrsg.), Bonn, April 1987

Sanktionen und Abbau wirtschaftlicher Abhängigkeit im südlichen Afrika, Waller Peter P., Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1987, Fraunhoferstr. 33-36, 1 Berlin 10

Regionale Kooperation und der Konflikt im südlichen Afrika, Peters Wolff-Christian, 209 S., Institut für Afrika-Kunde, Neuer Jungfernstieg 21, 2 Hamburg 36

Dritte Welt im Englischlehrbuch der BRD, Kubanek Angelika, 318 S., Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1987, DM 58,—

Einführung in die Theologie der Befreiung, Duilio Biancucci, Kösel-Verlag, München 1987, 159 S., DM 17.80

Auswirkungen des Ausländerrechts auf die Situation der Migrantinen, insbesondere türkischer Frauen, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (Hrsg.), An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal, Juni 87, 84 S., DM 5.—

Den Kindern zuliebe, schweizerisches Komitee für UNICEF, (Hrsg.), Zürich 1986



Tagungshinweise

„Gentechnologie: Im Dienste der Ernährungssicherung?", vom 25.-27.9., Info und Anm.: BUKO—Agro—Koordination, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

„Rüstungsmarkt Südostasien", vom 27.11.-29.11. in Bonn, Info und Anm.: BUKO-Koordinationsstelle, Buchstr. 14/15, 28 Bremen 1

„Medienmarkt Dritte Welt", am 6.11. in Stuttgart, Themen: Gerechtigkeit und Frieden, Theologie der Befreiung, Ökologie, Welthandel, Geschichten aus der Dritten Welt, Info und Anm.: Evang. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Gänseheidestr. 67, 7 Stuttgart 1

„Afrika-Frauen-Woche", vom 2.2.88-20.3.88 in Bonn, — 26./27.2. Tanz und Musik aus Afrika, — 1./2.3. Frauenfilme, — 11./12.3. Frauenliteratur. Info u. Anm.: Frauen der Welt e.V., c/o Ursula Linnhoff, Warendorfer Str. 6, 5 Köln 91

„Argrarreform in Nicaragua", vom 18.-20.9. in Wuppertal, Info und Anm.: Forum Eltern und Schule, Postfach 120406, 46 Dortmund 12

Bundestreffen der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung vom 2.-4.10. in Freiburg, Themen: IWF und Mittelamerika, Counterinsurgency-Konzepte von USA und BRD, Menschenrechtslage, Contraaktivitäten in der BRD u.v.m., Info und Anm.: Informationsbüro Nicaragua/El Salvador, Postfach 101320, 56 Wuppertal

„Wer Hunger pflanzt und Überschuß erntet" — die Krise der Landwirtschaft bei uns und in der Dritten Welt, vom 30.10.-1.11. in Stuttgart; Info und Anm.: Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Gerokstr. 17, 7 Stuttgart 1

„Dritte Welt im Unterricht. Verarmung und kein Ende, vom 6.11.-8.11. in Bad Boll, Info und Anm.: Ev. Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll

„Selbsthilfe im Sahel" — am Beispiel: Burkina Faso, vom 26.-30.10., Info und Anm.: Reisende Schule — 3. Welt e.V., Bördestr. 3, Menne, 3530 Warburg

„Computer gegen Armut — Armut durch Computer", vom 2.-4.10. in Berlin, Info u. Anm.: Rene Gonzale Rojas, „Informatik und Dritte Welt", TU Berlin, Sekr. FR 5-6, Franklin Str. 28-29, 1 Berlin 10

Medienbörse Film, vom 26.10.-30.10. in Lingen, Info u. Anm.: Gemeinschaftswerk der ev. Publizistik e.V., Fachbereich Film Bild Ton, Friedrichstr. 2-6, 6 Frankfurt 17

Lateinamerikawoche vom 10.-16.10. in Essen im Kulturzentrum „Zeche Carl„, Hörmannstr. 10. Am Wochenende findet zum Auftakt ein politisches Kulturfest statt. Übernachtungsmöglichkeiten können gestellt werden. Das Programmheft ist Anfang Sept. zu erwarten. Infos: Marita Kemper und Eberhard Hägels. Tel. 0201/326695 und 791200

Lateinamerikatage '87 vom 12.-22.11. in Berlin, Thema: Bezahlt wird nicht!? Verschuldung-Verelendung-Widerstand. Information und Programmheft: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

Neue Internationale Arbeitsteilung — Arbeitsbedingungen in Südkorea vom 23.-25.10., Anm. und Info: Roland Röscheisen, Jusos, Ollenhauerstr. 1, 53 Bonn

SYMPOSIUM: KULTUR UND PSYCHOSOZIALE SITUATION IN LATEINAMERIKA

Am **28. und 29. 11.** findet an der Universität Hamburg ein Symposium über die Wechselwirkung von Kultur und psychosozialer Situation in Lateinamerika statt.

Lateinamerika kann als kultureller Schmelztiegel verstanden werden, in dem sich indianische europäische und afrikanische Einflüsse vermischen. Die Einbeziehung kultureller Faktoren ist für das Verständnis der psychosozialen Situation in den verschiedensten Regionen wichtig. Auch in Europa wächst das Interesse an einer soziokulturellen Betrachtungsweise im Hinblick auf psychische Gesundheit/Krankheit.

Als Refernt/innen sind sowohl europäische als auch lateinamerikanische Experten/innen zu folgenden Schwerpunkten geladen:

- R. Rojas (Hagen): Psychiatrische Epidemiologie in LA
- U. Penayo (Uppsala); T. Caldera (Managua): Partizipation und psychosoziale Gesundheit am Beispiel Nicaragua
- J.J. Farina (Buenos Aires/Paris): Psychoanalyse in Argentinien: eine Disziplin im sozialen Spannungsfeld
- S. Vasconcelos (Bahia/Paris), J. Arpin (Genf): Candomblē: Volkskultur in ihrer psychosozialen Dimension
- H. Schäfer (Bochum): Rolle und Bedeutung religiöser Sekten in Mittelamerika
- H. Riquelme (Hamburg): Lateinamerikaner in Europa: Wege zu einer soziokulturellen Identität in der Entwurzelungssituation
- Cl. Bolzmann (Genf): Exil und soziokulturelle Identität: südamerikanische Jugendliche in Europa

Kontaktadresse: Dr. H. Riquelme, Seminar für transkulturelle Psychiatrie, Universität Hamburg, 2000 Hamburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg